

Rechenschaftsbericht des Vorstands 2019-2020

- Bericht über Aktivitäten im Zeitraum September 2019 bis August 2020
- Finanzbericht 1.1.-31.12.2019
- Vorschau auf 2021

Impressum

Herausgeber:

Germanwatch e.V.

Büro Bonn

Dr. Werner-Schuster-Haus

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Telefon +49 (0)228 / 60 492-0, Fax -19

Büro Berlin

Stresemannstr. 72

D-10963 Berlin

Telefon +49 (0)30 / 28 88 356-0, Fax -1

Internet: www.germanwatch.org

E-Mail: info@germanwatch.org

Stand: 16. September 2020

Bestellnr.: 20-9-01

Bildquellen: Germanwatch, sofern nicht anders gekennzeichnet.

Porträtbilder der Mitarbeitenden und des Vorstands (sofern bei Redaktionsschluss vorliegend und Veröffentlichung erwünscht): privat oder Germanwatch

Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter:

www.germanwatch.org/de/19131

Inhalt

A Politische Rahmenbedingungen – Rückschau und Ausblick	4
B Die Basis unserer Arbeit	8
C Unsere Arbeit	13
Deutsche und Europäische Klimapolitik.....	13
Dekarbonisierung in Deutschland beschleunigen.....	14
Die EU zur glaubwürdigen Antreiberin des internationalen Klimaschutzes machen	17
Sozial gerechte Klima- und Energiesicherheit im erweiterten Europa	20
Ausblick	20
Unternehmensverantwortung	24
Rechte für Menschen – Regeln für Unternehmen.....	24
Fairer Umgang mit Rohstoffen.....	28
Zivilgesellschaftliche Netzwerke stärken	28
Ausblick	30
Welternährung, Landnutzung und Handel	31
Die Farm to Fork-Strategie zu einem wirksamen Instrument machen.....	32
Deutsche und EU-Agrarpolitik nachhaltig gestalten	32
Grundlegende Reform der Tierhaltung.....	33
Notwendiger Systemwandel in der Fleischindustrie	34
Globale Märkte stärker regulieren.....	35
Ausblick	36
Internationale Klimapolitik.....	38
Regeln und Institutionen für den Umgang mit Klimafolgen stärken	40
Internationale Anreize zur Erhöhung der Klimaziele und für 2050-Klimapläne schaffen	42
Internationale öffentliche Klimafinanzierung unterstützen	46
Wirksame und partizipative transformative (Multi-Akteurs-) Partnerschaften fördern	47
Bildung für nachhaltige Entwicklung.....	54
Transformation durch Wissen, Werte und Handeln voranbringen	55
Bildung für nachhaltige Entwicklung ausbauen und strukturell weiterentwickeln ..	59
Ausblick	60
Pressearbeit	63
Öffentlichkeitsarbeit	65
D Germanwatch in Netzwerken und Kooperationen.....	68
E Finanzbericht – Kalenderjahr 2019	71

A Politische Rahmenbedingungen – Rückschau und Ausblick

Die Pandemie als Brennglas

Als wir im Herbst 2019 unser Arbeitsprogramm für das folgende Jahr auf der Mitgliederversammlung vorstellten und diskutierten, konnten wir verschiedene Entwicklungen noch nicht voraussehen: Wir wussten noch nicht, wie eng verwoben die Diskussionen der verschiedenen von Germanwatch bearbeiteten Themenstränge in diesem Jahr sein werden. Wir ahnten damals nicht, dass wir auf eine globale Gesundheitskrise und die größte Weltwirtschaftskrise seit 1929 zugehen würden. Und dass eine Pandemie wie ein Brennglas Probleme prägnant aufzeigen würde, an denen wir schon seit langem intensiv arbeiten. Die Corona-Krise hat uns gezeigt:

- ... wie die Kluft zwischen Arm und Reich zu sehr unterschiedlichen existenziellen Betroffenheiten führt. Die Pandemie, aber auch die disruptiven regulatorischen Interventionen zur Antwort auf aktuelle Krisen treffen sowohl unsere Partnerländer im globalen Süden als auch ärmere Gesellschaftsgruppen im globalen Norden besonders hart.
- ... wie wichtig die konsequente Umsetzung der Menschenrechte für die Fähigkeit zur Bewältigung von großen Krisen ist. Die Überwindung von Diskriminierung und Exklusion verlangt mehr als die Gleichheit vor dem Gesetz, sie verlangt materielle Gleichbehandlung. Die Black-Lives-Matter-Bewegung legt den Finger auf die Wunde, wie ungleich der Schutz der Menschenrechte in unseren Gesellschaften verteilt ist, wie groß historische und aktuelle Diskriminierungstatbestände das Leben von Individuen und Familien prägen. Wie schon lange bei der Klimakrise wurde auch in der Corona-Krise deutlich, dass soziale Auswirkungen in manchen Ländern sehr ungleich verteilt sind.
- ... dass auch in vielen Ländern inzwischen Demokratie und Menschenrechte populistisch in Frage gestellt werden, teilweise auch in derzeit noch demokratisch verfassten Staaten wie z.B. Ungarn, Polen, Großbritannien oder den USA zeigt sich dies nicht nur an dem populistischen Umgang mit der Pandemie. Zunehmend gewinnen autoritär-nationalistische Strömungen in manchen Staaten an Einfluss und ihre Regierungen höhlen aktiv rechtsstaatliche Prinzipien und Institutionen aus, sie erlauben oder tragen gar aktiv dazu bei, dass die öffentliche Debatte vergiftet wird, von Hasskommunikation bis hin zur Anwendung politischer Gewalt.
- ... dass es bei exponentiell wachsenden Krisen – wie der Corona- oder Klimakrise - einerseits darum geht, sie so einzudämmen, dass sie die Gesellschaft nicht überwältigen; und andererseits die Fähigkeit zur Krisenbewältigung (Resilienz) in der Gesellschaft und im Gesundheitssystem so zu stärken, dass der unvermeidliche Teil der Krise bewältigt werden kann (auch wenn in beiden Krisen andere Herausforderungen auf das Gesundheitssystem zukommen). Beide sind Gerechtigkeitskrisen, die fundamentale Fragen an Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme aufwerfen. Wir können diese beiden Krisen also nicht isoliert voneinander betrachten und müssen in den Fokus nehmen, wie wir insgesamt eine höhere gesellschaftliche Resilienz aufbauen können.
- ... dass die sich rasant vollziehende Digitalisierung einerseits gewaltige Chancen, andererseits starke Begrenzungen und Risiken aufweist. Trotz des gewaltigen Potenzials für Transparenz, Information und Beteiligung sehen wir im Moment starke Tendenzen zur Datenmonopolisierung, politischen und ökonomisch getriebenen Manipulation und Fragmentierung des öffentlichen Raums. Wir bereiten uns daher im Moment darauf vor, deutlich mehr Akzente im Dreieck zwischen Digitalisierung, Nachhaltigkeit und Demokratie zu setzen.

- ... wie wichtig das Zusammenspiel vom verantwortungsvollen Handeln der Einzelnen und der politischen oder gesellschaftlichen Rahmensetzung durch Politik oder Institutionen ist. Dies knüpft auch an unsere bisherige Bildungsarbeit an, wo wir in Bezug auf die Klimakrise sowie die Rohstoff- und Landwirtschaftswende davon sprechen, einerseits den ökologischen Fußabdruck zu verringern, aber zugleich den Handabdruck des gesellschaftlichen und politischen Engagements zu vergrößern.
- ... wie fragil die Chancengleichheit gerade auch im Bildungsbereich selbst in Deutschland ist. Soziale Gerechtigkeit muss im Sinne der UN-Ziele für Nachhaltige Entwicklung global aber auch immer noch lokal gedacht werden.
- ... nicht nur, zu welchen - auch positiv nutzbaren - disruptiven Veränderungen unsere Gesellschaft im Stande ist, sondern ebenfalls wie fragil der gesellschaftliche Zusammenhalt in manchen Kontexten ist.
- ... wie stark die Korrelation zwischen Vermögen, Emissionen und Resilienz innerhalb der und zwischen den Gesellschaften der Welt ist. Wir werden uns an der Arbeit beteiligen, diese Korrelation aufzubrechen.

Ein Europa mit Potenzial für Dynamik – auch dank einer aktiven Zivilgesellschaft

Im Dezember 2019 hat die EU-Kommission den European Green Deal vorgestellt. Was seinerzeit vielen als rhetorischer Trick erschien, die durch die EU-Wahlen massiv gestärkten Grünen einzubeziehen, ist durch die Corona-Krise, durch das große Wiederaufbau-Paket ("Green Recovery"), zu einem ernsthaften Ansatz des Umsteuerns in Richtung Treibhausgasneutralität, Kreislaufwirtschaft und Erhalt der biologischen Vielfalt in Kombination mit neuer europäischer Solidarität geworden. Doch noch steht der Test aus, ob auf dem Paket nur „grün“ und „sozial“ draufsteht, oder ob es dementsprechend umgesetzt wird. Darum ringen wir – während dieser Rechnungsbericht entsteht – etwa im massiven Einsatz für klare Regeln, Finanzen, Kapazitätsaufbau in Staaten und Kommunen, damit die bereit gestellten Milliarden tatsächlich die notwendige Transformation mit positiven sozialen und ökologischen Konsequenzen voranbringen. Dies ist auch wichtig für die Frage, ob die EU ihren Beitrag leisten kann, damit der globale Temperaturanstieg möglichst auf 1,5°C beschränkt werden kann. Kann hier die Vision einer EU entstehen, deren Wirtschafts- und Lebensform in bestimmten Politikfeldern (beispielsweise Futtermittelimporte) Menschenrechte und ökologische Lebensgrundlagen nicht mehr unterminiert? Deren Demokratie keine Schönwetterveranstaltung auf dem Rücken von Mensch und ökologischer Mitwelt ist?

Alle Germanwatch-Teams haben Teilbereiche der Umsetzung des Green Deal als einen Schwerpunkt ihrer Arbeit. Dies ist der rote Faden dieses Berichtes. Es ist noch ein weiter Weg, bis ein solcher neuer Gesellschaftsvertrag tatsächlich umgesetzt wird. Er muss in den Arenen des politischen Streits und Wettbewerbs, im Konflikt zwischen den Tarifpartnern und sozialen Interessengruppen, im geopolitischen Spannungsfeld zwischen Rohstoffexporteuren und von der Klimakrise jetzt schon besonders betroffenen Ländern konfliktbeladen ausgehandelt werden. Aber er zielt letztlich gerade auf eine Beteiligung der Betroffenen und auf einen Vertrag unter Gleichen.

Die Ziele der Treibhausgasneutralität, der Kreislaufwirtschaft und des Erhalts der Biodiversität gehören ebenso dazu wie eine Daseinsfürsorge in Europa oder ein wirkungsvolles Lieferkettengesetz, ein neues Verständnis von Handelspolitik, die demokratische und ökologische Gestaltung der Digitalisierung, die Überwindung der Tragödie des kurzfristigen Horizontes für den Finanzmarkt oder eine Neudefinition von Wachstum.

Wie schon so oft zuvor hinterfragen wir regelmäßig, wann wir kleine, aber oft wichtige strukturelle Fortschritte im Sinne der Ermutigung feiern sollen – und wann wir den Finger in die Wunde ob des langsamen Tempos der Transformation legen sollen. Intern ringen wir auch darum, einerseits dem Stand der Wissenschaft entsprechende Konzepte für Klimaschutz, Biodiversitätserhalt und Resilienz

vorzuschlagen. Und andererseits auch diese Vorschläge wissenschaftlich und von den sozialen Auswirkungen her auf ihre Machbarkeit abzuklopfen. So werden wir regelmäßig von anderen Akteuren angefragt, gemeinsame Statements zu unterzeichnen - und leisten dem oftmals nicht Folge, wenn uns die Aussagen noch nicht belastbar genug erscheinen.

Wir sehen mit Freude, wie viele Menschen sich nicht mit der Zuschauerdemokratie zufriedengeben, sondern sich in lokalen und globalen Initiativen für den Schutz des Klimas und der Biodiversität, für die Menschenrechte und gegen Rassismus einsetzen. Das ist Rückenwind für unsere "leise Arbeit im Hintergrund", unsere Lotsentätigkeit gegenüber vielen Akteuren in Politik und Wirtschaft. Immer deutlicher sehen wir drei einander ergänzende Rollen verschiedener Akteure der Zivilgesellschaft. Erstens den Druck auf Regierung, Parlament und Unternehmen zu entfalten. Zweitens den so entstandenen Handlungsspielraum zu nutzen, um als "Lotsen" neue umsetzungsfähige Konzepte mit und für Politik, Wirtschaft, Finanzmarkt zu entwickeln, vorzuschlagen und ihre Umsetzung zu befördern. Drittens um breite gesellschaftliche Allianzen zu befördern - mit sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Kirchen, Sozialverbänden usw. zu kooperieren, um breite gesellschaftliche Unterstützung für wichtige Schritte der Transformation aufzubauen.

Dies spiegelt sich in einigen Höhepunkten der Germanwatch-Arbeit des letzten Jahres wider:

- Unsere Flexibilität mit Hinblick auf unsere Arbeitsweise hat sich auch dieses Jahr wieder als Erfolgsfaktor bewiesen: Unsere Fähigkeit zum Aktivieren von Schlüssel-Akteuren sowie der Öffentlichkeit war ein wesentlicher Erfolgsfaktor der Kampagne zu einem Lieferkettengesetz, bei dem wir in Kooperation mit einem breiten Bündnis von - auch lokalen - Akteuren einen wohl ausschlaggebenden Impuls setzen konnten.
- Insbesondere für unsere Arbeitsbereiche Deutsche und Europäische Klimapolitik sowie Sustainable Finance setzte mit Corona auf deutscher und EU-Ebene eine intensive Zeit ein. Wie müssen die Konjunkturpakete gestaltet werden, dass sie weder die Klimakrise noch die sozialen Spannungen vergrößern, sondern eindämmen? Wir arbeiten hier auch eng mit anderen Umwelt- und Sozialverbänden, mit Kirchen und Gewerkschaften, mit der Wissenschaft und mit konstruktiven Unternehmen zusammen.
- Unser Arbeitsbereich zur internationalen Klimapolitik unterstützt mit Strategie und Netzwerken den Versuch der Bundesregierung eine größer angelegte Klimapartnerschaft mit Indien auf den Weg zu bringen, um den Klimawandel einzudämmen und Resilienz aufzubauen; und legt Konzepte vor, wie die Entwicklungsbanken die notwendige Transformation in den Ländern des Südens unterstützen können.
- Es mehren sich die Anzeichen, dass sich die Menschen in Deutschland und der EU nicht länger ein System der industriellen Tierhaltung bieten lassen, das mit dem Tierwohl nicht vereinbar ist, unwürdige Arbeitsbedingungen – etwa in Fleischfabriken – bietet, Antibiotikaresistenzen befördert, das Wasser belastet, den Klimawandel anheizt und die Abholzung des Regenwalds befördert. Unser Arbeitsbereich zu Landwirtschaft und Ernährung fördert hier gezielt das Umsteuern – etwa mit der Arbeit gegen die massive Förderung von Antibiotika-Resistenzen durch die industrielle Massentierhaltung. Das ist auch Vorsorge gegen weitere, in diesem Fall dann von Bakterien verursachte Pandemien.
- Ideenreich rückt unser Arbeitsbereich zur Bildung für Nachhaltige Entwicklung das Konzept ins Zentrum, dass es zwar wichtig ist, aber nicht reicht, den ökologischen Fußabdruck zu verringern; sondern dass es zentral ist, den Handabdruck des gesellschaftlichen und politischen Engagements zu vergrößern. Wichtig für den Schutz der Lebensgrundlagen – und für die Zukunft der Demokratie.

- Alle unsere Teams erfahren durch vielfältige Kontakte in Deutschland und in den armen Ländern der Welt, wie wichtig eine gerechte Transformation, eine Beteiligung der Betroffenen, eine faire Darstellung der Kosten und dialogbereite Unterstützung zur Bereitschaft für Veränderung in verschiedenen Gesellschaftsgruppen ist.
- Es ist nicht zu übersehen, dass derzeit soziale Medien, mit der Datenmacht einiger Akteure und Algorithmen, die Hass und Polemik unterstützen, mit der Tendenz zu Echokammern von Subkulturen, deutliche Risiken für die Zukunft der Demokratie heraufbeschwören. Aber sie bieten auch die Chance für neue Formen der Beteiligung, des Zugangs zu Informationen, des Austausches. Wir setzen uns verstärkt für die konstruktive Gestaltung des Dreiecks von Digitalisierung, Nachhaltigkeit und Demokratie ein.

Die Corona-Krise hat uns einige positive, allerdings auch einige nachdenkswerte Hinweise auf das Potenzial unserer Gesellschaft mit Blick auf disruptive Einschnitte und solidarisches Handeln aufgezeigt. Bei unseren Mitgliedern möchten wir uns für die vielen unterstützenden und aufmunternden Zeichen und Reaktionen in diesen letzten Monaten bedanken. Lassen Sie uns mit Stil und Strategie, mit Herz und Verstand die vor uns liegenden Herausforderungen angehen.

B Die Basis unserer Arbeit

Der Erfolg von Germanwatch ruht auf den Schultern von vielen Menschen, die dabei unterschiedliche Verantwortung und Rollen übernehmen. Gemeinsam mit Mitgliedern und Förderern sowie haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter_innen konnte Germanwatch in den vergangenen zwölf Monaten erneut wichtige Akzente setzen, auf die wir im Abschnitt C ausführlich eingehen.

Unsere Mitglieder und Spender_innen

Zu Germanwatch gehören aktuell 824 Mitglieder, darunter 408 stimmberechtigte Mitglieder, 407 Fördermitglieder und 9 Ehrenmitglieder (Stand 07.08.2020).

2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
535	560	575	603	600	632	644	675	709	779	824

Tabelle: Mitgliederentwicklung seit 2009

Neben den Mitgliedern gibt es einen noch größeren Kreis von Menschen, die Germanwatch auf anderen Wegen unterstützen: finanziell mit großen und kleinen Spenden, mit Zustiftungen oder durch aktive Mitarbeit in der ein oder anderen Form. Das nicht projektgebundene Geld der Mitglieder und Spender_innen sichert ganz besonders unsere Unabhängigkeit und den langen Atem der Organisation. Die Einnahmen aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen haben auch 2019 wieder - in absoluten Zahlen gerechnet - einen neuen Höchststand erreicht. Dabei haben wir die Steigerung bei den Mitgliedsbeiträgen von knapp 10.000 Euro insbesondere der freiwilligen Beitragserhöhung durch viele unserer Mitglieder zu verdanken. **Bei allen Unterstützer_innen bedanken wir uns herzlich!**

Die finanziellen Grundlagen einschließlich Spenden, Mitgliedsbeiträgen und Zuschüssen werden im Kapitel E (Finanzbericht) gesondert vorgestellt.

Vorstand mit neuer Spitze – und einem Germanwatch-Ehrenvorsitzenden

Die Umsetzung der gemeinnützigen Ziele von Germanwatch, der Projekte und des öffentlichen Auftretts liegt vor allem in den Händen der Mitarbeiter_innen der beiden Büros in Bonn und Berlin, der Geschäftsführung sowie des ehrenamtlichen Vorstands.

Der Vorstand tagt im Abstand von ein bis zwei Monaten und bringt sich auch darüber hinaus in seinem jeweiligen Kompetenz- und Erfahrungsbereich intensiv in die Arbeit und öffentliche Präsenz von Germanwatch ein. Der oder die Vorstandsvorsitzende nimmt dabei in besonderer Weise hochrangige Advocacy- und Repräsentations- sowie Vernetzungsaufgaben wahr. Während Klausurtagungen von Vorstand und Mitarbeitenden finden wichtige Abstimmungen über die Zukunftsorientierung von Germanwatch statt, wozu sowohl politisch-inhaltliche Strategien als auch die Organisationsentwicklung zählen.

Die Germanwatch-Mitgliederversammlung wählte im September 2019 Silvie Kreibiehl zur Vorstandsvorsitzenden. Klaus Milke, der seit der Vereinsgründung 1991 im Vorstand und seit 2005 dessen Vorsitzender war, hatte nicht mehr kandidiert. Er wurde von der Versammlung zum Ehrenvorsitzenden ernannt. Er bleibt Germanwatch somit weiterhin eng verbunden, ist in Absprache mit dem Vorstand insbesondere im Bereich der Außenvertretung aktiv. Weiterhin ist er unter anderem Vorsitzender des Vorstandes der mit Germanwatch eng verbundenen Stiftung Zukunftsfähigkeit und Chairman der internationalen Stiftungsplattform F20 - Foundations 20, die die Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele und der Ziele des Pariser Klimaabkommens in den G20-Ländern unterstützt.

Silvie Kreibiehl ist seit 2015 Mitglied des Vorstands und war zuletzt Stellvertretende Vorsitzende von Germanwatch. Sie ist ausgewiesene Expertin im Themenfeld nachhaltiges Finanzwesen und globale Gerechtigkeit. Bis zur Geburt ihres Kindes Ende vergangenen Jahres leitete sie das *UNEP Collaborating Centre for Climate & Sustainable Energy Finance* an der Frankfurt School for Finance and Management. Derzeit arbeitet sie für die Universität in Elternteilzeit als koordinierende Leitautorin des sechsten Sachstandsberichts des Weltklimarats IPCC in der Arbeitsgruppe 3, Investment and Finance. Zuvor war sie über 17 Jahre bei der Deutschen Bank tätig, zunächst im Mittelstandsgeschäft und Corporate Finance und zuletzt im Nachhaltigkeitsbereich. Sie verbrachte ein Sabbathalbjahr in Fort Portal, Uganda, und hat - wie Klaus Milke - früh gelernt, den Dialog zwischen unterschiedlichsten Interessensgruppen zu führen und zu moderieren.

In den zehnköpfigen ehrenamtlichen Vorstand wurden im September 2019 zudem Dr. Karl-Eugen Huthmacher und Fiona Marker neu gewählt. Germanwatch setzt damit bei der Erweiterung des Vorstands auf eine Mischung aus jungem Verantwortungsbewusstsein und langjähriger politischer Erfahrung. Mit Dr. Karl Eugen Huthmacher, ehemaliger Abteilungsleiter im Bundesforschungsministerium, erhält Germanwatch zusätzliche Unterstützung an der für Germanwatch zentralen Schnittstelle von Nachhaltigkeit, Wissenschaft und Politik. Die Wahl von Fiona Marker, damals noch Abiturientin, die sich u.a. im Rahmen von Fridays for Future engagiert, war ein deutliches Signal: Germanwatch möchte den zusätzlichen politischen Spielraum, den diese Bewegung durch öffentlichen Druck schafft, auch für konkrete Gestaltungsvorschläge gegenüber Politik und Wirtschaft nutzen. Die übrigen sieben Mitglieder des Vorstandes wurden alle ohne Gegenstimme erneut gewählt.

Durch das Ausscheiden von Klaus Milke aus dem Vorstand sind eine Reihe von Aufgaben neu innerhalb des Vorstandes verteilt worden, um das Arbeitspensum für den ehrenamtlichen Vorstandsvorsitzenden handhabbar zu halten. Vorstand und Geschäftsführung sind sich der unterschiedlichen Verfügbarkeit von zeitlichen Ressourcen für die Zusammenarbeit, aber auch der häufig auftretenden Dringlichkeit von Abstimmungen bewusst und sind dieser Herausforderung im ersten Jahr in der neuen Konstellation mutig und lernfähig begegnet. Wir wussten, wie schwierig es sein würde, Klaus Milke zu "ersetzen" und möchten auch an dieser Stelle nochmals Danke sagen für viel Zeit, Erfahrung und Engagement, die er Germanwatch gegeben hat.

Geschäftsführung und Mitarbeiter_innen

Germanwatch konnte seine Aktivitäten in den letzten Jahren erfreulicher Weise deutlich ausweiten, nicht zuletzt weil die bearbeiteten Themen in der öffentlichen Diskussion zunehmenden Raum erhielten - wozu wiederum die Impulse von Germanwatch einen wichtigen Beitrag geleistet hatten. Durch die damit verknüpfte, erfolgreiche Akquise von zusätzlichen Projektmitteln und wachsenden Einnahmen durch Spenden und Mitgliedsbeiträge konnte die Anzahl der Mitarbeiter_innen auf über 70 gesteigert werden.

Die Geschäftsführung liegt seit 2005 in den Händen von Christoph Bals und Dr. Gerold Kier, tatkräftig und wirkungsvoll unterstützt von Katharina Hierl, im Bereich der Projektakquise und Kommunikation von Dr. Katrin Planta sowie durch unseren Pressesprecher Stefan Küper - wichtige Garant_innen für unseren Erfolg.

Mit Lutz Weischer konnten wir ab März 2020 eine neue Stelle als Politische Leitung Berlin und hochrangige Außenvertretung, insbesondere am Standort Berlin, besetzen. Damit verknüpft ist eine Stärkung der politischen Teamleiter_innen. Zu seinen thematischen Schwerpunkten zählen die EU-/China- und Südosteuropa-Klimastrategie sowie die wirkungsvolle Umsetzung des European Green Deal. Darüber hinaus ist das Weiterentwickeln der politischen Germanwatch-Gesamtstrategie in Kooperation mit Geschäftsführung und Teamleiter_innen eine zentrale Aufgabe - insbesondere zu Querschnittsthemen, die mehrere Germanwatch-Teams betreffen.

Eine weitere wichtige Basis für unsere Arbeitsfähigkeit bildet das Team IT & Infrastruktur: Es stellt die - gerade im Zeitalter der Digitalisierung wichtiger gewordenen - Lösungen für Informations- und Kommunikationstechnologien sowie für die Büroinfrastruktur zur Verfügung. Es arbeitet an deren Weiterentwicklung, leistet Support und erarbeitet Lösungen für die notwendigen speziellen technischen Erfordernisse einzelner Projektmaßnahmen.

Zum Erfolg der Arbeit von Germanwatch leisten außerdem ehrenamtliche Mitarbeiter_innen, Praktikant_innen, Honorarkräfte sowie Teilnehmer_innen an Freiwilligen-Programmen einen weiteren regelmäßigen und wichtigen Beitrag.

Die erfolgreiche Arbeit eines solchen Teams erfordert selbstverständlich eine professionelle Personalverwaltung. Diese wird - einschließlich der mit Stellenschaffungen und -wechseln verbundenen Stellenbesetzungsprozesse - vom Team Finanzen & Verwaltung geleistet.

Mit großer Sorge hat der Vorstand zu Beginn der Corona-Pandemie und des Lock-down in Deutschland auf die Finanzplanung von Germanwatch gesehen – unsere Reserven sind überschaubar und es war zu befürchten, dass einige Projekte nicht wie geplant umgesetzt werden können. Doch heute schauen wir mit Zuversicht auf die Zahlen für 2020. Viele Projekte konnten erfolgreich umgeplant und sogar neue Projekte gesichert werden, trotz widriger Umstände: Geschäftsführung und Vorstand hatten sich frühzeitig und schnell entschieden, die Mitarbeiter_innen mobil arbeiten zu lassen, mehr Flexibilität bezüglich Arbeitszeit zu bieten und eine Sonderurlaubsregelung für Mitarbeiter_innen mit unbetreuten Kindern zu schaffen. Die Arbeitsbelastung neben dem Betreuungsaufwand stieg - wie vielerorts in Deutschland und der Welt - ganz erheblich und wurde innerhalb der Teams besprochen. Mit großer Solidarität wurden Aufgaben teilweise neu verteilt, um gemeinsam weiterhin möglichst viele gesteckte Ziele zu erreichen. Heute können wir sagen, dass wir auch in diesen besonderen Zeiten tolle, und zu Beginn der Pandemie nicht für möglich gehaltene Erfolge feiern konnten.

Der besondere Dank und vor allem außerordentliche Respekt des Vorstands gilt daher der Geschäftsführung, den Teamleiter_innen und unseren Mitarbeiter_innen für ihren großen, agilen und kreativen sowie wir immer beeindruckend hochqualitativen und erfolgreichen Einsatz in diesen besonderen Zeiten. Und allen Personen und Institutionen, die in ebenso besonderen Zeiten die Arbeit von Germanwatch weiterhin und teilweise verstärkt unterstützt haben.

Ausgewählte Resultate der Tätigkeit des Germanwatch-Teams - von der fachlichen Arbeit über die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bis hin zu Finanzen, -werden ebenso wie die dahinterstehenden Mitarbeiter_innen in den folgenden Kapiteln dargestellt.



**Mitarbeitende und Vorstandsmitglieder von Germanwatch bei der Frühjahrsklausur 2020 in Bielefeld.
(Foto: Marvin Müller, Germanwatch)**

Germanwatch-Vorstand

 Silvie Kreibiehl Vorstandsvorsitzende	 Ingmar Jürgens Stellvertretender Vorstandsvorsitzender	 Michael Windfuhr Schatzmeister
 Sven Harmeling Vorstandsmitglied	 Anne-Kathrin Kirchhof Vorstandsmitglied	 Prof. Dr. Stefanie Lorenzen Vorstandsmitglied
 Prof. Dr. Reinhard Loske Vorstandsmitglied	 Dr. Klemens van de Sand Vorstandsmitglied	 Dr. Karl-Eugen Huthmacher Vorstandsmitglied
 Fiona Marker Vorstandsmitglied		

Ehrevorsitzender

 Klaus Milke Ehrevorsitzender

Geschäftsführung und Stabsstellen

 Christoph Bals Politischer Geschäftsführer	 Dr. Gerold Kier Administrativer Geschäftsführer	 Lutz Weischer Politische Leitung <i>(seit 03/2020, vorher Team IKP)</i>
 Katharina Hierl Assistentin der Politischen Geschäftsführung	 Stefan Küper Pressesprecher	 Susanne Laudahn Referentin Projektak- quise und -kommuni- kation <i>(seit 09/2020)</i>
 Dr. Katrin Planta Referentin Projektak- quise und -kommuni- kation <i>(bis 07/2020)</i>		

Unentgeltlich tätige Mitarbeiter



Dr. Ludger Reuke
Referent für
Entwicklungspolitik



Dr. Will Frank
Berater für Klimarecht

IT und Infrastruktur



Karsten von Berg
Teamleiter IT und Infra-
struktur



Alexander Festl
(seit 04/2020) Fachkraft
für IT und Infrastruktur

Team Finanzen und Verwaltung

Leitung: Dr. Gerold Kier (Administrativer Geschäftsführer)



Ljiljana Djuric
Sekretariat und
Projektassistenz



Andrea Taubert
Sekretariat und
Projektassistenz



Carolin Becher
Finanzreferentin



Heike Blankenstein
Projektfinanz-
controllerin



Marie Fiedler
Projektfinanz-
controllerin
(seit 06/2020)



Dr. Anja Gebel
Projektfinanz-
controllerin



Klara Gölling
Projektfinanz-
controllerin
(seit 05/2020)



Ulrike Koll
Referentin Personal
und Finanzen



Judit Mays
Personalreferentin



Lisa Meier
Finanzreferentin



Heike Zbick
Finanzreferentin

Mit Unterstützung von Nils Pohl (bis 04/2020) und Karsten von Berg.

Mit Unterstützung von unseren Freiwilligen (Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben, Freiwilliges Ökologisches Jahr): Violeta Helling, Marvin Müller, Emma Opfer, Jonas Pütz, Luise Fock, Emma Busch, Fiona Marker, Konstantin Pfaff, Björk Lucas, Cora Zschesche, Sophie Jahns, Luisa Hübschen, Vanessa Lippert

Stand: 09/2020

C Unsere Arbeit

Die inhaltliche Tätigkeit von Germanwatch gliedert sich in fünf Felder, die wir mit entsprechenden Teams bearbeiten: 1. Deutsche und Europäische Klimapolitik, 2. Unternehmensverantwortung 3. Welternährung, Landnutzung und Handel, 4. Internationale Klimapolitik sowie 5. Bildung für nachhaltige Entwicklung. Die beiden Klimateams sind bislang die größten politischen Teams. Deshalb sind die Berichte dieser Teams auch im Vergleich umfassender.

Dabei haben wir übergreifend globale umwelt- und entwicklungspolitische Zielsetzungen für eine nachhaltige Strukturpolitik und die menschenrechtsbasierte Umsetzung der 2030-Agenda (SDG) im Blick. Gerechtigkeit auf globaler und zunehmend auch innerstaatlicher Ebene, das Respektieren der Menschenrechte und der Erhalt der Lebensgrundlagen sowie der Schutz der Grenzen des Planeten und unserer Lebensgrundlagen nehmen in allen unseren Themenbereichen eine zentrale Stellung ein.

Deutsche und Europäische Klimapolitik

Nach der Europawahl, die zur Klimawahl wurde, hat die Europäische Kommission, unter der Leitung von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, ihren Vorschlag für einen "Europäischen Green Deal" auf den Tisch gelegt. Ziel ist, aus Europa bis spätestens 2050 den ersten klimaneutralen Kontinent zu machen und eine Kreislaufwirtschaft zu etablieren. Auf dem Plan dieser für die nächsten sieben bis zehn Jahre angelegten Strategie steht u.a.: Mehr Klimaambition, ein ganzheitlicher klimagerechter Ansatz und ein soziales, einigendes Reformprojekt für alle EU-Bürger_innen.

Der Europäische Green Deal ist umfassend, die Herausforderungen enorm, die Zeit knapp. Wenn stringent umgesetzt, geht es dabei um nichts anderes als um die Sicherung des Zusammenhalts und der Handlungsfähigkeit der Europäischen Union nach innen und außen durch die Etablierung eines neuen Gesellschaftsvertrags. Dieser Vertrag soll die Doppelkrise Klima/Corona so eindämmen, dass unsere Gesellschaften Dank Nachhaltigkeit widerstandsfähiger werden und künftige Generationen in Deutschland, der EU und auf dem Planeten auch ein gutes Leben haben können. Internationaler Rahmen für diesen neuen Gesellschaftsvertrag auf EU-Ebene sind neben den längst etablierten Menschenrechten, die 2015 verabschiedeten Sustainable Development Goals (SDGs) sowie das im selben Jahr beschlossene Pariser Klimaabkommen.

In diesem bewegten Kontext hat sich das Team Deutsche und Europäische Klimapolitik von Germanwatch in dem vergangenen Jahr im Sinne eines sozial gerechten Klimaschutzes stark dafür eingesetzt,

1. dass das deutsche 2030-Klimaziel und seine Sektor-Unterziele mit hoher Wahrscheinlichkeit erreicht und – weil zu gering angesetzt – möglichst übererfüllt werden,
2. dass die Klimagesetzgebung in Zeiten der Coronakrise möglichst ambitioniert ausfällt und dass dabei die klimagerechte Wiederbelebung der Wirtschaft auch nicht zur gesellschaftlichen Spaltung führt, sondern Hand in Hand mit Sozialgerechtigkeit einhergeht,
3. dass die Klimaneutralität in der EU bis spätestens 2050 nicht später als März 2020 beschlossen wird und folglich, dass Deutschland – spätestens im Rahmen seiner EU-Ratspräsidentschaft – klar hinter einer ambitionierten Anhebung der EU-Klimaziele 2030 steht und so dem Europäischen Green Deal und dem Pariser Klimaabkommen gerecht wird und
4. dass die Bundesregierung in ihrer Zusammenarbeit mit europäischen Ländern noch aktiver und wirkungsvoller dazu beiträgt, dass die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft hin zur Klimaneutralität in Europa gelingen kann.

Dekarbonisierung in Deutschland beschleunigen

Deutsche Klimagesetzgebung als Grundlage, um die Doppelkrise Klima/Corona zu lösen

Das deutsche Klimajahr 2019 mündete im Herbst in einer ganzen Reihe von Klimabeschlüssen der Bundesregierung – dem so genannten Klimapaket. Nach Beendigung der Arbeit der Kohle-kommission und der Entgegennahme des Kommissionsberichtes im Januar 2019 setzte die Bundesregierung ein Klimakabinett ein, um bis Ende des Jahres die Erarbeitung eines Klimaschutz-gesetzes und eines begleitenden Klimaschutzprogramms zur 2030-Klimazielerreichung abzuschließen. Germanwatch hat die Arbeit des Klimakabinetts gemeinsam mit Bündnispartner_innen wie der Klima-Allianz Deutschland und dem Deutschen Naturschutzring (DNR) begleitet und inhaltlich stark unterstützt. Durch intensive Gespräche mit politischen Entscheidungsträger_innen, mit Ministerien, mit Parteispitzen sowie durch Briefe, Pressearbeit und auch Aktionen mit Jugendbewegungen wie Fridays for Future ist es gelungen, die Bundesregierung zum Abschluss eines Klimapaketes zu bringen – allerdings ein Paket, das nur von der Architektur, nicht aber von der Substanz her überzeugt.

Mit dem Klimaschutzgesetz ist – was die Architektur der Klimapolitik angeht – ein großer Sprung gelungen. Germanwatch und breite Teile der Zivilgesellschaft konnten mit dazu beitragen, dass wesentliche Bestandteile des Gesetzentwurfes der Bundesumweltministerin Svenja Schulze schließlich doch verabschiedet wurden. So enthält das Gesetz nicht nur die erstmalig gesetzliche Fest-schreibung der deutschen Klimaziele für 2050 und 2030, sondern auch die Bestimmung, dass diese Ziele nach oben, aber nicht nach unten hin, angepasst werden können. Für die Jahre 2021–2030 gelten sektorspezifische, jahresscharfe Emissionsgrenzen. Ein Monitoringsystem legt jährliche Überprüfungen fest, so dass bei Zielabweichungen umgehend Sofortmaßnahmenprogramme zur Nachbesserung erarbeitet werden müssen. Das ermöglicht Germanwatch und anderen ab 2021 jährlich die notwendigen Fortschritte zu prüfen und bei Bedarf den Finger in die Wunde zu legen sowie für einen beschleunigten Klimaschutz einzutreten.

Was die Inhalte des Klimaschutzgesetzes angeht, gab es allerdings erhebliche Schwachstellen. Germanwatch ist es in enger Abstimmung mit anderen Verbänden der Zivilgesellschaft gelungen, in der medialen Aufarbeitung der sonstigen Klimabeschlüsse explizit beim Maßnahmenprogramm zur Erreichung des deutschen Klimaziels 2030 auf wichtige Leerstellen hinzuweisen und das unzureichende Ambitionsniveau zu thematisieren. Weil die gewählten Maßnahmen noch nicht ausreichend sind, um das 55 %-Minderungsziel in Deutschland zu erreichen, drängt Germanwatch darauf, dass das Klimakabinett beim Maßnahmenprogramm nachbessert. Zugleich wird es nach der anstehenden Nachbesserung des EU-Zieles für 2030 auch um eine Verschärfung des deutschen 2030-Klimaziels gehen.

Nach langen Verhandlungen, insbesondere zu den Entschädigungszahlungen für Braunkohlebetreibende, ist im letzten Jahr auch der gesetzliche Ausstieg aus der Kohleverbrennung in Deutschland verabschiedet worden. Dieser ist in der politisch beschlossenen Form nicht mit den Klimazielen von Paris vereinbar und auch die Kompensationszahlungen für die Braunkohle-Stromkonzerne sind hoch problematisch. Germanwatch hatte darauf hingearbeitet, dass es zukünftig möglich bleibt, den Kohleausstieg in Richtung 2030 beschleunigen zu können. Wir rechnen trotz des unzureichenden Beschlusses fest damit, dass der Kohleausstieg deutlich schneller vollzogen wird als jetzt beschlossen. Neben dem Stromsektor bzw. der Kohleausstiegsdebatte hat sich Germanwatch auch für den Einstieg in die klimaneutrale Industrie stark gemacht. Hier haben wir eine Analyse¹ veröffentlicht, den intensiven Dialog mit einer ganzen Reihe von Unternehmen geführt und Lösungsansätze für eine klimagerechte Industrie vorgestellt.

1 www.germanwatch.org/de/18405

Nun ist mit dem Ausbruch der Corona-Pandemie eine zusätzliche Krise neben der Klimakrise zu bewältigen. Germanwatch hat sehr schnell reagiert, um Zusammenhang und Berührungspunkte beider Krisen zu analysieren und zu erklären². Der Weg aus dieser Doppelkrise lässt sich nur für beide Herausforderungen gemeinsam finden und die Bedeutung beider Entwicklungen für unsere Art zu wirtschaften ist immens. Deshalb hat Germanwatch von vornherein deutlich gemacht, dass nach der ersten Phase des gesellschaftlichen Shutdowns, in der die Nothilfe, Stabilisierung und Sicherung von Existenzen im Vordergrund stehen müssen, die Wiederaufbauphase ("Recovery") ein Aufbruch in eine andere Normalität sein muss³. Germanwatch hat seine Kontakte zu politischen Entscheidungsträger_innen und Ministerien genutzt, um klar verständlich zu machen, dass die Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise Hand in Hand mit Maßnahmen gehen muss, die gleichzeitig die Klimakrise eindämmen.

Effektive CO₂-Bepreisung in Deutschland und Europa voranbringen

Seit dem Beschluss des Klimakabinetts vom 20. September 2019 steht fest, dass in Deutschland ab 2021 in den Sektoren Wärme und Verkehr CO₂ national bepreist wird. Dabei handelt es sich um einen großen Erfolg unserer Arbeit, denn seit Jahren setzt sich Germanwatch intensiv gemeinsam mit Partner_innen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und Sozialverbänden für die Einführung investitionsrelevanter CO₂-Preise in möglichst allen Sektoren ein. Diese lenken Investitionen in emissionsarme und zukunftsfähige Technologien, Infrastrukturen und Prozesse. Gleichzeitig sorgen sie für niedrige CO₂-Vermeidungskosten.

Unser langjähriges Engagement hat erheblich zu beigetragen, dass sich der CO₂-Preis zu einem der medialen und politischen Topthemen des Jahres 2019 entwickelte und schließlich vom Klimakabinett beschlossen wurde. Nachdem Germanwatch bereits in der ersten Jahreshälfte eine Vielzahl von Aktivitäten für die Einführung eines CO₂-Preises auf den Weg gebracht hat, führten wir insbesondere in den Wochen vor dem Septemberbeschluss eine Vielzahl verschiedener politischer Gespräche, betrieben Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und veröffentlichten eine repräsentative Meinungsumfrage⁴ zum Klimakabinett, um politischen Handlungsdruck aufzubauen.

Die zunächst geplanten CO₂-Preise waren allerdings völlig unzureichend, um eine ökologische Lenkungswirkung zu entfalten. Auch fehlte eine sozialverträgliche Verwendung der Einnahmen. Entsprechend hat Germanwatch in den nachfolgenden Monaten und Wochen Nachbesserungen am Klimapakett und am CO₂-Preis eingefordert. Unterstützt von weiteren zivilgesellschaftlichen Akteur_innen zeigte die breite Kritik schließlich Wirkung und im Dezember 2019 einigte sich der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat auf eine Erhöhung der CO₂-Preise.

Die gesetzliche Verankerung dieser Beschlüsse stellt einen weiteren wichtigen, wenn auch nicht ausreichenden Schritt dar, der trotz Coronakrise umgesetzt wurde. Viele Beobachter_innen hatten die Chancen in Krisenzeiten schon abgeschrieben, während sich Germanwatch in den vergangenen Monaten dafür starkgemacht⁵ hat. Nichtsdestotrotz sind weitere Nachbesserungen am CO₂-Preis notwendig, damit dieser eine Lenkungswirkung entfaltet, ohne die Sozialverträglichkeit zu gefährden. Für die sozialverträgliche Ausgestaltung bringen wir insbesondere die Rückzahlung der Einnahmen an die Bürger_innen ins Spiel. Für die notwendigen Nachbesserungen wird sich Germanwatch – nicht zuletzt mit Blick auf die anstehende Bundestagswahl – weiterhin einsetzen. Sei es zum Beispiel als Sekretariat und Mitglied im Koordinierungskreis der „CO₂-Preisrunde“, im Austausch mit Unternehmen im VCI-Stakeholderdialog Dekarbonisierung oder im Rahmen unserer Mitgliedschaften in den Dachverbänden Klima-Allianz Deutschland und Deutscher Naturschutzring (DNR).

2 www.germanwatch.org/de/18568

3 www.germanwatch.org/de/18600

4 www.germanwatch.org/de/16954

5 www.germanwatch.org/de/16955

Stromnetze zur Integration von Erneuerbaren Energien um- und ausbauen

Germanwatch hat über viele Jahre hinweg an den regelmäßigen Konsultationen zu den Netzentwicklungsplänen teilgenommen und kontinuierlich gefordert, dass die Szenarien ambitionierten Klimaschutz umsetzen. Mit dem aktuellen Szenariorahmen des Netzentwicklungsplans 2035 (NEP) haben diese Forderungen Früchte getragen: So hat sich der NEP, im Vergleich zu den vorherigen Netzentwicklungsplänen, im Hinblick auf die Ausbauquote Erneuerbarer Energien, Sektorintegration und Regionalisierung in einiger Hinsicht verbessert.

Germanwatch hat außerdem den Dialog zur Notwendigkeit des Um- und Ausbaus des Stromnetzes in verschiedenen Formaten mit Bürger_innen in betroffenen Regionen intensiv weitergeführt. Dabei hat Germanwatch Exkursionen vor Ort mit netzausbaukritischen Akteur_innen organisiert und eine Argumentationslandkarte zur Debatte⁶ veröffentlicht, ob Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungsleitungen (HGÜs) gebaut werden sollten. Die Karte gibt einen umfänglichen Überblick über die Debatte und trägt damit wesentlich zu einer Versachlichung der öffentlichen Diskussion zum Um- und Ausbau der Übertragungsnetze bei.

Germanwatch erforscht mit Partnerorganisationen, wie eine optimale Netzstruktur für die Energiewende aussieht. Das heißt, dass wir Innovationen nicht nur auf ihre Umwelt- und Klimaverträglichkeit abklopfen, sondern auch der sozialen Gerechtigkeit hohe Beachtung schenken. So wird in Schleswig-Holstein ein „Energiekosmos“ entstehen, in dem das Netz der Zukunft erprobt wird⁷. Germanwatch hat dafür eine Partizipationsstrategie entwickelt, damit sich Menschen vor Ort besser als bisher einbringen können. Im zurückliegenden Jahr hat Germanwatch zudem einen Kriterienkatalog für die gemeinwohlorientierte Bewertung von Geschäftsmodellen im Bereich Energiewende und Netze⁸ veröffentlicht.

Neben Aktivitäten im Stromnetzbereich hat Germanwatch auch energiesystemische Fragestellungen in den anderen Sektoren stärker in den Blick genommen. Dabei wurde im vergangenen Jahr insbesondere Expertise im Gas- und Wasserstoffbereich auf- und ausgebaut sowie das Akteur_innennetzwerk entsprechend erweitert und gefestigt. Neben der Begleitung der Debatten um die Nationale und die Europäische Wasserstoffstrategie, hat Germanwatch beispielsweise einen Perspektivwechsel-Workshop zum Thema „Sektorintegration konkret machen“ durchgeführt. Die rund 50 Repräsentant_innen von Strom-, Gaswirtschaft, Industrie, Behörden, Wissenschaft und Zivilgesellschaft diskutierten, wie sich die innovative Power-to-Gas-Technologie sinnvoll in das Energiesystem integrieren lässt. Seither wird Germanwatch im Wasserstoffbereich als Akteur mit Expertise wahrgenommen und entsprechend angefragt. Darüber hinaus und mit Blick auf die Coronakrise hat Germanwatch Lösungsvorschläge⁹ unterbreitet, die am Stromsystem ansetzen und Wirtschafts- und Klimakrise zusammen angehen. Diese Ansätze diskutieren wir mit politischen Entscheidungsträger_innen.

Digitale Energiewende in Einklang mit Demokratie und Menschenrechten bringen

Die Digitalisierung hat durch die Corona-Krise noch einmal einen Schub bekommen. Germanwatch hat sich im zurückliegenden Jahr noch stärker und breiter mit der digitalen Zivilgesellschaft vernetzt. So haben wir uns in einem Bündnis mit 78 anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen für ein digitales Ökosystem¹⁰ eingesetzt, das echte Wahlmöglichkeiten jenseits der großen Technolo-

6 www.germanwatch.org/de/18607

7 <https://energiekosmos-ensure.de/>

8 www.germanwatch.org/de/17049

9 <https://www.energiezukunft.eu/meinung/die-meinung/was-im-konjunkturpaket-fehlt/>

10 www.germanwatch.org/de/18632

giekonzerne bietet. Denn Google oder Facebook haben von der Coronakrise profitiert: Die Verlagerung des Lebens in die digitale Sphäre beschert ihnen größere Marktanteile, Nutzungszahlen und Datensammlungen.

Zusammen mit anderen Umweltschutzorganisationen hat Germanwatch zum Weißbuch der EU-Kommission zu künstlicher Intelligenz¹¹ (KI) klar Stellung bezogen. Das Thema KI hat uns sehr beschäftigt: Als Ergebnis intensiver Gespräche und Literaturstudien entstand das 64-seitige Hintergrundpapier „Künstliche Intelligenz für die Energiewende: Chancen und Risiken“¹². Darin unterbreiten wir konkrete Vorschläge für politische Rahmenbedingungen.

Germanwatch hat sich außerdem immer wieder und stets konstruktiv mit Vorträgen, Workshops und Diskussionen, Blogs- und Buchbeiträgen¹³ in die Debatten um eine zukunftsfähige Digitalisierung eingebracht.

Die EU zur glaubwürdigen Antreiberin des internationalen Klimaschutzes machen

Mit seiner Arbeit hat sich Germanwatch in den vergangenen Jahren stärker als zuvor als klimapolitischer Akteur auch auf EU-Ebene etabliert und ist anerkannter Ansprechpartner in dem Themenfeld EU-Klimapolitik für Regierungsvertreter_innen, Journalist_innen, Abgeordnete, politische Stiftungen sowie Wissenschaftler_innen und zivilgesellschaftliche Partner_innen. Im letzten Jahr haben wir unter anderem an den folgenden Schwerpunktthemen gearbeitet.

Europäischen Green Deal stringent umsetzen

Für 2030 müsste die EU aus wissenschaftlicher Sicht (Abschätzung des verbleibenden Emissionsbudgets in Übereinstimmung mit dem 1,5°C-Limit) bei Berücksichtigung anerkannter Gerechtigkeitsmaßstäbe ein Klimaziel von 65 % bis 85 % unter dem Niveau von 1990 anstreben. Germanwatch setzt sich dafür ein, dass diese Zielgröße durch Reduktionen in der EU, aber – indirekt – auch über internationale Zusammenarbeit zur Emissionsminderung erreicht wird. Bezüglich der EU-internen Klimaschutzbemühungen hat sich Germanwatch im Berichtszeitraum dafür eingesetzt, dass die Europäische Kommission noch 2020 eine deutliche Anhebung des 2030-Klimaziels der EU von derzeit minus 40 % auf mindestens minus 55 % und möglichst eine darüber hinausgehende Zielgröße vorschlägt. Bis allerspätestens 2050 sollte die EU Treibhausgasneutralität erreichen, den Ausstieg aus den fossilen Energieträgern möglichst vor 2040. Der Ausstieg aus der Kohle sollte bis etwa 2030, der von Erdöl deutlich vor 2040 erfolgen. Germanwatch setzt sich konsequent für eine stringente Umsetzung des Europäischen Green Deal ein¹⁴ und war so eine treibende Kraft der Zivilgesellschaft für eine zukunftsfähige, klimaneutrale EU. Der Beschluss zur Treibhausgasneutralität bis 2050 war zentral dafür, dass nun alle Sektoren und Politikfelder wissen: Es geht um einen völligen Ausstieg aus den fossilen Energien und generell Treibhausgas-Neutralität. Aber selbst dieser Beschluss ist noch nicht ausreichend als Beitrag der EU für die Einhaltung des 1,5°C-Limits. Es wird zu prüfen sein, möglicherweise im Kontext einer neuen US-Regierung, ob durch wünschenswerte Klimapartnerschaften mit Indien und anderen Schwellenländern, Verhandlungen mit China sowie einer weiteren dynamischen Verschiebung der Wettbewerbsfähigkeit von alternativen Technologien die notwendige Verantwortungsübernahme der EU zu erreichen ist. Grundlage dafür ist allerdings, dass es nun gelingt, den Europäischen Green Deal mit möglichst ambitionierten Zielen und Umsetzungsstrukturen zu verankern. Unsere Arbeit hat bundesweit ermöglicht, den Bekanntheitsgrad und das Verständnis für die EU-Langfriststrategie der EU-Kommission in Deutschland zu steigern sowie die wichtige Debatte um die Klimaneutralität in der Öffentlichkeit in Deutschland und bei politischen

11 www.germanwatch.org/de/18744

12 www.germanwatch.org/de/17095

13 www.germanwatch.org/de/17652

14 www.germanwatch.org/de/18336

Entscheider_innen zu beleben. Dafür haben wir u.a. eine Diskussion zwischen hochrangigen Akteur_innen aus Europäischer Kommission, Bundesregierung und Unternehmen sowie Zivilgesellschaft organisiert. Anders als noch vor zwei oder drei Jahren, ist nun vielen wichtigen Wirtschaftsakteur_innen, Politiker_innen und Multiplikator_innen in Deutschland klar: Es geht um den vollständigen Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas – und damit um grundlegend neue Geschäftsmodelle und Handlungsoptionen. Immer mehr Unternehmen und Gewerkschaften betrachten Klimaneutralität als Chance für Wirtschaft, Arbeitsplätze und neue Formen des Zusammenlebens und der Mobilität. Diese Erfahrungen und Stimmen gilt es nun so zu organisieren, dass sie zu einer weiteren Dynamisierung der Umsetzung und Zielsetzung führen. Des Weiteren hat Germanwatch an der Konsultation zum deutschen Nationalen Energie- und Klimaplan (NECP) teilgenommen und sich somit aktiv und konstruktiv in der Debatte um den Beitrag Deutschlands für die Erreichung der EU-Energie- und Klimaziele 2030¹⁵ eingebracht. Trotz Fortschritten besteht nun die Aufgabe, den Europäischen Green Deal mit mehr Leben, Stringenz und Konsistenz zu füllen.



In der täglichen Arbeit von Germanwatch spielt der Europäische Green Deal eine wichtige Rolle. Auch auf Veranstaltungen diskutieren wir immer wieder seine Chancen und Herausforderungen für den Klimaschutz und andere Bereiche. (Foto: acatech / Stemmler)

Darüber hinaus engagiert sich Germanwatch weiterhin für die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen französischer und deutscher Politik und für eine bessere Vernetzung beider Zivilgesellschaften beim Thema Klimaschutz. So hat Germanwatch zusammen mit Partner_innen konkrete Vorschläge zur Stärkung der französisch-deutschen Zusammenarbeit¹⁶ für eine ambitioniertere Umsetzung des Europäischen Green Deal und gleichzeitig für eine solidarische, nachhaltige Gestaltung der Rettungspakete in Folge der harten Coronakrise miterarbeitet. Auch in diesem Sinne verfolgt Germanwatch die Arbeit der sogenannten Meseberger Arbeitsgruppe (deutsch-französische interministerielle Arbeitsgruppe für Klimaschutz) und unterstützt deren Agenda dezidiert mit klimapolitisch ambitionierten Vorschlägen. Sowohl die Erklärung der Meseberger Arbeitsgruppe zum Europäischen Green Deal und europäischen Plan für eine Green Recovery¹⁷ als auch die Initiative von Präsident Emmanuel Macron und Bundeskanzlerin Angela Merkel zur wirtschaftlichen Erholung Europas nach der Coronakrise¹⁸ wurden am selben Tag im Mai 2020 veröffentlicht. Durch dieses gemeinsame Erscheinen wurde wirkmächtig zur Befestigung der klimapolitischen französisch-deutschen Zusammenarbeit beigetragen – ein wichtiges Signal, nicht nur auf EU-Ebene, sondern nicht zuletzt auch

15 www.germanwatch.org/de/17949

16 www.germanwatch.org/de/18661

17 <https://www.bmu.de/download/gemeinsame-erklaerung-zum-european-green-deal-und-europaeischen-plan-fuer-eine-green-recovery/>

18 <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/deutsch-franzoesische-initiative-zur-wirtschaftlichen-erholung-europas-nach-der-coronakrise-1753760>

ein historischer Schritt zum Zusammenhalt der EU in dieser Krisenzeit. Jetzt geht es darum, die Worte in Taten wirksam umzusetzen.

Europäischen Schienenverkehr als Baustein europäischer Integration und Alternative zum Flugzeug stärken

Flüge sind für einen steigenden Anteil der europäischen Treibhausgasemissionen verantwortlich. Viele der Flüge gehen in andere europäische Mitgliedsstaaten oder finden gar im Inland statt und könnten theoretisch auf die Bahn¹⁹ verlagert werden. Voraussetzung hierfür wäre, dass das europäische Bahnsystem zu einem engmaschigen und komfortablen Netz ausgebaut wird und insbesondere grenzüberschreitende Verbindungen gestärkt werden. Gleichzeitig müssen nun dringend die Rahmenbedingungen so verändert werden, dass mit der wirtschaftlichen Erholung nach der Coronakrise der klimaschädliche innereuropäische Flugverkehr nicht mehr die alten Passagierzahlen erreicht, z.B. durch die volle Integration des Flugverkehrs in den EU-Emissionshandel sowie die Einführung einer Steuer auf Flugbenzin. Anders lassen sich die notwendigen ambitionierten Klimaziele²⁰ nicht erreichen.

Germanwatch setzt sich seit Anfang 2020 mit erheblich gesteigerter Intensität für die Stärkung des europäischen Schienenverkehrs ein. Schwerpunkte sind die Verankerung des Ausbaus vom Schienenverkehr in der Verkehrsstrategie der Europäischen Union und im neuen EU-Haushalt, die Verbesserung von Buchungsmöglichkeiten und Fahrgastrechten auf grenzüberschreitenden Verbindungen sowie die Stärkung der CO₂-Bepreisung für Flüge. Germanwatch ist hierzu im Austausch mit Akteur_innen der Zivilgesellschaft und der Politik, Gewerkschaften, Verbraucher_innenschutzverbänden und Unternehmensverbänden – in Deutschland und anderen europäischen Mitgliedsstaaten, um Handlungsoptionen herauszuarbeiten. Germanwatch ist im Berichtszeitraum Mitglied im europäischen Dachverband Transport & Environment geworden und setzt sich auch hier dafür ein, dass das Thema Europäisierung des Schienenverkehrs als Lösung für den Klimaschutz und für den wirtschaftlichen Wiederaufbau von der Zivilgesellschaft enger begleitet wird.

Als ein konkretes Beispiel hat Germanwatch die nun nach und nach erfolgende Verbesserung der grenzüberschreitenden regionalen Zugverbindungen zwischen Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und dem Saarland mit der Region Grand Est in Frankreich begleitet.

Den europäischen Netzentwicklungsplan klimagerecht gestalten

Germanwatch hat an verschiedenen Konsultationen zur Infrastrukturplanung des europäischen Energiesystems teilgenommen, u.a. zum Ten-Year Network Development Plan (TYNDP), der EU Strategy for System Integration und zur Trans-European Networks for Energy (TEN-E) Verordnung. Im Fokus der dort eingebrachten Positionen stand jeweils die Forderung, 1,5°C kompatible Szenarien sowie ambitionierte Klima- und Energieziele in die Regularien und Pläne zu integrieren. Dafür wurde der Austausch mit europäischen Akteur_innen zu den Konsultationen v.a. über die Renewables Grid Initiative (RGI) aber auch Climate Action Network Europe (CAN-E) verstärkt. Ende des Jahres 2020 wird die EU-Verordnung zu Leitlinien für die transeuropäische Energieinfrastruktur (TEN-E) novelliert. Die noch aus der Zeit vor dem Pariser Klimaabkommen stammende Verordnung stellt die rechtliche Basis für die Entwicklung der europäischen Energienetze dar. Zur Kommentierung der TEN-E Novellierung wurde ein gemeinsamer Brief der Umweltverbände koordiniert, der dann in geschlossener Form direkt an die EU-Kommission, aber – mit Blick auf die deutsche EU-Ratspräsidentschaft – auch an die Bundesregierung adressiert wurde. Der Ten-Year Network Development Plan (TYNDP) bezeichnet den Europäischen Netzentwicklungsplan, den die Verbände der europäischen Strom-Übertragungsnetzbetreiber sowie der Gas-Fernleitungsnetzbetreiber gemeinsam erarbeiten, um einen Überblick über die europäische Energieinfrastruktur und dessen erwartete mittel-

¹⁹ www.germanwatch.org/de/18573

²⁰ www.germanwatch.org/de/18662

bis langfristige Entwicklung zu geben. Im Rahmen der Aktivitäten bei der Renewables Grid Initiative – wo Germanwatch im Vorstand vertreten ist – sei auf eine Anfrage zur Berücksichtigung Paris-kompatibler Szenarien im TYNDP hingewiesen, die einen verstärkten Ausbau erneuerbarer Energien und einen hohen Grad an Elektrifizierung aufweisen²¹.

Sozial gerechte Klima- und Energiesicherheit im erweiterten Europa

Wir setzen uns seit 2017 verstärkt für ambitionierte Klima- und Energiewendepartnerschaften der EU und Deutschlands mit EU-Nachbarschaftsstaaten ein. Mit der Coronakrise haben diese Kooperationen eine weitere zusätzliche Bedeutung bekommen. Denn weniger wohlhabende Staaten wie die Ukraine diskutieren als Folge der Wirtschaftskrise ein Zurückfahren ihrer Energiewendebemühungen. Dabei können gerade ehrgeizige Energie-, Verkehrs-, Wärme- und Industriewendeeinvestitionen mithelfen, einerseits die Wirtschaften aus der Corona-bedingten Krise zu holen und andererseits die Staaten langfristig fit zu machen für die Herausforderungen, die der Klimawandel und die globale Transformation der Wirtschaftskreisläufe an sie stellen.

Schwerpunktmäßig aktiv war Germanwatch 2019/2020 dabei, die diesbezügliche Zusammenarbeit Deutschlands und der EU mit dem Kosovo und der Ukraine weiterzuentwickeln. Und das nicht ohne Erfolge. Im Kosovo kommt das geplante Projekt eines neuen Kohlekraftwerks auch deshalb nicht voran, weil Germanwatch mit seinen kosovarischen Partner_innen relevanten Akteur_innen der kosovarischen und der deutschen Regierung Wege aufgezeigt hat, welche Alternativen zur Kohle für das Land existieren. In der Ukraine unterstützen wir u.a. die Stadtverwaltungen der sieben noch am meisten von der Kohleförderung abhängigen Städte in der Konfliktregion Donbas dabei, Strukturwandel und Energiewende bei sich voranzubringen. Unsere guten Kontakte in die ukrainische und deutsche Regierung haben wir für Beratung für eine gerechte Transformation im Kohlebecken Donbas nutzen können. Dies trug dazu bei, dass im Ergebnis die Ukraine und Deutschland nun eine Energiepartnerschaft unterzeichnet haben, bei der es schwerpunktmäßig um den Ausbau der Erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und den Teilausstieg der Ukraine aus der Kohle gehen soll²².

Germanwatch hat zusammen mit der Stiftung Zukunftsfähigkeit zudem seine Kontakte in die russische Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Stiftungslandschaft gestärkt und ein Diskussionspapier²³ mit dem Ziel veröffentlicht, den Dialog mit Russland darüber zu stärken, wie sich die fossilen Energiebeziehungen unter Vorzeichen der notwendigen Klimaziele entwickeln können.

Ausblick

In den letzten Jahren hat sich immer mehr gezeigt, dass die große Transformation nur zu schaffen ist, wenn soziale und gesellschaftliche Fragen mitgedacht und soziale Spaltungen verhindert werden. Germanwatch wird sich verstärkt mit Stadt-Land-Unterschieden und Dezentralität in der Energiewende beschäftigen, um zum Gelingen einer partizipativeren und sozial gerechteren Energiewende beizutragen. Dabei werden wir den Austausch u.a. mit Sozialverbänden und Gewerkschaften intensivieren.

Auf europäischer Ebene wurden Voraussetzungen geschaffen, welche der Dynamik des Europäischen Green Deal trotz Coronakrise zugutekamen, um die Klimaneutralität und die Kreislaufwirtschaft in der EU schneller voranzutreiben. Doch die Umsetzung des Europäischen Green Deal ist noch lange nicht erfolgt – angefangen mit der klimagerechten Gestaltung des EU-Haushalts 2021-2027 und des EU-Konjunkturpakets "EU Next Generation" sowie mit der anstehenden Erhöhung des

21 https://renewables-grid.eu/fileadmin/user_upload/RGI_Request_to_Adapt_European_Energy_Planning_Scenarios_logos_9.6.20_.pdf

22 www.germanwatch.org/de/19063

23 www.germanwatch.org/de/17961

EU-Klimaziels 2030. Wir bleiben am Ball, u.a. über ein Projekt unter Leitung des UNEP Collaborative Centre for Climate and Sustainable Energy Finance der Frankfurt School of Finance & Management, in dem wir uns in einer Kombination aus Analyse und Stakeholderarbeit in Deutschland und direkt bei den EU-Institutionen v.a. darauf fokussieren, die deutsche EU-Ratspräsidentschaft (von Juli-Dezember 2020) für entsprechende positive Impulse auf EU-Ebene zu nutzen.

Auf nationaler Ebene macht sich Germanwatch dafür stark, dass spätestens ab September die Bundesregierung das Klimakabinett damit beauftragt, die Arbeit zur Klimazielerreichung 2030 wieder aufzunehmen. Außerdem wird sich Germanwatch auch vor dem Hintergrund des noch unzureichenden Maßnahmenprogramms 2030 intensiv dafür einsetzen, dass die Bundesregierung das Zusammenspiel zwischen Paris-gerechten EU-Klimazielen und dem beschlossenen Konjunkturprogramm stringent vor Augen hat, damit nationale Klimaziele angehoben und sicher erreicht werden.

Mit der Vorstellung bzw. Umsetzung des Europäischen Green Deal, der beschlossenen Treibhausgasneutralität 2050 und der bevorstehenden 2030-EU-Klimazielerhöhung rückt die EU-Ebene bei der CO₂-Bepreisung nun stärker in den Fokus. Hier macht sich Germanwatch für eine zeitnahe Reform des Europäischen Emissionshandels stark – inklusive u.a. der Einführung eines CO₂-Mindestpreises, einer Verschärfung des linearen Reduktionsfaktors und einer Weiterentwicklung der Marktstabilitätsreserve. Hierfür wird Germanwatch sich in den kommenden Monaten sowohl bundes- als auch EU-politisch und im Rahmen der deutsch-französischen Beziehungen engagieren.

Germanwatch wird in Schleswig-Holstein den „Energiekosmos“ vorantreiben, in dem Energienetzelemente der Zukunft entstehen sollen. Auch hier werden wir darauf achten, dass diese am Klimaschutz ausgerichtet, sozial gerecht sind und Teilhabe ermöglicht wird.

Die Digitalisierung schreitet durch die Coronakrise noch einmal schneller voran als ohnehin schon. Die Zivilgesellschaft muss hier als Korrektiv von Wirtschaft und Politik Schritt halten. Germanwatch wird diese Herausforderung weiterhin mit großem Einsatz annehmen und das Themendreieck von Digitalisierung, Demokratie und Nachhaltigkeit gezielt angehen. U.a. planen wir, Mitveranstalter einer neuen bits&bäume-Konferenz zu werden. So wollen wir die Debatte um eine zukunftsfähige Digitalisierung wesentlich mitgestalten.

Im Bereich der Stromnetze werden wir uns, aufbauend auf unseren bisherigen Erfolgen, weiterhin für eine Paris-kompatible und zunehmend sektorintegrierte Planung und Umsetzung von Energiesystemstrukturen einsetzen. Dabei streben wir auch an, unsere Aktivitäten im Bereich erneuerbare Gase zu verstärken.



Mitarbeiter_innen

	Oldag Caspar Teamleiter		Audrey Mathieu Kommissarische Teamleiterin		Dr. Eva Schmid Teamleiterin
	Kai Bergmann Referent für deutsche Klimapolitik		Lena Donat Referentin für klima- freundliche Mobilität <i>(ab 03/2020, vorher Team IKP)</i>		David Frank Referent für Strom- netze und Klimapolitik
	Caterina Freytag Referentin für Klima- schutzklagen		Linus Herzig Referent für CO2-Preise <i>(bis 08/2020)</i>		Martin Schön-Chanishvili Referent für Partner- schaften Ost- und Süd- osteuroopa
	Dr. Manfred Treber Referent für Klima- und Verkehr		Andrea Wiesholzer Referentin – Netze für die Energiewende		Hendrik Zimmermann Referent für Energie- wendeforschung und Digitale Transformation
	Sophie Jahns Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Le- ben 2019/20 <i>(bis 07/2020)</i>		Fiona Marker Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Le- ben 2020/21 <i>(seit 08/2020)</i>		

Praktikant_innen im Berichtszeitraum: Sören Barkey, Nicolas Schöneck, Indrit Selmani, Juleika Walther, Claire Faber, Kathrin Lehmann

Trainees: Kirsten Kleis, Lennart Peters, Shruti Neelakantan

Verantwortlich seitens des Vorstands: Prof. Dr. Reinhard Loske, Ingmar Jürgens, Silvie Kreibiehl

Stand: 09/2020

Unternehmensverantwortung

Die Folgen der Corona-Pandemie haben vielen Menschen in Deutschland vor Augen geführt, wie sehr unser Leben davon abhängt, wie in anderen Teilen der Welt produziert wird. Die Pandemie hat aber auch auf dramatische Weise demonstriert, welche Risiken diese global vernetzte Wirtschaft gerade auch für Beschäftigte im Globalen Süden birgt. Deshalb ist es nun dringender denn je, dass Unternehmen aus Deutschland und der Europäischen Union bei ihren globalen Geschäften die Menschenrechte achten und Umweltstandards verbindlich einhalten müssen – und genau hierfür setzt sich das Team Unternehmensverantwortung schon seit langem ein.

Die Europäische Kommission hatte schon vor der Corona-Pandemie den Europäischen Green Deal mit einem umfangreichen Maßnahmenpaket für nachhaltiges Wirtschaften angestoßen. Das muss in eine europäische Wirtschaftspolitik im Einklang mit der Umsetzung der Menschenrechte und dem Schutz der Lebensgrundlagen eingebettet sein. Der Schutz der Menschenrechte und der Lebensgrundlagen in der gesamten Lieferkette von deutschen und EU-Unternehmen ist eine zentrale Messlatte für den Europäischen Green Deal, der Treibhausgasneutralität und eine Kreislaufwirtschaft bis spätestens 2050 anstrebt. Konkret bedeutet das Ziel der Kreislaufwirtschaft, wenn es ernsthaft umgesetzt wird, eine Verringerung des absoluten Rohstoffverbrauchs, sodass dieser und die „Veredelung“ der Rohstoffe in der gesamten Wertschöpfungskette ohne Verletzung der Menschenrechte oder Untergrabung der Grenzen des Planeten möglich ist. Außerdem kann die EU an ihren Aktionsplan für die Finanzierung nachhaltigen Wachstums („Sustainable Finance“) anschließen. Im Rahmen dieses Aktionsplans hat die EU-Generaldirektion Justiz im Februar 2020 eine umfangreiche Studie veröffentlicht, die die Notwendigkeit einer Regulierung von unternehmerischen Sorgfaltspflichten in der Lieferkette unterstreicht. Germanwatch hatte sich im Vorfeld in einer Stakeholderkonsultation eingebracht, deren Ergebnisse in diese Veröffentlichung einfließen. Vor dem Hintergrund der Studie kündigte EU-Justizkommissar Didier Reynders Ende April an, bis Frühjahr 2021 einen Vorschlag für ein Gesetz zu menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten auf europäischer Ebene vorzulegen.

Die EU kann jedoch nur so ambitioniert agieren, wie ihre Mitgliedsstaaten dies ermöglichen. Im Themenfeld Unternehmensverantwortung stand Deutschland bislang leider häufig auf der Bremse statt auf dem Gaspedal. Bezüglich menschenrechtlicher und umweltbezogener Sorgfaltspflichten für Unternehmen besteht allerdings gerade die Chance, dass Deutschland im Führerhäuschen der EU-Ratspräsidentschaft die richtigen Knöpfe drückt. Als Grundlage dafür bedarf es eines ambitionierten Vorgehens auf nationaler Ebene: konkret mit einem wirksamen Lieferkettengesetz noch in dieser Legislaturperiode. Um dies seitens der Zivilgesellschaft voranzutreiben, war Germanwatch im Berichtszeitraum im besonderen Maße aktiv.

Rechte für Menschen – Regeln für Unternehmen

Gesetzliche menschenrechtliche Sorgfaltspflichten durch ein Lieferkettengesetz in Deutschland verankern

Am 14. Juli 2020 haben Bundesarbeitsminister Heil und Bundesentwicklungsminister Müller angekündigt, dass sie nun Eckpunkte für ein Lieferkettengesetz abstimmen wollen. Nach den ernüchternden Ergebnissen des NAP-Monitorings (s.u.), hatte sich auch Bundeskanzlerin Merkel dafür ausgesprochen und die beiden Minister beauftragt, sich bis August mit Wirtschaftsminister Altmaier auf eine Kabinettsvorlage zu verständigen. Daraufhin sollte das Gesetzgebungsverfahren beginnen, um noch in dieser Legislaturperiode ein Lieferkettengesetz zu verabschieden. Bedauerlicher Weise versucht das Bundeswirtschaftsministerium die Eckpunkte massiv zu verwässern, sodass Mitte Sep-

tember noch kein Vorschlag vorlag. Wir als Germanwatch fordern schon seit langem ein solches Gesetz und haben dafür im Rahmen der Initiative Lieferkettengesetz auch konkrete rechtliche Vorschläge²⁴ ausgearbeitet.

Vorausgegangen war eine zweimalige Untersuchung im Rahmen des Nationalen Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte (NAP), ob große deutsche Unternehmen freiwillig ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht nachkommen. Sowohl 2019 als auch 2020 war das Ergebnis eindeutig ernüchternd: jeweils weniger als 20 % der antwortenden Unternehmen setzten die Anforderungen aus dem NAP freiwillig um. Dabei konnten Bundeswirtschaftsministerium und Kanzleramt im Sinne der Wirtschaftsverbände die Untersuchungsmethodik noch erfolgreich abschwächen. Dies kritisierten wir mehrfach, sowohl mit öffentlichen Stellungnahmen einiger NRO-Verbände²⁵ als auch im Rahmen der AG Wirtschaft & Menschenrechte beim CSR-Forum²⁶ der Bundesregierung. Diese AG begleitet die Umsetzung des NAP aus Sicht der Stakeholder. Germanwatch vertritt dort seit mehreren Jahren das Forum Menschenrechte und bringt zivilgesellschaftliche Perspektiven in die Debatten ein.

Aus Sicht der Zivilgesellschaft war das beschriebene Monitoring der deutschen Unternehmen im Rahmen des NAP ohnehin eher ein Versuch, die notwendige verbindliche Rahmensetzung hinauszuschieben. Denn aufgrund zahlreicher Fallbeispiele war uns seit langem klar, dass der Großteil der Unternehmen freiwillig nicht genug tut, um die Menschenrechte zu achten. Eindrucksvoll unterstreicht dies erneut unser Bericht zu Agrarwirtschaft und Menschenrechten²⁷, den wir anlässlich der Grünen Woche 2020 gemeinsam mit dem Hilfswerk Misereor veröffentlicht haben. Von 15 Unternehmen aus der Milchwirtschaft, Fleischwirtschaft, Futtermittelindustrie und Agrochemiebranche kommt nach unseren Analysen kein Unternehmen seiner menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht ausreichend nach. Die besondere Betroffenheit der Fleischwirtschaft in Bezug auf Corona – u.a. wegen Arbeits- und Unterbringungsbedingungen – hat diese fehlende menschenrechtliche Sorgfaltspflicht selbst in inländischen Betrieben noch einmal aufgezeigt.

Vor diesem Hintergrund starteten wir bereits am 10. September 2019 gemeinsam mit vielen anderen Menschenrechts-, Entwicklungs- und Umweltorganisationen, Gewerkschaften und kirchlichen Akteuren die Initiative Lieferkettengesetz²⁸. Inzwischen haben sich über 100 Organisationen zu diesem Bündnis zusammengeschlossen. Wir fordern von der Bundesregierung noch in dieser Legislaturperiode ein Lieferkettengesetz, das Unternehmen dazu verpflichtet, bei ihren Geschäften im Inland und Ausland menschenrechtliche und umweltbezogene Sorgfalt walten zu lassen. Eine Missachtung der Sorgfaltspflichten muss an klare Konsequenzen geknüpft sein.

Germanwatch hat diese Initiative in den Jahren zuvor, gemeinsam mit anderen Organisationen, maßgeblich mit aufgebaut. Zwei Mitarbeiter_innen von Germanwatch sind derzeit ausschließlich im Rahmen der Initiative Lieferkettengesetz aktiv. Finanziert durch Projektmittel unserer Partner von Brot für die Welt und Misereor, koordinieren sie die Arbeit der Initiative Lieferkettengesetz. Darüber hinaus arbeiten wir als Germanwatch auch im Steuerungskreis sowie in fast allen Arbeitsgruppen der Initiative intensiv mit. Seit dem Start der Initiative Lieferkettengesetz haben Woche für Woche Veranstaltungen, Lobbygespräche, Social-Media-Aktivitäten, Webinare und Pressearbeit sowohl in der Bundeshauptstadt als auch in einzelnen Bundesländern stattgefunden. Was alle Erwartungen übertraf: Über 222.222 Menschen haben eine entsprechende Petition an Bundeskanzlerin Merkel²⁹ unterzeichnet. Zum Start der Initiative ging es darum, das Problem fehlender Regulierung anhand von Fallbeispielen bekannt zu machen. Ab Anfang des Jahres 2020 rückte ins Zentrum zu

24 www.germanwatch.org/de/18878

25 www.germanwatch.org/de/18514

26 CSR = Corporate Social Responsibility, gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen

27 www.germanwatch.org/de/17692

28 www.lieferkettengesetz.de

29 <https://lieferkettengesetz.de/2020/08/03/petition-an-bundeskanzlerin-beendet-danke-fuer-euer-engagement/>

zeigen, dass ein Lieferkettengesetz in Deutschland machbar ist – für Unternehmen genauso wie für den Gesetzgeber. Dazu haben wir als Initiative z.B. ein Rechtsgutachten³⁰ veröffentlicht.



Zur Auftaktaktion am 10. September kamen viele Unterstützer_innen vor dem Bundestag zusammen und forderten gemeinsam ein Lieferkettengesetz. (Foto Stéphane Lelarge/Initiative Lieferkettengesetz)

Der Initiative Lieferkettengesetz gelang es zum Jahresende 2019 enormes mediales Echo auszulösen. Dann kam die Coronakrise und drängte zunächst die Debatte zu Wirtschaft und Menschenrechten an den Rand. Wie die Initiative Lieferkettengesetz in einem Briefing zu Corona³¹ dargelegt hat, zeigt sich aber gerade auch in der aktuellen Coronakrise deutlich: Freiwillig kommen die meisten Unternehmen ihrer menschenrechtlichen Verantwortung nicht ausreichend nach. Es braucht jetzt erst recht einen gesetzlichen Rahmen. Wir sind stolz darauf, dass unsere fundierte, unablässige Arbeit dazu beigetragen hat, dass Bundesministerien im Sommer 2020 nunmehr ein deutsches Lieferkettengesetz vorbereiten.

Dies sehen wir sowohl auf nationaler Ebene gegeben als auch im europäischen Rahmen. Deshalb setzen wir uns nicht nur für ein deutsches Lieferkettengesetz ein, sondern fordern auch entsprechende Maßnahmen auf europäischer Ebene. Insbesondere im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft kommt Deutschland damit eine wichtige Rolle zu. Dazu haben wir gemeinsam mit anderen Organisationen Forderungen an die deutsche Ratspräsidentschaft³² aufgestellt. Klar ist dabei allerdings: Deutschland darf die Zuständigkeit nicht auf die europäische Ebene verschieben. Wir begrüßen, dass Arbeitsminister Heil diese Position teilt. Denn um auf europäischer Ebene glaubwürdig und wirkungsvoll agieren zu können, braucht Deutschland ein ambitioniertes nationales Lieferkettengesetz. Ohnehin müsste Deutschland auch eine EU-Regelung auf nationaler Ebene gesetzlich umsetzen.

Berichtsanforderungen über menschenrechtliche Risiken ambitioniert umsetzen

In den letzten Jahren begleitete das Team Unternehmensverantwortung intensiv die gesetzliche Rahmensetzung für eine verbesserte Berichterstattung von Unternehmen zu sogenannten nicht-finanziellen Informationen und trieb diese voran. Auf Grundlage der EU-CSR-Richtlinie sowie des CSR-Richtlinien-Umsetzungsgesetzes in Deutschland, müssen Unternehmen nun z.B. darüber berichten, wie sie die Menschenrechte achten. Während sich der Fokus unserer Arbeit inzwischen auf die Durchsetzung von Sorgfaltspflichten verschoben hat (siehe oben), fokussieren wir im Kontext der Berichterstattung darauf, Akteur_innen zu vernetzen, vorhandene Tools anzuwenden und relevante Prozesse zu begleiten.

30 www.germanwatch.org/de/18157

31 www.germanwatch.org/de/18742

32 www.germanwatch.org/de/18760

Dazu gehört auch eine bessere Vernetzung zwischen den verschiedenen Germanwatch-Teams. Denn Menschenrechts-, Umwelt- und Klimaaspekte müssen zunehmend interdependent gedacht und bearbeitet werden. Ein Beispiel hierfür ist die Alliance for Corporate Transparency, ein europaweiter Zusammenschluss von Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen, der die Qualität der offengelegten Unternehmensinformationen untersucht, um die Berichtsanforderungen auf EU-Ebene zu stärken und die anstehende Überarbeitung der EU-CSR-Richtlinie wissenschaftlich fundiert zu beeinflussen. Germanwatch ist Mitglied im Beirat und bringt dort seine Expertise aus dem Menschenrechts- und seit diesem Berichtsjahr zunehmend auch aus dem Klimabereich ein. Zudem hat Germanwatch – neben den vielfältigen diesbezüglichen Aktivitäten im Rahmen der Beiratstätigkeit selber – im Rahmen der Initiative Lieferkettengesetz auch eine Stellungnahme zu einer Konsultation des Sustainable Finance-Beirats³³ verfasst. Dieser Beirat berät die Bundesregierung darin, wie Deutschland führender Standort für Sustainable Finance werden kann – als erster Schritt mit einem besonderen Fokus auf die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens (mehr zum Sustainable Finance-Beirat und der Rolle von Germanwatch auf S. 44). In der Stellungnahme der Initiative haben wir u.a. auf die Verpflichtung zur vorausschauenden Berichterstattung zum einen über klimabedingte und zum anderen über menschenrechtsbezogene Finanzrisiken als einen wichtigen Grundstein einer wirksamen Sustainable Finance-Strategie hingewiesen.

Menschenrechtliche Sorgfaltspflichten für einzelne Branchen konkretisieren

Ein Vorhaben des Nationalen Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte sind Branchendialoge. Darin sollen Handlungsanleitungen erarbeitet werden, wie Unternehmen aus bestimmten Risiko-branchen ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht nachkommen können. Im Sommer 2019 wurde Germanwatch ausgewählt, die NRO-Beiträge für diese Branchendialoge zu koordinieren. Damit unterstützen wir deutsche NRO und Südpartner_innen, ihre Expertise zu branchen- und länder-spezifischen menschenrechtlichen Problemlagen sowie der Wirksamkeit von Sorgfaltsmaßnahmen in diese Dialogforen einzubringen. Im Berichtszeitraum haben wir beispielsweise eine ausführliche zivilgesellschaftliche Kommentierung der Branchenstudie des Bundesarbeitsministeriums organisiert. Seit Mitte 2019 läuft nun ein erster Branchendialog zur Automobilindustrie. Dafür unterstützen wir als Koordinierungsstelle den strategischen Austausch unter den beteiligten zivilgesellschaftlichen Organisationen. Im Rahmen des Dialoges mit der Automobilindustrie setzen wir uns u.a. für die Standardisierung und Wirksamkeit von Sorgfaltsmaßnahmen sowie die Konzeptionierung von wirkungsorientierten Pilotprojekten ein. Germanwatch ist dabei insbesondere in der Arbeitsgruppe zu Rohstoffen aktiv. Diese erarbeitet am Beispiel von Kupfer und Lithium, was die deutsche Automobilindustrie konkret tun muss, um bei der Gewinnung von Rohstoffen ihren menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten nachzukommen.

Zwar können Multi-Stakeholder-Initiativen wie die NAP-Branchendialoge eine sinnvolle Unterstützung für Unternehmen zur Umsetzung ihrer Sorgfaltspflichten darstellen, aber sie können nach Ansicht von Germanwatch und anderer Organisationen staatliche Regulierung nicht ersetzen, sondern nur ergänzen. Um wirksam zu sein, müssen sie zudem wesentliche Anforderungen erfüllen. Daher ist unter Koordination von Germanwatch ein Positionspapier zu Anforderungen an wirksame Multi-Stakeholder-Initiativen³⁴ entstanden. Damit wollen wir auch einen Beitrag zur aktuellen Debatte leisten, unter welchen Bedingungen Multi-Stakeholder-Initiativen zur Umsetzung unternehmerischer Sorgfaltspflichten beitragen können – auf Grundlage eines wirksamen Lieferkettengesetzes.

³³ www.germanwatch.org/de/19106

³⁴ www.germanwatch.org/de/18894

Fairer Umgang mit Rohstoffen

Rohstoffwende einleiten

Gemeinsam mit dem Arbeitskreis Rohstoffe setzt sich Germanwatch für eine Rohstoffwende ein. Dabei geht es erstens darum, den absoluten Rohstoffverbrauch zu reduzieren und zweitens, die genutzten Rohstoffe unter höchsten ökologischen und sozialen Standards abzubauen. Denn Deutschland zählt weltweit zu den größten fünf Verbraucher_innen metallischer Rohstoffe. In Veranstaltungen und Publikationen haben wir daher die Rolle und Verantwortung Deutschlands in der internationalen Rohstoffkette nachgezeichnet und die Verflechtungen von Rohstoffverbrauch, Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen offengelegt. Aus dieser Arbeit leiten sich unsere konkreten Forderungen für einen gerechten Rohstoffbezug und -verbrauch Deutschlands ab. Das im Mai 2020 veröffentlichte Argumentarium³⁵ zur Rohstoffwende veranschaulicht diese Zusammenhänge in einfachen Grafiken und bereitet das Thema für Politik, Medien und die breite Öffentlichkeit auf.

Unsere Forderungen speisen wir kontinuierlich in politische Prozesse ein – z.B. im Rahmen der Kommentierung der deutschen Rohstoffstrategie sowie des deutschen Umsetzungsgesetzes der EU-Konfliktmineralienverordnung. Im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des Deutschen Bundestages konnte Germanwatch seine Forderungen Anfang 2020 direkt an die politischen Entscheidungsträger_innen richten.

Als Gründungsmitglied des Runden Tisches Reparatur e.V. setzt sich Germanwatch für langlebige und reparierbare Produkte ein, denn hier sehen wir eine der wichtigen Stellschrauben für die absolute Reduktion des Rohstoffverbrauchs. Sowohl auf nationaler wie EU-Ebene begleiten wir daher die Umsetzung der Ökodesignverordnungen und Prozesse rund um den Aktionsplan Kreislaufwirtschaft im Rahmen des Europäischen Green Deal kritisch und mit konkreten Vorschlägen.

Ökologische Sorgfaltspflichten inklusiv gestalten und kohärent verankern

Umweltbelastungen und -zerstörungen sind zentrale Herausforderungen – gerade auch im extraktiven Sektor. Sie tragen zur Zerstörung von Lebensgrundlagen bei und schränken häufig das Menschenrecht auf Wasser in den Abbauregionen ein. Germanwatch setzt sich daher aktiv für die gesetzliche Verankerung nicht nur menschenrechtlicher, sondern auch umweltbezogener Sorgfaltspflichten ein. Um für die Ausgestaltung gesetzlicher Regelungen die Bedürfnisse zivilgesellschaftlicher Akteur_innen in den Abbauregionen zu berücksichtigen, arbeiten wir eng mit Partner_innen aus Kolumbien und Ecuador zusammen. Gemeinsam mit dem kolumbianischen Institut Popular de Capacitación haben wir im November 2019 eine Studie über den kolumbianischen Goldbergbau³⁶ veröffentlicht. Darin haben wir gezeigt, dass ein selektives Menschenrechtsverständnis, wie das der Konfliktmineralien-Verordnung, nicht ausreicht, um den komplexen Herausforderungen und Verstößen des Großbergbaus gerecht zu werden.

Zivilgesellschaftliche Netzwerke stärken

Die strategische Arbeit in zivilgesellschaftlichen Netzwerken hat im Team Unternehmensverantwortung in 2019/2020 nochmals an Bedeutung gewonnen. Neben der Arbeit im Rahmen der Initiative Lieferkettengesetz, deren große Stärke die gesellschaftliche Breite des Bündnisses ist, war für uns insbesondere die Vernetzung mit europäischen Partner_innen und die Mobilisierung und Stärkung lokaler Netzwerke entscheidend. Darüber hinaus waren wir weiterhin im Corporate Accountability (CorA) -Netzwerk für Unternehmensverantwortung aktiv – sowohl im Koordinationskreis als auch in mehreren AGs.

35 www.germanwatch.org/de/18589

36 www.germanwatch.org/de/17220

Strategieaustausch im europäischen Netzwerk ECCJ voranbringen

Die European Coalition for Corporate Justice (ECCJ) mit Sitz in Brüssel wurde 2006 von Germanwatch mitgegründet und hat sich zum zentralen Netzwerk für Fragen der Unternehmensverantwortung auf europäischer Ebene entwickelt. Germanwatch ist im Mai 2020 für weitere zwei Jahre in den Vorstand von ECCJ gewählt worden und vertritt dort das CorA-Netzwerk. Vor dem Hintergrund der EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands in der zweiten Jahreshälfte 2020 und der erfolgreichen Arbeit der Initiative Lieferkettengesetz, bringen wir die Perspektive der deutschen Zivilgesellschaft regelmäßig in den europaweiten Austausch ein. Auch eine enge Vernetzung mit der Arbeit der EU-Zivilgesellschaft in Brüssel ist für uns entscheidend – insbesondere nach der Ankündigung von EU-Justizkommissar Didier Reynders vom April 2020, einen Vorschlag für eine europaweite Regelung zur Verantwortung von Unternehmen in globalen Lieferketten zu erarbeiten. So sind 2020 gemeinsam abgestimmte Positionspapiere und Forderungen für eine EU-Gesetzgebung veröffentlicht worden³⁷.

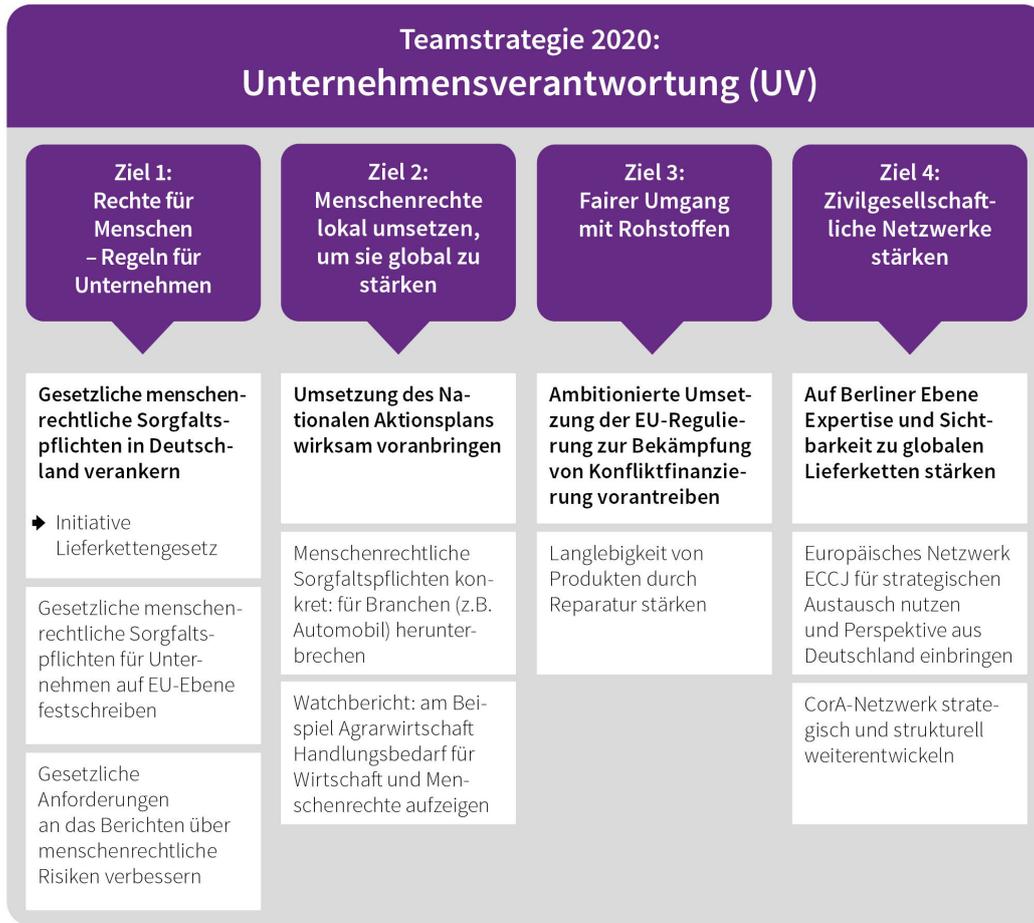
Auf Berliner Ebene Expertise und Sichtbarkeit zu globalen Lieferketten stärken

Im Rahmen des Berliner Eine-Welt-Promotor*innenprogramms setzt sich Germanwatch gemeinsam mit lokal Aktiven und Nichtregierungsorganisationen dafür ein, dass auch auf Landesebene politische Rahmenbedingungen für ein zukunftsfähiges Wirtschaften gesetzt werden – etwa im Einkauf der öffentlichen Hand und in der Wirtschaftspolitik des Landes Berlin.

Gemeinsam mit dem INKOTA-Netzwerk veranstaltete Germanwatch im Oktober 2019 in Berlin eine Aktionswerkstatt zum Thema Lieferkettengesetz für Interessierte aus der Zivilgesellschaft, lokal Aktive, Ehren- und Hauptamtliche. Außerdem begleitete Germanwatch im Rahmen des Berliner FAIRgabe-Bündnisses die Novellierung des Berliner Vergabegesetzes mit Stellungnahmen und Positionspapieren. Im April 2020 trat ein neues Berliner Vergabegesetz in Kraft, welches die Anwendung sozialer und ökologischer Kriterien verbindlich festhält. Nachbesserungen sind allerdings hinsichtlich der Schwellenwerte erforderlich.³⁸

³⁷ <https://corporatejustice.org/media-centre/eccj-publications>.

³⁸ <http://www.fairgabe.berlin/>



Ausblick

Für das Team Unternehmensverantwortung werden die nächsten 12 Monate extrem spannend. Im Fokus wird der Prozess hin zu einem Lieferkettengesetz stehen. Entscheidend wird nun sein, dass ein ambitioniertes und wirksames Gesetz geschaffen wird – allen Verwässerungsversuchen der Wirtschaftsverbände und des Bundeswirtschaftsministeriums zum Trotz. Zudem werden wir im Rahmen der Initiative Lieferkettengesetz darauf drängen, dass – wie im Koalitionsvertrag vorgesehen – die Bundesregierung in den nächsten Monaten national gesetzgeberisch tätig wird und das Thema nicht einfach nur auf die EU-Ebene verschiebt. Gleichzeitig kann jedoch ein starkes deutsches Gesetz einen wichtigen Impuls für eine wirksame EU-Gesetzgebung geben. Diesen Prozess auf EU-Ebene werden wir ebenfalls weiter begleiten und uns im Herbst zunächst in den Konsultationsprozess einbringen.

Auch die NAP-Branchendialoge werden uns weiterhin beschäftigen. Die bei Germanwatch angesiedelte NRO-Koordinierungsstelle für die Branchendialoge wird den Branchendialog Automobil sowie die Bemühungen des Bundesarbeitsministeriums zur Initiierung eines Dialoges mit der Maschinen- und Anlagenbauindustrie kritisch und konstruktiv begleiten. Eine längerfristige Beteiligung am Branchendialog Automobil werden die mitwirkenden zivilgesellschaftlichen Organisationen – darunter Germanwatch – davon abhängig machen, mit welchen konkreten Ergebnissen die erste Stufe des Dialogs Mitte 2021 abgeschlossen wird.

Zudem werden wir die Debatte zu ökologischen Sorgfaltspflichten weiterführen. Dafür werden wir im nächsten Jahr im engen Austausch mit unseren südamerikanischen Partner_innen unsere Forderungen und Ansätze weiter ausarbeiten und in den vom Prozess zur Erarbeitung eines internationalen Rahmenwerks für ökologische Sorgfaltspflichten einspeisen.

Mitarbeiter_innen

 Cornelia Heydenreich Teamleiterin	 Sarah Guhr NRO-Koordinatorin Branchendialoge	 Johannes Heeg Campaigner Initiative Lieferkettengesetz
 Rebecca Heinz Referentin für Ressourcenpolitik	 Johanna Kusch Referentin für Unter- nehmensverantwor- tung	 Julia Otten Referentin für zukunfts- fähiges Wirtschaften in globa- len Lieferketten im Rahmen des Berliner Promotor*In- nen-Programms
 Johanna Sydow Referentin für Ressourcenpolitik und IT-Branche	 Franziska Wohltmann Referentin für Unter- nehmensverantwor- tung <i>(bis 09/2019)</i>	 Steffen Vogel Referent für zukunfts- fähiges Wirtschaften in globa- len Lieferketten im Rah- men des Berliner Promo- tor*innen-Programms <i>(seit 07/2020)</i>
 Konstantin Paff Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2020/2021 <i>(seit 08/2020)</i>	 Cora Zschiesche Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Le- ben 2019/2020 <i>(bis 07/2020)</i>	

Praktikant_innen im Berichtszeitraum: Christina Kockerols, Marvin Sievering

Verantwortlich seitens des Vorstands: Prof. Dr. Stefanie Lorenzen, Silvie Kreibiehl, Michael Windfuhr

Stand: 09/2020

Welternährung, Landnutzung und Handel

Die Art, wie die Menschheit sich ernährt und Lebensmittel erzeugt, entscheidet mit darüber, ob international die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung, die Klimaziele des Pariser Abkommens und in der Europäischen Union sowie die Ziele des Europäischen Green Deals erreicht werden können. Die Arbeit des Teams Welternährung, Landnutzung und Handel verfolgt dazu – wie in den letzten Jahren – zwei Stoßrichtungen:

Erstens geht es darum, in der europäischen Agrarpolitik konsequent die Weichen in Richtung auf eine klimaverträgliche, ressourcenschonende Landwirtschaft und eine gesunde Ernährung zu stellen. Die EU-Kommission hat als wichtigen Bestandteil des Europäischen Green Deals die Strategie "Farm to Fork" (Vom Hof auf den Tisch) vorgeschlagen. Die Strategie setzt zwar richtige und wichtige Ziele, aber sie hat ein entscheidendes Manko: es fehlen konkrete Klimaziele. Damit der Klimaschutz keine Luftbuchung bleibt, engagiert sich Germanwatch dafür, die Mittel in der Agrarpolitik für wirksame Maßnahmen zum Umbau von Tierhaltung und Ackerbau zu verwenden.

Zweitens setzen wir uns dafür ein, dass in Deutschland und Europa bessere Rahmenbedingungen für eine Tierhaltung und eine Fleischerzeugung gesetzt werden, die dem Tierwohl und der menschlichen Gesundheit dienen sowie mit den Klimazielen vereinbar sind und nicht – wie die vorherrschende industrielle Tierhaltung und die Fleischindustrie – schaden. Unser Fokus liegt dabei derzeit auf der Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen, die in Folge des missbräuchlich hohen Antibiotikaverbrauchs in industriellen Tierhaltungen in die Lebensmittelkette und die Umwelt gelangen. In Netzwerken und Allianzen arbeiten wir daran, Nitrat- und Schadstoffeinträge wie Pestizide aus der Landwirtschaft zu senken. Zudem setzen wir uns dafür ein, Sojafutterimporte aus Ländern des Südens und nicht nachhaltige Überschussexporte an Fleisch und Milch zu beenden.

Die Farm to Fork-Strategie zu einem wirksamen Instrument machen

Die erklärten Ziele der oben erwähnten Farm to Fork-Strategie der EU-Kommission für 2030 sind, den Antibiotika- und Pestizidverbrauch zu halbieren, den Einsatz von Düngemitteln um 20 % zu senken und den Anteil an Ökolandbau EU-weit auf 25 % zu steigern. Ein konkretes Klimaziel fehlt allerdings. Stattdessen postuliert die EU-Kommission in ihrem aktuellen Entwurf der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), dass 40 % der Ausgaben im EU-Agrarhaushalt dem Klimaschutz dienen werden. Dies soll aber vor allem damit erreicht werden, dass die bereits bestehenden Direktzahlungen an Agrarbetriebe per se als klimafreundlich bewertet werden, obwohl diese pauschal pro Hektar, auch bei klimaschädlicher Bewirtschaftung in Monokulturen, ausgezahlt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Mogelpackung so nicht verabschiedet wird.

Deutsche und EU-Agrarpolitik nachhaltig gestalten

Die zentrale Stellschraube für eine nachhaltigere Landwirtschaft in der EU bleibt die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP). Die bis 2019 amtierende EU-Kommission hatte versprochen, die GAP zum Instrument für die Realisierung der globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) zu machen. Germanwatch und andere zivilgesellschaftliche Organisationen haben im Dialog mit der Bundesregierung und in öffentlichen Stellungnahmen darauf hingewiesen, dass die Instrumente der GAP grundlegend verändert werden müssen, damit die Ziele erreicht werden können. Auch gegenüber der EU-Kommission haben wir dies im Rahmen eines Workshops zur klimafreundlichen Ausrichtung der europäischen Agrarpolitik³⁹ in einem offenen Brief an den Vizepräsidenten der Kommission, Frans Timmermans, und in Medienbeiträgen⁴⁰ deutlich gemacht.

Die Anforderungen an ein nachhaltiges Ernährungssystem auf globaler, europäischer und regionaler Ebene diskutierten wir Ende 2019 auf einer gut besuchten Fachkonferenz in Berlin⁴¹, die wir mit unserer langjährigen Projektpartnerin, der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, organisiert hatten. Während der Konferenz vereinbarten der Berliner Verbraucherschutzminister Dirk Behrendt und die Brandenburger Staatssekretärin für Landwirtschaft Silvia Bender, die öffentliche Beschaffung der Metropole Berlin schrittweise in steigenden Anteilen auf regionale, brandenburgische Bio-Lebensmittel umzustellen. Ergänzend versprach das Agrarministerium in Brandenburg, die Ökolandbau-Prämie und die Unterstützungsleistungen für regionale Verarbeitung und Vermarktung anzuheben, um der steigenden Nachfrage aus Berlin gerecht zu werden. Dieser wichtige Baustein zur Umsetzung von Nachhaltigkeit in der Lebensmittelerzeugung fand sehr große Zustimmung – auch bei den anwesenden Landwirt_innen und Vertreter_innen der Ernährungsräte von Berlin und Brandenburg. Zugleich legte die Konferenz die großen Herausforderungen offen, die auf dem Weg zur agrarökologischen Transformation noch vor uns liegen.

Viele der Konferenz-Themen wie z.B. höhere Erzeuger_innenpreise, die Stärkung der regionalen Versorgung mit Lebensmitteln, der Ausbau der biologischen Landwirtschaft und eine tiergerechtere Fleisch- und Milcherzeugung, mit der auch der Einsatz von Antibiotika deutlich verringert werden kann, finden sich auch in der im Frühjahr 2020 veröffentlichten Farm to Fork-Strategie der EU-Kommission wieder. Ein ganz großes Manko der Strategie ist aber das Fehlen konkreter Vorgaben für Klimaschutz und den Umbau der Tierhaltung, auf die wir in vielen Dialogen mit Vertreter_innen der Bundesregierung, der EU-Kommission und Mitgliedern des Europäischen Parlamentes sowie in Medienbeiträgen⁴² immer wieder drängen. Bis zur geplanten Entscheidung über die Gestaltung der

39 www.germanwatch.org/de/17182

40 https://www.deutschlandfunk.de/klimaschutz-und-artenvielfalt-die-agrarpolitik-soll-gruener.724.de.html?dram:article_id=459421

41 www.germanwatch.org/de/18163

42 https://www.deutschlandfunk.de/landwirtschaft-und-klimawandel-die-nahrung-der-zukunft-aus.724.de.html?dram:article_id=461509

neuen GAP wird deshalb ein Schwerpunkt unserer Arbeit darauf liegen, auf klimafreundliche agrar- und ernährungspolitische Instrumente zu drängen. Dazu arbeiten wir mit Partner_innen auf EU-Ebene und in Mitgliedsstaaten wie Frankreich, Spanien und Irland zusammen.



Germanwatch-Agrarexpertin Reinhild Benning (Mitte), im Austausch mit Dr. Dirk Behrendt, Senator für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung des Landes Berlin und Silvia Bender, Staatssekretärin im Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz des Landes Brandenburg. (Foto: Katharina Brand, Germanwatch)

Grundlegende Reform der Tierhaltung

Noch stärker als auf europäischer Ebene ist die Diskussion über einen Umbau der Tierhaltung in Deutschland vorangeschritten. Germanwatch hat dazu u.a. mit Untersuchungen zu Antibiotikaresistenzen auf Hähnchenfleisch⁴³ beigetragen. Die Untersuchungen zeigten, dass 56 % des unter industriellen Bedingungen erzeugten Fleisches mit antibiotikaresistenten Bakterien belastet ist, während dies bei Fleisch aus handwerklicher und ökologischer Erzeugung sehr viel seltener der Fall ist⁴⁴. Die unzureichenden Antworten der Geflügelindustrie konnten wir öffentlichkeitswirksam als inakzeptabel darstellen⁴⁵. Germanwatch konnte nicht nur in klassischen TV-Dokumentationen⁴⁶ und Nachrichten vor Antibiotikaresistenzen aus industriellen Tierhaltungen warnen, auch die ZDF heute-show griff unser Statement dazu auf⁴⁷. Positiv bewerten wir, dass der Fleischkonsum in Deutschland auch in 2019 gesunken ist. Laut Fleischwirtschaft ist nach vielen Jahren ein steigender Geflügelfleisch-Konsum der Kipppunkt überschritten. Die Nachfrage nach Geflügelfleisch ist leicht gesunken. In welchem Maße die Germanwatch-Befunde zu multiresistenten Erregern auf Hähnchenfleisch aus Discountern dazu beitragen konnten, lässt sich nicht beziffern.

Aktuell macht die Coronakrise noch deutlicher, wie gefährlich es ist, wenn sich antibiotikaresistente Keime immer weiter verbreiten, da fast alle schwer an Corona Erkrankten ergänzend mit Antibiotika gegen bakterielle Infektionen behandelt werden müssen. Der Erfolg dieser Behandlungen wird durch zunehmende Antibiotika-Resistenzen gefährdet. Mit Lobbybriefen an die EU-Kommission und die Bundesregierung haben wir vor allem dafür Druck gemacht, dass Reserveantibiotika in industriellen Tierhaltungen möglichst EU-weit verboten werden. Diese Arbeit weiten wir – insbesondere auf EU-Ebene – aktuell noch aus.

43 www.germanwatch.org/de/16426

44 <https://www.zdf.de/nachrichten/heute/antibiotika-keime-in-discounter-fleisch-100.html>

45 <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr/antibiotika-gefuegel-101.html>

46 <https://www.zdf.de/dokumentation/dokumentation-sonstige/achtung-essen-resistente-keime-100.html>

47 <https://www.zdf.de/comedy/heute-show/heute-show-vom-15-mai-2020-100.html>

Germanwatch-Studie: Hähnchenfleisch im Nachhaltigkeits-Check

In einer umfassenden Bewertung der Erzeugungskette für Hähnchenfleisch⁴⁸ zeigen wir auf, wie sich die standardisierte Erzeugung von Hähnchenfleisch in Deutschland auf das Erreichen der SDGs auswirkt. Das Ergebnis ist überwiegend negativ. Zu einzelnen Aspekten des SDG12, also des 12. UN-Ziels für Nachhaltige Entwicklung "Nachhaltige Produktions- und Konsummuster", trägt zwar positiv bei, dass bei der industriellen Erzeugung von Hähnchenfleisch vergleichsweise wenig Futter pro Kilogramm Fleisch eingesetzt wird und der Export von Hühnerteilen wie Füßen, für die in Deutschland und Europa kaum Nachfrage besteht, und die deshalb oft entsorgt werden, nach Afrika und Asien Lebensmittelabfälle verringern. Dem stehen jedoch negative Effekte auf viele andere SDGs gegenüber, da die Hochleistungsrassen auf besonders eiweißreiches Sojafutter aus Lateinamerika angewiesen sind und der Sojaanbau zur Entwaldung und Zerstörung wichtiger Ökosysteme beiträgt. Dies steht den SDG15 zum Erhalt der biologischen Vielfalt und SDG13 zum Klimaschutz entgegen. Darüber hinaus verursacht der Export billiger Hähnchenteile in vielen, vor allem afrikanischen Importländern, Vermarktungsschwierigkeiten für die meist weiblichen einheimischen Hühnerhalter_innen und erschwert es, die SDGs zu Armutsbekämpfung, Ernährungssicherung und Geschlechtergerechtigkeit zu erreichen. Außerdem gefährdet der hohe Antibiotikaeinsatz in den Mastställen die Wirksamkeit von für Menschen lebenswichtige Medikamenten und schadet damit SDG3 zu Gesundheit.

Germanwatch war auch an Gesprächskreisen und Kommissionen der Bundesregierung zur Zukunft der Tierhaltung beteiligt. Hervorzuheben ist dabei das Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung, die sogenannte "Borchert-Kommission", die einen Fahrplan zu einer tier- und umweltfreundlicheren Tierhaltung entwickelt hat. Statt auf möglichst billige industrielle Erzeugung, sollen die Betriebe stärker auf Qualität und Tierschutz setzen. Die staatliche Unterstützung für die notwendigen Investitionen soll auch durch eine Abgabe von 40 Cent je Kilogramm Fleisch und 2 Cent je Kilogramm Milch sowie 15 Cent pro Kilogramm Milchprodukte finanziert werden. Die Abgabe soll direkt einkommenswirksam für die tierfreundlicher wirtschaftenden Höfe eingesetzt werden. Die Empfehlungen der Kommission werden nicht nur von Umwelt- und Tierschutzorganisationen und der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, sondern auch vom Deutschen Bauernverband und dem deutschen Raiffeisenverband mitgetragen, der große genossenschaftlich getragene Agrarhandelsunternehmen vertritt. Damit bietet sich eine fast schon historische Chance, endlich den Umbau der Tierhaltung zu mehr Nachhaltigkeit wirksam voranzutreiben. Mehr Tierschutz in den Ställen ist zugleich ein entscheidender Schritt, um den Antibiotika-Einsatz zu verringern und damit einem wichtigen Ziel der Farm to Fork-Strategie des Europäischen Green Deals näher zu kommen. In diesem Sinne werden wir auch 2021 den intensiven Austausch mit der landwirtschaftlichen Praxis, anderen Organisationen der Zivilgesellschaft und mit dem Handel fortsetzen.

Notwendiger Systemwandel in der Fleischindustrie

Die Coronakrise offenbarte wieder einmal die erheblichen sozialen Missstände in der Fleischwirtschaft. Tausende Mitarbeitende großer Schlachthofkonzerne, wie Westfleisch, Tönnies und Wiesenhof, wurden positiv auf Corona getestet. Einige Werke wurden stillgelegt und hunderttausende Menschen in den betroffenen Landkreisen mussten nach vorherigen Lockerungen wieder mit strikten Corona-Auflagen und entsprechenden Einkommenseinbußen leben. Schon zur Jahreswende hatten wir mit dem Bericht zur Lage der Menschenrechte in der Lebensmittelkette, unter Federführung des Teams Unternehmensverantwortung, auf die systematischen, arbeitsrechtlichen und men-

48 www.germanwatch.org/de/18709

schenrechtlichen Missstände in der Fleischbranche hingewiesen – mit der Hauptforderung nach einem Lieferkettengesetz⁴⁹. Auf die entsprechenden Ergebnisse des Berichts 2020 Globale Agrarwirtschaft und Menschenrechte⁵⁰ und auf die Belastung der Schlachthofbeschäftigten mit Antibiotikaresistenzen von Tieren aus der industriellen Mast, konnten wir in verschiedenen Medienbeiträgen⁵¹ hinweisen. Gemeinsam mit Gewerkschaften forderten wir ein Verbot von Werkverträgen und Leiharbeit für die Kernarbeit an Schlachthöfen⁵². Und wir könnten gemeinsam mit vielen anderen Mitstreiter_innen hier Erfolg haben: Genau diese Verbesserungen sind aktuell seitens der Bundesregierung im Entwurf des Arbeitsschutzkontrollgesetzes vorgesehen.

Das Gesetz soll die Rahmenbedingungen für die Fleischerzeugung hierzulande deutlich verändern. Mit dem Verbot ausbeuterischer Arbeit steigen die Kosten der Schlachthofkonzerne – zumindest wenn das Gesetz keine Schlupflöcher bekommt und wirksame Kontrollen in der Fleischindustrie eine Unterwanderung von Gesetzen verhindern. Fleischexporte aus Deutschland wären künftig deutlich weniger „wettbewerbsfähig“ auf dem Weltmarkt. Auch der wegen der niedrigen Löhne an deutschen Schlachthöfen in den letzten Jahren gestiegene Import lebender Tiere aus EU-Nachbarländern nach Deutschland – der von Branchenvertreter_innen im Widerspruch zum dokumentierten Tierleid auf den Transporten auch "Schlachtier-Tourismus" genannt wird – lohnt sich perspektivisch demnach nicht mehr. Ein weiterer Anlass für die Fleischbranche, neue nachhaltigere Geschäftsmodelle zu entwickeln. Germanwatch konnte dazu Landesregierungen beraten, insbesondere im Hinblick auf Verbesserungen der Rahmenbedingungen für eine handwerkliche, regionale Schlachtung und Vermarktung.

Globale Märkte stärker regulieren

Für die Arbeit zur internationalen Handelspolitik stehen Germanwatch nach wie vor nur geringe finanzielle Mittel zur Verfügung. Im Rahmen der Arbeitsgruppe Handel des Forums Umwelt und Entwicklung, welche Germanwatch mitkoordiniert, arbeiten wir an einem Positionspapier zu den Konsequenzen der Coronakrise auf das internationale Handelssystem und wie es verändert werden muss, um gegenüber einschneidenden Ereignissen wie Pandemien resilienter und nachhaltiger zu werden. Dieses bildet die Grundlage für einen Input zur neuen Handelsstrategie der EU-Kommission, bei der im Sinne des Europäischen Green Deals Nachhaltigkeit im Vordergrund stehen soll.

Ein weiteres in Vorbereitung befindliches Papier befasst sich mit dem im Europäischen Green Deal vorgeschlagenen Grenzausgleichsmechanismus (bzw. einem funktionalen Äquivalent dazu) für Importe, in deren Herkunftsland der Ausstoß von Treibhausgasen weder über einen Preis noch anderweitig wirksam reguliert ist. Der Mechanismus soll verhindern, dass energieintensive Industrien wie Stahl und Chemie ins Ausland abwandern, stattdessen soll in der EU in zumindest mittelfristig teurere klimaneutrale Technologien investiert werden. Grundsätzlich ist dies sinnvoll, muss aber Teil einer ehrgeizigen Dekarbonisierungs-Strategie für die europäische Industrie sein und mit Unterstützung für ähnliche Strategien in Ländern des Globalen Südens verknüpft werden.

Verbraucher_innenschutz und -aufklärung sowie Informationen zur Entwicklung des globalen Agrarhandels, Kritik am aktuell verhandelten EU-Mercosur-Abkommen – insbesondere mit Blick auf die alarmierend schnell voranschreitende Entwaldung in Brasilien – und Chancen für die Umsetzung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen in einem veränderten Ernährungs- und Landwirtschaftssystem konnten wir neben der Medienarbeit auch in zahlreichen Workshops und Vorträgen

49 www.germanwatch.org/de/lieferkettengesetz

50 www.germanwatch.org/de/17692

51 https://ondemand-mp3.dradio.de/file/dradio/2020/06/24/die_fleischindustrie_am_haken_der_fall_toenies_und_die_dlf_20200624_1915_83359672.mp3

52 https://www.deutschlandfunk.de/covid-19-warum-haeufen-sich-corona-infektionen-in.2897.de.html?dram:article_id=476511

vermitteln. Manche Workshops mussten während der coronabedingten Kontaktbeschränkungen entfallen, andere konnten zumindest online stattfinden.

Ausblick

In den Jahren 2020/2021 werden wir unsere zentralen Ansatzpunkte – Reform der Europäischen Agrarpolitik, insbesondere mit Blick auf Klimaschutz, und die Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen aus industriellen Tierhaltungen – ausweiten. Zum Themenbereich Antibiotika knüpfen wir neue Netzwerke und setzen unsere intensive Lobby-Arbeit, auch auf EU-Ebene, fort. Im Zentrum stehen die Farm to Fork-Ziele, die von der EU-Kommission für 2030 ausgerufen wurden, und deren direkt und indirekt positive Wirkungen für Klimaschutz und Umbau der Tierhaltung. Ergänzend können durch die EU-Tierarzneimittel-Verordnung ein Verbot der Reserveantibiotika sowie Antibiotika-Datenbanken zur Erfassung und Reduktion des Antibiotikaverbrauchs und zur Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen aus Tierhaltungen etabliert werden. Für deren Ausgestaltung im Detail lohnt es zu kämpfen; auch weil mit einer guten EU-Tierarzneimittel-Verordnung behördliche Kontrollen maßgeblich erleichtert und Leistungen im Tierschutz einfacher messbar würden. Auch hier berät Germanwatch Bundesländer mit Blick auf deren Beteiligung im Bundesrat bei der Konzeption von Tiergesundheitsdatenbanken, die mit der EU-Tierarzneimittelverordnung harmonisieren sollen.

Im Prozess der Neugestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU werden wir uns in Zusammenarbeit mit europäischen Partner_innen gegenüber Bundesregierung, Europäischem Rat und Europäischem Parlament dafür einsetzen, die Instrumente in Übereinstimmung mit dem 1,5°C-Limit des Pariser Klimaabkommens und den SDGs zu gestalten. Dazu werden wir konkrete Vorschläge erarbeiten und auf einer Fachtagung vor der Sitzung des Agrarrates im Oktober zur Diskussion stellen. Diese Vorschläge bringen wir auch in den Prozess der Erstellung des nationalen Strategieplans zur Umsetzung der GAP in Deutschland ein.

Zur Europäischen Handelspolitik werden wir u.a. im Rahmen der Arbeitsgruppe Handel im Forum Umwelt und Entwicklung die Ausarbeitung der EU-Handelsstrategie und des Grenzausgleichsmechanismus für Treibhausgase kritisch begleiten. Zur Nachhaltigkeit des Handels mit landwirtschaftlichen Gütern und Rohstoffen zwischen der EU und Südamerika werden wir im Laufe des Jahres 2020 eine Studie erstellen, die in die Debatte um das EU-Mercosur-Freihandelsabkommen eingebracht wird.



Mitarbeiter_innen

	Tobias Reichert Teamleiter		Reinhild Benning Referentin für Landwirtschaft und Tierhaltung		Katharina Brandt Referentin für Landwirtschaft
	Emma Busch Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2020/2021 (seit 08/2020)		Luise Fock Freiwilliges Ökologisches Jahr 2019/2020 (bis 08/2020)		

Mit Unterstützung von: **Dr. Winfried Zacher**

Praktikant_innen im Berichtszeitraum: **Emilia Inverardi, Hanna Wayand, Valentin Friedl**

Verantwortlich seitens des Vorstands: **Dr. Klemens van de Sand, Michael Windfuhr, Prof. Dr. Reinhard Loske**

Stand: 09/2020

Internationale Klimapolitik

Die Verkündung des Europäischen Green Deals auf dem Klimagipfel COP25 in Madrid im Dezember 2019 zeigt die Bestrebung, dass dieser zukunftsweisende Deal über die Grenzen der Europäischen Union hinaus auch international Wirkung erzielen soll. Zwar muss noch einiges passieren, damit die EU wieder als Klimavorreiterin gehandelt wird (dazu gilt es beispielsweise das EU-Klimaziel für 2030 deutlich nachzubessern). Dennoch hat bei ambitionierter Umsetzung des umfassenden Europäischen Green Deals die EU eine Chance, ein wichtiges Zugpferd für die internationale Klimapolitik zu werden.

Die Agenda der internationalen Klimapolitik wurde in 2020 durch die Corona-Pandemie jäh auf den Kopf gestellt. In 2020 soll die große Lücke zwischen diesen 2015 vorbereiteten, nationalen Klimazielen und -plänen (engl. nationally determined contributions, NDCs) und dem in Paris vereinbarten Temperaturlimit, die globale Erwärmung möglichst unter 1,5°C zu halten, deutlich verringert werden, indem die Vertragsstaaten des Paris-Abkommens ihre nachgebesserten NDCs vorlegen. Anstelle der verschobenen Klimakonferenz COP26 wird nur ein „stocktake Event“ Ende des Jahres feststellen, inwieweit es den Ländern möglich war, während der Coronakrise ihre Klimaambition zu verschärfen. Denn trotz der globalen Pandemie sind völkerrechtliche Vereinbarungen wie das Pariser Klimaabkommen weiterhin einzuhalten – so eben auch die Aktualisierung der Klimaziele aller Länder in 2020. Allerdings kommuniziert Germanwatch klar, dass es Länder des Globalen Südens geben wird, die so stark von der Corona-Pandemie betroffen sind, dass staatliche Institutionen in dieser Krisensituation nicht die Kapazitäten haben, ein neues Klimaziel auszuarbeiten. Solange sie ein neues Ziel vor dem Klimagipfel COP26 – nun in 2021 – vorlegen, sollte diese Verzögerung der Einreichung um ein paar Monate verschmerzbar sein, zumal die Preisentwicklung auf dem Energiemarkt und die – hoffentlich international auf den Weg gebrachten – Konjunkturpakete die Chance zu beschleunigtem Klimaschutz weltweit bieten. Für die EU stellt sich die Situation anders dar. Für die EU und andere Länder mit starken Institutionen gibt es keine Entschuldigung, die international vereinbarte Deadline nicht einzuhalten. Es geht bei der NDC-Erhöhung schließlich sowohl um die Eindämmung der Klimakrise als auch um die Glaubwürdigkeit multilateraler Vereinbarungen.

Zugleich stellt die Pandemie die Resilienz von Gesellschaften auf die Probe: Werden sie in der Lage sein, die Klima- und Coronakrisen gleichzeitig zu bewältigen? Wie die eine Krise die andere verstärkt, zeigte sich beispielsweise, als Zyklon Harold am 6. April 2020 auf die Inselgruppe des kleinen Inselstaats Vanuatu traf, wie Germanwatch in einem Blogbeitrag⁵³ zusammen mit Brot für die Welt schildert. Inmitten der Anstrengungen, das Risiko eines Corona-Ausbruchs mit mangelnden Kapazitäten im Gesundheitssystem zu minimieren, wurde Vanuatu vom Wirbelsturm getroffen. Die strengen Reise- und Dekontaminierungsvorschriften trugen zur Verzögerung der Katastrophenhilfe bei, denn ausländische Helfer_innen durften nicht ins Land, Hilfsgüter mussten vor der Verteilung dekontaminiert werden, Bürger_innen mussten zwischen Notunterkunft und Eigenschutz vor der Pandemie wählen.

Länder mit besonders stark gestiegener Kluft zwischen Arm und Reich – in Süd und Nord – sind besonders schwer von der Pandemie getroffen. Das 10. Ziel für Nachhaltige Entwicklung (SDG 10) zur Verringerung von Ungleichheiten in und zwischen Ländern gehörte zu Beginn der Corona-Pandemie – wie das Klima- und Biodiversitätsziel – zu den wenigen SDGs, in deren Bereich sich die Weltgesellschaft weiter vom Ziel wegbewegt, statt sich ihm anzunähern. Es stimmt sehr bedenklich, wie die Corona-Pandemie die Chancen für das Erreichen der SDGs bis 2030 verschlechtert – zwei Drittel dürften laut jüngsten Einschätzungen im UN Sustainable Development Goals Report 2020 nun kaum noch erreicht werden. Gleichzeitig fällt auf, dass Länder mit starken Institutionen und demokratischen Systemen wie beispielsweise Costa Rica und Uruguay bisher vergleichsweise glimpflich

53 www.germanwatch.org/de/18535

durch die Coronakrise gekommen sind. Nicht zufällig sind beide auch Vorreiter für Klimaschutz und Erneuerbare Energien. Dies zeigt beispielhaft, wie gesamtgesellschaftliche Resilienz der Bewältigung verschiedener Krisen dienen kann. Gerade jetzt ist deshalb internationale Solidarität für die menschenrechtsbasierte Umsetzung der SDGs, aber auch des Pariser Klimaabkommens gefragt. Germanwatch setzt sich gegenüber den deutschen Ministerien dafür ein, dass die internationale Solidarität vor allem in multi- und bilateraler Kooperation und auf der wichtigen Kooperationsebene der G7 und G20-Gipfel unter Beweis gestellt wird, denn die Dringlichkeit klimapolitischen Handelns erhöht sich nur weiter.

Es geht aus Sicht von Germanwatch einerseits darum, das Unbewältigbare zu vermeiden: Die Klimakrise darf, wo immer möglich, nicht über die Grenzen der Anpassung hinausgetrieben werden. Das 1,5°C-Limit darf nicht überschritten werden. Zum anderen geht es darum, das Unvermeidbare zu bewältigen: durch wirkungsvolle Anpassungsstrategien in Bezug auf die immer absehbareren großen Risiken. Aber eben auch durch Unterstützung der Menschen und Staaten, die trotz des noch möglichen Klimaschutzes und Anpassungsmöglichkeiten in immer größerer Zahl existenziell von der Klimakrise betroffen sind (Debatte um Schäden und Verluste, engl. Loss and Damage). Trotz gewisser kleinformatiger Fortschritte auf der COP25 ist ganz offensichtlich, dass es in absehbarer Zeit hierzu im UN-Konsens nicht die notwendigen Durchbrüche für eine Unterstützung geben wird, die auch nur annähernd ausreichende Antworten auf die Größenordnung der sich anbahnenden Probleme hat. Es wird deshalb ergänzend zu den notwendigen Fortschritten auf Ebene der UN-Klimarahmenkonvention immer dringlicher, dass sich Vorreiterstaaten und andere Akteur_innen in Vorreitergruppen zusammenschließen, die deutlich angemessenere Aktivitäten auf den Weg bringen wollen. Germanwatch ist in intensiven Vorbereitungen mit Partner_innen im Globalen Süden, aus der Wissenschaft und auch aus der Versicherungswirtschaft, Kooperationen auf den Weg zu bringen, damit es in den kommenden Monaten solche Fortschritte gibt. Die Coronakrise verleiht diesem Schrei nach mehr Resilienz zusätzlich Nachdruck.

In der jüngeren Vergangenheit hatte die internationale Kooperation für mehr Klimaschutz und Anpassung jedoch unter einzelnen Bremsern, nicht selten geleitet von der Fossilien- und Agrarlobby, gelitten. Hoffnung machten beim und seit dem Klimagipfel des UN-Generalsekretärs António Guterres im September 2019 Investor_innen und Privatsektor mit unzähligen Ankündigungen ihre Investitionen und Unternehmensaktivitäten zu dekarbonisieren, wie beispielsweise die Net-Zero Asset Owner Alliance bestehend aus 28 institutionellen Investor_innen mit zusammen 5 Billionen US-Dollar in Vermögenswerten. Wichtig ist jetzt, dass sie ihren Ankündigungen Taten folgen lassen und dass Regierungen den unterstützenden Rechtsrahmen schaffen. Deutschland hat hierbei die Möglichkeit, international vom Nachzügler zum Vorreiter zu werden. Für Anfang 2021 werden die Empfehlungen des Sustainable Finance-Beirats der Bundesregierung erwartet, welche dann zeitnah umgesetzt werden müssen. Weiteren Druck auf die wirtschaftlichen Bremsen der Transformation erzeugt eine zunehmende Anzahl von Klimaklagen weltweit. Die Kombination aus wachsendem Verständnis im Privatsektor, passendem Rechtsrahmen und der Bedrohung durch Klagerisiken verstärkt die Dringlichkeit für eine Verlagerung der Billionen („shifting the trillions“) hin zu (viel) mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz.. Nicht zuletzt deshalb unterstützt Germanwatch zurzeit drei Klimaklagen: Saul vs. RWE, den People’s Climate Case⁵⁴ sowie die Verfassungsbeschwerde von neun jungen Erwachsenen gegen das Klimaschutzgesetz.

Für Germanwatch ist die enge vertrauensvolle Abstimmung in Netzwerken der Zivilgesellschaft wichtiger Bestandteil der Arbeit zur internationalen Klimapolitik, insbesondere im International Climate Policy Hub (ICP Hub) und Climate Action Network (CAN) auf internationaler Ebene sowie in der Klima-Allianz, dem Deutschen Naturschutzring (DNR) und dem Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) sowie der Munich Climate Insurance Initiative (MCII). Auch aus den Kooperation mit konstruktiven Wirtschaftsakteur_innen

54 <https://peoplesclimatecase.caneurope.org/de/>

wie der Stiftung 2 Grad, der We Mean Business Coalition oder der Renewables Grid Initiative entstehen wichtige Impulse.

Regeln und Institutionen für den Umgang mit Klimafolgen stärken

Unser Ziel für den Bereich Anpassung an den Klimawandel ist es, dass internationale Regeln und Institutionen geschaffen werden, die gute Anpassung und einen angemessenen Umgang mit klimabedingten Schäden und Verlusten im Sinne des Schutzes der Menschenrechte der Verletzlichsten ermöglichen können. Dazu gehört einerseits die Ausgestaltung der entsprechenden Mechanismen auf Ebene der UN-Klimarahmenkonvention. Andererseits ist offensichtlich, dass vieles nicht rechtzeitig im Rahmen dieses Konsensprozesses auf den Weg gebracht werden kann. Deshalb gilt es, konkrete Ansätze zu erproben, mit Schäden und Verlusten umzugehen, die tatsächlich zu der Größenordnung der sich anbahnenden Probleme passen. Es bedarf ausreichender Klimarisikofinanzierung, inklusive sozialer Schutznetze (engl. social safety nets) und öffentlich-privater Klimarisikoversicherungen, die so zugeschnitten sind, dass die armen und verletzlichsten Menschen davon profitieren (für rein private Versicherungsmodelle können gerade diese armen Menschen – in der Regel ohne regelmäßiges Einkommen – die Prämie nicht bezahlen). Gleichzeitig müssen – und das ist essentiell – Anreize zur Anpassung bzw. Erhöhung der Klimaresilienz gesetzt werden. Die Umsetzung von entsprechenden Maßnahmen muss dabei geschlechter-sensitiv sein und Menschenrechtsprinzipien folgen. Das heißt etwa, dass die besonders verletzlichen Menschen identifiziert und befähigt werden müssen, um an der Planung beteiligt zu sein. Währenddessen können Klimaklagen mithelfen, die Hauptverursacher von klimabedingten Schäden und Risiken bei den Unternehmen und Staaten zur Verantwortung zu ziehen und den Druck in Richtung Klimaschutz, Unterstützung von Anpassung und Schadensbewältigung zu vergrößern. Schon seit 2001 verfolgt Germanwatch die Strategie der Rechtsstreite und entsprechender Haftbarkeit für Umweltschäden.

UNFCCC-Prozesse zu Anpassung und zu „Loss and Damage“ stärken

Germanwatch hat die Verhandlungen zu den Themen Anpassung (engl. Adaptation) und unvermeidbare Klimaschäden und -verluste (engl. Loss and Damage) bei der COP25 in Madrid intensiv begleitet. Im Zentrum standen neben ambitionierteren Treibhausgasreduktionszusagen der Staaten vor allem die Umsetzungsregeln für das Pariser Abkommen. Die Überprüfung des Warschauer Mechanismus (WIM) war ein wichtiges Thema auf der Agenda. Sie sollte sicherstellen, dass der WIM in der Lage ist, betroffene Länder beim Umgang mit unvermeidbaren Schäden und Verlusten zu unterstützen und alle seine drei Funktionen zu erfüllen. Die allgemeine Anerkennung der Notwendigkeit von (mehr) verlässlicher finanzieller Unterstützung für die armen und am stärksten betroffenen Länder im Bereich von Schäden und Verlusten war daher ein wichtiges Ergebnis, blieb jedoch weit hinter den Erfordernissen zurück. Auch vor dem Hintergrund, dass die COP25 als "Emergency-Gipfel" betitelt war, erfüllten sich nicht die zuvor geweckten Erwartungen.

Germanwatch begleitete zudem die Sitzungen des Internationalen Warschau-Mechanismus zu Schäden und Verlusten (WIM) sowie des Anpassungskomitees durch Briefing- und Auswertungspapiere⁵⁵. Während der COP25 wurde zudem die neueste Ausgabe vom jährlichen Germanwatch Klima-Risiko-Index (KRI)⁵⁶ vorgestellt, die einerseits zeigt, dass sowohl Länder des Globalen Südens als auch des Nordens betroffen sind, arme Staaten aber am existentiellsten und langfristigsten unter den Folgen von Extremwetterereignissen leiden. Im aktuellen KRI – auf das Jahr 2018 bezogen – sind dies Japan, die Philippinen und Deutschland. Über den Zeitraum der vergangenen 20 Jahre sind es Puerto Rico, Myanmar und Haiti. Letztere Länder haben einen verhältnismäßig geringen An-

⁵⁵ www.germanwatch.org/en/18792

⁵⁶ www.germanwatch.org/de/17307

teil an der Verursachung von Klimaveränderungen. Dies verdeutlicht den eklatanten Gerechtigkeitskandal der Klimakrise. Im Zentrum standen im KRI diesmal u.a. Hitzewellen, aber auch die erhöhte Frequenz von Extremereignissen, die es einer wachsenden Zahl von betroffenen Staaten kaum ermöglicht, sich zwischen einzelnen Ereignissen vollständig zu erholen. Allein durch den KRI erreichte Germanwatch mit dieser Botschaft potenziell bis zu 330 Millionen Leser_innen weltweit.

Initiativen für öffentlich-private klimabezogene Versicherungslösungen kritisch-konstruktiv begleiten

Germanwatch setzt sich dafür ein, dass klimabezogene Versicherungsinstrumente als Teil einer umfassenden Strategie zum Risikomanagement eine Rolle im Schutz von besonders durch Klimawandelfolgen betroffene Menschen und Länder spielen. Wichtig ist dabei die Einsicht, dass die ärmsten Menschen, die am massivsten betroffen sind, nicht in der Lage sind, die Versicherungsprämie zu zahlen. Im Juni 2015 riefen die G7-Länder die InsuResilience Initiative ins Leben, um 400 Millionen arme Menschen in Ländern des Globalen Südens bis zum Jahr 2020 mit international unterstütztem Versicherungsschutz gegen Klimarisiken abzudecken. Beim G20-Gipfel 2017 wurde diese Initiative in die InsuResilience Global Partnership überführt und wird seither gemeinsam von G20 und V20 (den am meisten vom Klimawandel betroffenen Staaten - "Vulnerable 20") getragen. Germanwatch begleitet diese und andere öffentlich-private Versicherungsinitiativen von Anbeginn konstruktiv und kritisch, um sicherzustellen, dass die dort entwickelten Instrumente wirklich nachhaltig den besonders verletzlichen Menschen zugutekommen und einem menschenrechtsbasierten Ansatz folgen. Etwa dadurch, dass tatsächlich die Rechte und Absicherung der Ärmsten und Verletzlichsten verbessert werden, dass Rahmensetzungen entstehen, die Anreize für Vorsorge geben und dass die Verursacher einen fairen Anteil zur Lösung der Probleme beitragen. Ein besonderes Anliegen bei der Umsetzung der Versicherungsinstrumente ist die Orientierung an den Menschenrechten. Im Zeitraum 2019/20 hat Germanwatch durch Workshops – insbesondere in Kenia – weiterhin die Etablierung und Verfestigung einer Multi-Akteurs-Partnerschaft zu menschenrechtsbasierten Klimarisikoversicherungen unterstützt. Aufgrund der Coronakrise mussten für das Jahr 2020 geplante Workshops virtuell durchgeführt werden; diese konnten auch auf diese Weise Wirkung vor Ort entfalten. Ein Policypapier⁵⁷ widmete sich der Überprüfung der Menschenrechts-Kompatibilität der Notfallpläne (und ihres Entwicklungsprozesses) des afrikanischen Klimaversicherungspools "African Risk Capacity" mit einem besonderen Fokus auf die Umsetzung in Kenia.

Darüber hinaus hat Germanwatch den menschenrechtsbasierten Ansatz ausgeweitet und stellt ihn in einem Policypapier hinsichtlich der weit über Versicherungsinstrumente hinausragenden Klimarisikofinanzierung im Allgemeinen vor. Ziel ist es, dass Klimarisikofinanzierung künftig die Perspektive geschlechtergerechter, armutsorientierter und menschenrechtsbasierter Ansätze zur Finanzierung von Klimarisiken besser berücksichtigt. Das Papier arbeitet fünf Prinzipien als zentral heraus: keine Diskriminierung, Empowerment, Beteiligung aller Rechteinhaber_innen, Transparenz und Rechenschaftspflicht sowie das Prinzip, durch zusätzliche Instrumente keine Schäden zu verursachen (do-no-harm).

Den Fall Huaraz unterstützen

Saúl Luciano Lliuya – Andenbauer und Bergführer aus Peru – klagt gegen den Energiekonzern RWE, der als Europas größter CO₂-Emittent mitverantwortlich für den Klimawandel und seine Folgen ist. Seinem Haus und seiner Heimatstadt Huaraz droht durch die klimawandelbedingte Gletscherschmelze oberhalb der Stadt eine verheerende Flutkatastrophe, da dort der Ausbruch eines Gletschersees erfolgen könnte. Da RWE historisch etwa ein halbes Prozent der seit Beginn der Industrialisierung freigesetzten Treibhausgase verursacht hat, soll RWE auch ein halbes Prozent der Kosten für notwendige Schutzmaßnahmen bezahlen. Das Landgericht Essen hatte im Dezember 2016 als erste Instanz einen Schutzanspruch verneint. Doch das Oberlandesgericht Hamm verwarf als zweite

⁵⁷ www.germanwatch.org/en/18921

In Instanz im November 2017 nach einer Berufung des Klägers in allen Punkten die rechtliche Argumentation von RWE und ordnete den Einstieg in die Beweisaufnahme an. Damit hat – wenn auch bislang erst in mündlicher Verhandlung – erstmals weltweit ein Gericht im Prinzip bejaht, dass ein privates Unternehmen für seine Mitverursachung von klimawandelbedingten Schäden oder Risiken verantwortlich gemacht werden kann. Nachdem die juristische Grundsatzfrage in dieser Instanz geklärt ist, arbeiten momentan Sachverständige an der ersten wissenschaftlichen Beweisfrage, ob eine ernsthafte Bedrohung für das Hausgrundstück des Klägers (und damit auch für bis zu 50.000 Anwohnende) besteht. Dazu wurde ein gerichtlicher Ortstermin in Huaraz angesetzt, der sich allerdings aufgrund der Corona-Pandemie und den damit einhergehenden Reisebeschränkungen momentan verzögert. Sollte die erste Beweisfrage positiv beantwortet werden, folgt die zweite Beweisfrage dazu, inwieweit die von den RWE-Kraftwerken freigesetzten CO₂-Emissionen zu der Bedrohung beigetragen haben. Für Saúl Luciano Lliuyas Anwalts- und Gerichtskosten kommt die Germanwatch-nahe Stiftung Zukunftsfähigkeit durch Spendengelder auf, die weiterhin notwendig und sehr willkommen sind.⁵⁸ Germanwatch unterstützt sein Anliegen unter anderem durch Beratung und Netzwerk-, Bildungs-, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. So veranstaltete Germanwatch beispielsweise während der COP25 in Madrid die offizielle Begleitveranstaltung „Klimarecht und Klimagerechtigkeit in Zeiten der Klimakrise“, bei der auch Saúl Luciano Lliuya per Videobotschaft seine Klage vorstellte. Die Veranstaltung war sehr gut besucht und es entwickelte sich eine eindrucksvolle Diskussion über Resilienz, Repression und Rechenschaftspflichten zwischen den anwesenden Delegierten und Graswurzel-Aktivist_innen aus dem Globalen Süden.

Angemessener Umgang mit klimabedingter Migration und Vertreibung verankern

Die globale Klimakrise verstärkt Krisen und Konflikte weltweit und kann auch dazu beitragen, dass Menschen ihre Heimat verlassen müssen. Für klimabedingte Migration und Vertreibung besteht bislang eine ständig wachsende rechtliche „Schutzlücke“, da weder umfassend geklärt ist, welchen Status die betroffenen Menschen haben, noch wie sie unterstützt werden. Germanwatch begleitet die Debatte um das Thema, stärkt die Netzwerkbildung mit relevanten Akteur_innen und beteiligt sich an relevanten Prozessen wie der Arbeitsgruppe zu klimabedingter Vertreibung des WIM der UN-Klimarahmenkonvention als aktiver Beobachter. Germanwatch verfolgt auch die Debatten im UN-Sicherheitsrat, der sich potentiell unter der Themenverknüpfung Klimawandel und Sicherheit u.a. mit den territorialen und staatsrechtlichen Folgen des steigenden Meeresspiegels für kleine Inselstaaten befassen könnte. Im kommenden Jahr steht eine umfangreiche Studie zu klimabedingter Migration und Vertreibung auf unserer Agenda.

Internationale Anreize zur Erhöhung der Klimaziele und für 2050-Klimapläne schaffen

Unser Ziel ist es, dass die Staaten bis spätestens 2020 verschärfte Klimaziele und auf das Zieljahr 2050 ausgerichtete Strategien für die rasche, umfassende und gerechte Transformation erarbeiten und sie von da an regelmäßig verbessern. Mit unserer Arbeit wirken wir darauf hin, dass die hierfür nötigen Anreize und Institutionen auf internationaler Ebene geschaffen werden. Dazu gehört beispielsweise die Ausgestaltung des Ambitionsmechanismus der UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) ebenso wie Regeln für den Finanzmarkt zur klimakompatiblen Ausrichtung von Investitionen, Finanzierungsentscheidungen und -prozessen. Auch politische Signale in internationalen Foren und die Rolle von Reputation sind wichtige Instrumente zur Erreichung dieser Ziele. Nur so lässt sich die Lücke schließen zwischen den jetzigen Klimazielen, die – bei vollständiger Umsetzung – immer noch zur Erwärmung von gut 3°C führen würden, und der Vorgabe aus Paris, die Erwärmung in jedem Fall auf deutlich unter 2°C, möglichst unter 1,5°C zu begrenzen. Der IPCC-Sonderbericht zu

⁵⁸ www.germanwatch.org/de/der-fall-huaraz

1,5°C hat inzwischen verdeutlicht, dass viel dafür spricht, zur Gefahrenabwehr dieses Temperaturlimit tatsächlich anzustreben.

Begleitung der UNFCCC-Verhandlungen zum Ambitionsmechanismus

2020 sollte durch die Nachbesserung der in 2015 vorbereiteten, nationalen Klimaziele und -pläne (NDCs) und Vorlage der Langfriststrategien (engl. long term strategies, LTS) bis 2050 zum Ambitionsjahr der internationalen Klimapolitik werden. Hierzu wurde auch am 23. September 2019 beim Sondergipfel des UN-Generalsekretärs António Guterres in New York aufgerufen, an dem Germanwatch im Rahmen der New York Climate Week aktiv teilnahm. Dass die Nachbesserung der NDCs während der Corona-Pandemie in vielen Ländern durchgeführt und ausreichende LTS fristgerecht eingereicht werden können – so wie es in Paris beschlossen und auf COP25 in Madrid 2019 bestätigt wurde – ist fraglich. Denn anstelle der verschobenen Klimakonferenz COP26 wird nur ein „stocktake Event“ Ende des Jahres 2020 feststellen, inwieweit es den Ländern möglich war, während der Coronakrise ihre Klimaambition zu verschärfen. Germanwatch setzt sich v.a. über die Netzwerke CAN (Ambition Group und Green Recovery Group) und ICP Hub dafür ein, dass besonders die großen Emittenten ambitionierte Klimaziele in ihren NDCs und LTSs kommunizieren, diese in partizipativen Prozessen beschlossen werden und durch die Konjunkturpakete eine beschleunigte Umsetzung und Nachschärfung der Klimaziele gelingt.

Im Pariser Klimaabkommen ist ein Ambitionsmechanismus vorgesehen, der gewährleisten soll, dass Länder ihre Klimaschutzziele regelmäßig und ausreichend erhöhen. Das Kernstück des Ambitionsmechanismus ist aber die ab 2023 alle fünf Jahre stattfindende sogenannte Globale Bestandsaufnahme (engl. global stocktake), die überprüft, inwiefern die Weltgemeinschaft die globalen Ziele des Paris-Abkommens erreicht hat und/oder die nationalen Klimapläne entsprechend nachgeschärft werden müssen. Zudem ist es Germanwatch wichtig, dass in einer weiteren Überprüfung die Angemessenheit des Langfristziels (deutlich unter 2°C und möglichst unter 1,5°C zu bleiben) überprüft und der Fortschritt dazu untersucht wird. Dies erfolgt im Rahmen des sog. second periodical Review, ebenfalls Teil des Ambitionsmechanismus. Auf der COP25 in Madrid wurde beschlossen, den Review in der zweiten Jahreshälfte 2020 zu beginnen und im November 2021 abzuschließen. Die Verhandlungen um die zweite Überprüfung konnten wegen Corona allerdings nicht wie vorgesehen in der zweiten Jahreshälfte 2020 beginnen, da geplante Sitzungen abgesagt werden mussten.

Germanwatch-Mitarbeiter_innen begleiteten in den vergangenen zwölf Monaten die UN-Verhandlungen zu den verschiedenen Bestandteilen des Ambitionsmechanismus intensiv, zwei von ihnen auch in der Rolle als Ko-Koordinator_innen der zuständigen internationalen Arbeitsgruppe des Climate Action Networks (CAN) zu Ambition und zur Wissenschaft. Mit der Teilnahme an Verhandlungsrunden sowie an Plenarsitzungen des Weltklimarates IPCC und der Begutachtung von dessen Berichtsentwürfen setzten wir uns dafür ein, dass dabei die Anreize für ambitioniertere Klimaziele möglichst stark werden.

Durch Klimaschutz-Index und Climate Transparency bessere Klimaziele erwirken

Öffentlicher Druck kann dazu beitragen, dass Länder ihre Klimapolitik verbessern. Dabei helfen Ländervergleichsstudien wie der seit 2005 jährlich veröffentlichte und seit vielen Jahren in der internationalen Presse stark beachtete Germanwatch Klimaschutz-Index (KSI)⁵⁹, der die Angemessenheit und Umsetzung der Klimaschutzversprechen von mittlerweile 57 Ländern und der EU öffentlichkeitswirksam bewertet und dokumentiert. Seit der methodischen Überarbeitung in 2017 misst der Index neben vergangenen und momentanen Anstrengungen im Klimaschutz auch, ob die gesetzten Klimaziele der einzelnen Länder mit der globalen Temperaturobergrenze von deutlich unter 2°C be-

59 www.germanwatch.org/de/17281

ziehungsweise 1,5°C vereinbar sind. Der KSI löst jedes Jahr wichtige öffentliche und politische Debatten in vielen der untersuchten Länder aus. So initiierte die Veröffentlichung des Indexes beispielsweise 2019 eine wichtige Debatte mit dem australischen Premierminister, über die unter anderem der Guardian⁶⁰ in einem ausführlichen Artikel berichtet hat. Germanwatch ist außerdem Teil des Konsortiums Climate Transparency, zusammen mit acht Partnerinstitutionen aus Schwellenländern. Das Konsortium hat 2019 zum fünften Mal den „Brown to Green Report“ veröffentlicht, der anhand rund 80 verschiedener Indikatoren den weltweit umfassendsten Überblick über den Stand der Klimapolitik in den G20-Staaten gibt.

Klimapolitische Agenda bei G7 und G20 ambitioniert gestalten

G7- und G20-Gipfel sind seit dem Amtsantritt der Trump-Regierung dem fortwährenden Widerstand der USA ausgesetzt, Fortschritte beim Klimathema zu erreichen. Unter japanischem G20-Vorsitz 2019 konnte die 19:1-Lösung (sprich: G20 ohne die USA), die bereits beim G20-Gipfel im November 2018 in Argentinien gelungen war, in weiter aufgeweichter Form aufrechterhalten werden. So erfreulich diese „Defensiverfolge“ sind, so offensichtlich ist auch, dass mit einer Trump-Regierung nicht die notwendigen Fortschritte zu erwarten sind, sodass hier auch das Format von Vorreiterallianzen innerhalb der G20-Staaten ernsthaft vorangebracht werden muss. Die G20-Staaten sind für etwa 80 % der globalen Emissionen verantwortlich – ohne schnelle Fortschritte hier, sind die globalen Klimaziele nicht zu erreichen. Auch tragen diese Staaten als wirtschaftsstarke Nationen eine besondere Verantwortung für die Umsetzung des Pariser Abkommens. In der Hoffnung, dass ab 2021 wieder größere Schritte im G20-/G7-Kontext möglich sind, setzen wir uns daher mit unseren internationalen Netzwerkpartner_innen dafür ein, dass unter anderem ein klares Bekenntnis zu den drei Zielen des Pariser Abkommens, kombiniert mit entsprechenden transformativen Maßnahmen, einem wirksamen CO₂-Preis und dem Ausstieg aus der Subventionierung von fossilen Energieträgern vereinbart werden. Die Germanwatch-nahe Stiftung Zukunftsfähigkeit hat eine wichtige Rolle dabei gespielt, eine neue Plattform deutscher und internationaler Stiftungen aus G20-Ländern zusammenzubringen. Unter dem Namen F20 (Foundations 20) unterstützen diese gegenüber der G20 als Ganzes sowie in den jeweiligen G20-Ländern Strategien für die Umsetzung der Globalen Ziele für Nachhaltige Entwicklung und der Klimaziele von Paris. Der Schwerpunkt der Aktivitäten ist derzeit das Engagement für das Umschichten der Finanzströme in den wichtigsten Volkswirtschaften der Welt im Sinne der Transformation in Richtung dieser Ziele. Germanwatch hat den Prozess der Etablierung und Strategieentwicklung von F20 regelmäßig mit Expertise unterstützt. Außerdem bereiten F20 und Germanwatch bereits das Jahr 2022 vor, indem Deutschland den G7-Vorsitz und Indien die G20-Präsidentschaft innehaben werden.

Umschichtung aller Finanzflüsse zur Unterstützung der Ziele des Pariser Klimaabkommens vorantreiben

Das Pariser Klimaabkommen enthält in Artikel 2.1c die Vorgabe, alle globalen Finanzflüsse mit den Klimazielen in Einklang zu bringen. Auf internationaler Ebene verfolgt Germanwatch dazu die Entwicklungen im Rahmen der UNFCCC, wo es für Artikel 2.1c erste Ansatzpunkte zu einer Berücksichtigung aller Finanzflüsse in Berichts- und Überprüfungsmechanismen gibt.

Auch auf nationaler und europäischer Ebene arbeitet Germanwatch mit NGOs in Brüssel und Berlin daran, politische Prozesse für ein nachhaltiges Finanzwesen so auszugestalten, dass sie tatsächlich der Erreichung der Klima- und Nachhaltigkeitsziele dienen und nicht nur eine grüne Nische im Finanzmarkt stärken. Zusammen mit weiteren Akteur_innen aus der Realwirtschaft, Finanzwirtschaft, Zivilgesellschaft und Forschung arbeitet Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch, als Mitglied des Sustainable Finance-Beirats der Bundesregierung, tatkräftig unterstützt durch Expert_innen von Germanwatch, seit einem Jahr an einer Sustainable Finance-Strategie für

⁶⁰ www.theguardian.com/australia-news/2019/dec/13/author-of-report-ranking-australia-worst-on-climate-policy-hits-back-at-pms-claim-its-not-credible

Deutschland mit. Diese soll Vorschläge und Handlungsempfehlungen enthalten, mit denen Deutschland zu einem der führenden Standorte für ein Nachhaltiges Finanzwesen wird. Im Februar hat der Beirat bereits seinen Zwischenbericht verabschiedet. Im Februar 2021 soll die Strategie stehen – und dann hoffentlich noch in dieser Legislaturperiode politisch umgesetzt werden.

Durch hierauf aufbauende Dialoge mit Akteur_innen im parlamentarischen Raum, der Bundesregierung und den zuständigen Ministerien konnte Germanwatch wichtige Entscheidungsträger_innen für die Bedeutung des Themas zur Erreichung der Klima- und Nachhaltigkeitsziele sensibilisieren. Spätestens seit den Diskussionen um und der Verabschiedung von Konjunkturmaßnahmen zur Abfederung der Folgen der Corona-Pandemie, steht das Thema Sustainable Finance zunehmend im Zentrum der öffentlichen und politischen Aufmerksamkeit, woran auch Germanwatch seinen Anteil hat. Wenn so viele Milliarden ausgegeben und viele davon investiert werden, müssen dies Ausgaben und Investitionen in eine zukunftsfähige Wirtschaft und Gesellschaft sein. Auf vorhersehbare Zeit wird es keine ähnlich umfangreiche staatliche Konjunkturspritze geben, denn der steuerliche Spielraum wird hierfür nicht mehr vorhanden sein. Das schließt – u.a. auch nach Meinung der Wirtschaftsweisen – die Paris-Kompatibilität dieser Investitionen ein. Germanwatch hat in den letzten Monaten durch viele Gespräche und Briefings mit und für politische Entscheidungsträger_innen eine Debatte um die Knüpfung der Vergabe von Investitionshilfen an klare Klimakriterien – basierend auf dem EU-Klassifizierungssystem (Taxonomie) – mit anstoßen und im politischen Berlin und Brüssel verankern können. Zentral ist es, dass die „Tragödie des kurzfristigen Horizonts“ (M. Carney)⁶¹ – also die kurzfristige Ausrichtung des Finanzsektors – überwunden und die mittel- und langfristigen Klimarisiken bei den Investitionsentscheidungen berücksichtigt werden.

Eine Schlüsselrolle bei der Umlenkung der Finanzflüsse sieht Germanwatch auch bei den Entwicklungsbanken. Die multilateralen Entwicklungsbanken stellten dazu auf der COP25 ein Rahmenwerk vor, wie sie die Konformität von Investitionen mit dem Pariser Klimaabkommen prüfen wollen. Zu jedem der sechs vorgestellten Bausteine des Rahmenwerks veröffentlichte Germanwatch im Dezember 2019 ein Memo⁶², das grundlegende Prinzipien und Empfehlungen enthält, um eine wissenschaftsbasierte Ausgestaltung sicherzustellen. Die Memos diskutierten wir mit den Banken, Anteilseigner_innen, der OECD sowie zivilgesellschaftlichen Akteur_innen auf verschiedenen Veranstaltungen in 2019 und 2020. Der vorgestellte Zeitplan der multilateralen Entwicklungsbanken sieht vor, dass erst 2023–2024 finale Paris-Kriterien für alle Aktivitäten der Banken vorliegen und angewendet werden. Die Details des Rahmenwerks für die direkten Projektinvestitionen wollen die Banken Ende 2020 vorstellen.

Diesen Prozess wird Germanwatch weiterhin begleiten und mit Veranstaltungen, Policypapieren und Öffentlichkeitsarbeit darauf hinwirken, dass sich die Entwicklungsbanken auf wissenschaftsbasierte Kriterien für eine Ausrichtung ihrer Investitionen am Pariser Klimaabkommen einigen. Germanwatch setzt sich dafür ein, dass Entwicklungsbanken aus der Finanzierung von fossilen Brennstoffen aussteigen und ihre Investitionskriterien an aktuellen 1.5°C-Klimaszenarien ausrichten. Klimarisiken sollten zudem in die ökonomische und finanzielle Projektbewertung mit aufgenommen werden. Außerdem fordert Germanwatch, dass Entwicklungsbanken darüber berichten, welche Anteile ihres Projektportfolios bereits mit den Pariser Klimazielen kompatibel ist. Ein wichtiger Erfolg auf diesem Weg war, dass die Europäische Investitionsbank Ende 2019 bekannt gab, schon ab 2021 nur noch Paris-konforme Projekte und (mit wenigen, klar definierten Ausnahmen) keine fossilen Brennstoffe mehr zu fördern. Im Vorfeld hatte Germanwatch ein Jahr lang an Konsultationen teilgenommen, mit den verantwortlichen deutschen Ministerien den Dialog gesucht und über Pressemittei-

61 <https://www.bankofengland.co.uk/speech/2015/breaking-the-tragedy-of-the-horizon-climate-change-and-financial-stability>

62 www.germanwatch.org/de/17309

lungen und einen offenen Brief mit darauf hingewirkt, dass die in den Verhandlungen ausschlaggebenden deutschen Anteilseigner_innen der Europäischen Investitionsbank letzten Endes grünes Licht für die Entscheidung gaben.

Internationale öffentliche Klimafinanzierung unterstützen

Wir setzen uns dafür ein, dass verlässlich öffentliche Klimafinanzierung für Klimaschutz und Anpassung an Länder des Globalen Südens fließt, die insbesondere die Transformation wirkungsvoll vorantreibt und tatsächlich den Verletzlichsten zugutekommt. Wichtig ist uns dabei etwa, dass der direkte Zugang von Institutionen aus den Staaten des Globalen Südens an die öffentliche Klimafinanzierung verbessert wird. Die multilateralen Klimafonds unter dem Pariser Abkommen stellen hierfür ein Schlüsselinstrument dar. 2019 konnte ein historischer Schritt mit der ersten Wiederauffüllung des Grünen Klimafonds vollzogen werden. Prüfstein für die Verfügbarkeit von Klimafinanzierung und das Einhalten von Verpflichtungen aus den Klimaverhandlungen ist die Zielerreichung von jährlich 100 Milliarden US-Dollar in 2020. Es herrscht große Unsicherheit hinsichtlich der Zielerreichung – nicht nur aufgrund der Zahlungsverweigerung der USA und Australiens, sondern auch aufgrund der Coronakrise und möglicher Verschiebung von Prioritäten der Geberländer. Die Coronakrise hat auch bewirkt, dass die multilateralen Klimafonds und der Ständige Finanzausschuss (Standing Committee on Finance, SCF) bisher in 2020 nur bedingt Fortschritte machen konnten. Erstmals gibt es nun virtuelle Treffen. Germanwatch setzt sich weiterhin dafür ein, dass die Zivilgesellschaft darin gestärkt wird, sich zu den internationalen Prozessen und damit verbundenen nationalen Prozessen zu engagieren.

Die afrikanische Zivilgesellschaft zur Begleitung des Grünen Klimafonds stärken

Der Grüne Klimafonds (GCF) unternahm mit der ersten Wiederauffüllung einen weiteren wichtigen Schritt zur Einnahme seiner Rolle in der globalen Klimafinanzarchitektur unter dem Pariser Klimaabkommen. Auf der Geberkonferenz, die vom 24. bis 25. Oktober 2019 in Paris, Frankreich, stattfand, machten insgesamt 29 Länder dem GCF für die nächsten vier Jahre Zusagen im Gegenwert von 9,78 Milliarden US-Dollar. Germanwatch hatte 2018 darauf hingewirkt, dass Deutschland als erstes eine Verdopplung seiner Zusagen verkündete. Der größte Teil der bisher bewilligten GCF-Mittel fließt nach Afrika (39 %). Um die afrikanische Zivilgesellschaft dabei zu unterstützen, die Prozesse kritisch begleiten zu können, engagiert sich Germanwatch weiterhin in Marokko, Malawi, Kenia und Senegal. Zusammen mit CARE International konnte Germanwatch bereits einige zivilgesellschaftliche Organisationen vor Ort darin bestärken, sich konstruktiv in Entwicklung und Umsetzung von GCF-Projekten einzumischen, den Austausch mit nationalen Behörden und Institutionen zu suchen und Erfahrungen an andere afrikanische CSOs weiterzugeben. Hierdurch konnte mittlerweile eine starke Grundlage geschaffen werden, auf deren Basis Germanwatch plant, seine Empowerment-Aktivitäten in Zukunft auf weitere Länder in der afrikanischen Region auszuweiten.

Vertreter_innen des Globalen Südens im Grünen Klimafonds und anderen Gremien zur Klimafinanzierung unterstützen

Im Rahmen unserer internationalen Beratungsarbeit konnten wir durch stetige Begleitung und Unterstützung von Vertreter_innen der am wenigsten entwickelten Länder im Direktorium des GCF und des SCF zu einem technischen Kapazitätsaufbau beitragen. Wir haben für unsere Partner (z.B. aus Liberia, Angola und Bhutan) Hintergrundanalysen und Lösungsvorschläge für besonders kritische Entscheidungen erarbeitet und darauf aufbauende politische und technische Empfehlungen formuliert. Die enge Zusammenarbeit mit unseren Partner_innen ermöglichte es Germanwatch so, wichtige Aspekte in die Debatten z.B. bei der Ausgestaltung des GCF-Regelwerks oder der ersten Wiederauffüllung des multilateralen Fonds einzubringen.

Den Anpassungsfonds zivilgesellschaftlich begleiten

Der durch das Kyoto-Protokoll initiierte und nun in das Paris-Abkommen überführte Anpassungsfonds der Vereinten Nationen unterstützt gezielt konkrete Projekte in Entwicklungsländern. Deutschland ist nicht nur der größte Beitragszahler, sondern ist auch aktiv im Direktorium des Fonds. Germanwatch setzt sich dafür ein, dem Fonds unter dem Paris-Abkommen eine langfristige Zukunft zu sichern. Besonders im Fokus ist hier die Mobilisierung ausreichend vorhersehbarer und nachhaltiger Ressourcen für den Fonds. Vor fast zehn Jahren hat Germanwatch gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Partnerorganisationen aus verschiedenen Ländern des Globalen Südens das Anpassungsfonds NGO Netzwerk angestoßen und koordiniert dieses. Gemeinsam mit den lokalen Partnerorganisationen setzen wir uns beispielsweise für die Interessen der verletzlichsten Bevölkerungsgruppen sowie deren Einbindung bei der Planung und Durchführung von Anpassungsprojekten ein. Das Netzwerk versucht sicherzustellen, dass Entscheidungen des Anpassungsfondsdirektoriums auf Erfahrungen und Erkenntnissen lokaler Akteure beruhen und versucht somit den Informationsfluss zwischen diesen beiden Ebenen zu sichern. Es freut uns zu sehen, dass die Partner dabei immer mehr Verantwortung übernehmen und das Netzwerk immer weiter institutionalisiert wird.

Wirksame und partizipative transformative (Multi-Akteurs-) Partnerschaften fördern

Mit der nun weitgehend erfolgten Verabschiedung der Umsetzungsregeln für das Paris-Abkommen beginnt eine neue Ära in der internationalen Klimapolitik. Immer wichtiger wird neben den Verhandlungen in der Klimarahmenkonvention daher die Frage, wie die völkerrechtlich verbindlichen Zusagen nun tatsächlich in den einzelnen Ländern oder auch über Partnerschaften umgesetzt werden. Um in diesem Kontext erfolgreich zu sein, baut Germanwatch in verschiedenen Projekten Multi-Akteurs-Partnerschaften (MAP) auf. Wir sind davon überzeugt, dass die Herausforderungen der globalen Klimakrise nur gemeistert werden können, wenn Akteur_innen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Politik und Wirtschaft bei der Umsetzung der Transformation zusammenwirken. So beschrieb sowohl die UN-Agenda 2030 in ihrem Ziel Nr. 17 als auch die BMZ-Zukunftscharta Partnerschaften als einen zukunftsweisenden, essentiellen Ansatz zur Erreichung der Klima- und Nachhaltigkeitsziele. Germanwatch möchte bis 2021 erreichen, dass wirksame, transformative und menschenrechtsbasierte Partnerschaften dazu beitragen, den Herausforderungen der Klimakrise zu begegnen. Wir begleiten Initiativen für Transformation (wie die InsuResilience Partnership zu Klimarisikomanagement etc.) durch die Förderung von Multi-Akteurs-Partnerschaften (MAP) und zivilgesellschaftlichen Netzwerken – die auch die Verständigung und das gegenseitige Lernen zwischen „dem Globalen Norden“ und „dem Globalen Süden“ fördern – und entwickeln so gemeinschaftlich Lösungen zum Umgang mit der Klimakrise, vor allem für die Verwundbarsten. Dabei ist es uns besonders wichtig, Empowerment und Ownership von Süd-NGOs für Umsetzungsinitiativen in der nationalen und internationalen Klimapolitik zu stärken. Gemeinsam mit Partnerorganisationen vor Ort initiiert Germanwatch entsprechende lokale und internationale Multi-Akteurs-Partnerschaften in Kenia, Indien, Marokko, pan-afrikanisch und im Senegal (sowie im Kosovo und in der Ukraine – siehe Kapitel zur Deutschen und Europäischen Klimapolitik).

Internationale Umsetzungspartnerschaften für die Paris-Ziele und die Ziele für nachhaltige Entwicklung sollen darüber hinaus auch in der bilateralen Zusammenarbeit Deutschlands gestärkt werden. Unsere Erkenntnisse und Erfahrung, vor allem zur Umsetzung armutsorientierter und menschenrechtsbasierter Klimaschutz- und Resilienzmaßnahmen in Partnerländern, tragen wir in die deutsche, europäische und internationale Klima-, Energie- und Entwicklungspolitik hinein. Die Corona-Pandemie hat diesen Arbeitsbereich besonders herausgefordert, da auch in unseren Partnerländern physische Treffen seit dem Frühjahr 2020 nicht stattfinden können. Diese können aber nur in begrenztem Ausmaß durch virtuelle Treffen ersetzt werden, gerade das gegenseitige Kennenlernen,

der Aufbau von Vertrauen und das gemeinsame Abstimmen von Strategien können erheblich besser in direkten Treffen stattfinden.

Klimapolitische Zivilgesellschaft in der MENA-Region stärken

Germanwatch arbeitet seit mehreren Jahren mit Partner_innen aus dem Nahen Osten und Nordafrika (Middle East and North Africa, MENA) zusammen. Diese Region in unmittelbarer Nachbarschaft Europas ist besonders vom Klimawandel betroffen, was bestehende Konflikte und Instabilitäten zusätzlich verschärft. Gleichzeitig ist in der Region das Potential für Erneuerbare Energien enorm. Eine Transformation zu klimafreundlicher Entwicklung kann somit neue Entwicklungschancen schaffen. Marokko ist ein globaler Vorreiter auf dem Feld der Erneuerbaren Energien. Bis 2030 sollen 52 % des Stroms in Marokko mit Erneuerbaren Energien gedeckt werden. Das weltweit größte Sonnenwärmekraftwerk ging bereits 2018 ans Netz, zahlreiche andere Projekte sind in der Planung. Bisher verfolgten die Projekte jedoch einen sehr zentralisierten Ansatz mit begrenzter Beteiligung und Einbeziehung von NGOs, lokalen Gemeinschaften und Bürger_innen. Germanwatch arbeitet gemeinsam mit der High Atlas Foundation daran, die Zusammenarbeit zwischen der Regierung auf verschiedenen Ebenen, dem Privatsektor, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft durch eine Multi-Akteurs-Partnerschaft für den dezentralen Ausbau Erneuerbarer Energien zu stärken. Das Ziel dieser MAP ist es, die marokkanische Energiewende dezentraler, fairer und partizipativer zu gestalten und sowohl nationale, als auch pan-afrikanische, energiepolitische Rahmenbedingungen zu verbessern. Hierfür wurde bereits Ende 2019 ein Steuerungsausschuss wichtiger, marokkanischer Energieakteur_innen namens "Plateforme Marocaine de Décentralisation des Énergies Renouvelables" gebildet, der sich regelmäßig austauscht und gemeinsam Strategien für die dezentrale Ausgestaltung der marokkanischen Energiewende entwickelt. Zurzeit schreiben die marokkanischen Akteur_innen ein gemeinsames Strategiepapier zu der Rolle von erneuerbaren Energien in Corona-Rettungspaketen.

Ausbau von Erneuerbaren Energien in Afrika fördern

Afrika ist besonders betroffen vom Klimawandel, obwohl die afrikanischen Staaten am wenigsten zu der Klimakrise beigetragen haben. Gleichzeitig haben 600.000 Afrikaner_innen keinen Zugang zu Strom. Und auch dort, wo es Stromnetze gibt, sind diese keine Garantie einer sicheren Stromversorgung. Da Afrika noch keine auf fossilen Brennstoffen basierte Energieinfrastruktur aufgebaut hat, hat Afrika die Chance, den Sprung von fossilen zu intelligenten, partizipatorischen, dezentralen Energiesystemen der Zukunft zu machen, ohne sich in übermäßig zentralisierten Energiesystemen zu verfangen, und kann direkt zu Erneuerbaren Energien übergehen. Einige Initiativen wurden just hierfür entwickelt, darunter zum Beispiel die Least Developed Country Renewable Energy and Energy Efficiency Initiative (LDCREEEI) und die Africa Renewable Energy Initiative (AREI). Diese Initiativen verfolgen ehrgeizige Ziele für den Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Stromversorgung in Teilen Afrikas. Deutschland ist für viele Energieinitiativen in Afrika ein zentraler Geldgeber. Deswegen begleitet Germanwatch seit 2016 in enger Kooperation mit afrikanischen sowie internationalen zivilgesellschaftlichen Organisationen die Ausgestaltung dieser Initiativen. Ziel ist es, die Initiativen im Sinne einer entwicklungsfördernden, gerechten und menschenrechtskonformen Transformation des afrikanischen Energiesektors zu unterstützen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist eine weitere MAP für eine dezentrale und faire Energiewende in Afrika dafür konzipiert, Energieakteur_innen aus Afrika zusammen zu bringen, um die Transition zur Erneuerbaren Energie auf dem Kontinent zu befördern. Da AREI nicht im gewünschten Sinne Erfolge zeigt, suchen wir derzeit mit unseren afrikanischen Partner_innen nach alternativen Ansätzen. Zusammen mit Powershift Africa hat Germanwatch eine kompetente afrikanische Plattform geschaffen, die sich auf panafrikanischer und internationaler Ebene mit den Fragen der Energiewende in afrikanischen Ländern befasst. Im vergangenen Jahr hat sich Powershift Africa gemeinsam mit seinen Partner_innen erfolgreich zu Fragen der Erneuerbaren Energien dort engagiert und seine Botschaften auf dem Kontinent und international verbreitet. In Reaktion auf die globale Corona-Pandemie gestaltet die Plattform maßgeblich die Debatte um die Rolle von Erneuerbaren Energien zum Aufbau von Resilienz mit. Seit

2020 arbeiten Germanwatch und Powershift Africa außerdem in Zusammenarbeit mit CESAO, einer Organisation in Burkina Faso, um die Stimme der westafrikanischen Länder in der afrikanischen Klima- und Energiepolitik zu stärken und Kapazitäten aufzubauen.

Abbau von Investitionsrisiken im indischen Solarsektor erwirken

Unsere Aktivitäten zum Schwerpunktland Indien weiten wir weiter aus: Das Land ist einerseits stark vom Klimawandel betroffen, andererseits einer der großen globalen Emittenten, dessen künftiger Emissionspfad für den globalen Klimaschutz mitentscheidend sein wird. Im laufenden MAP-Projekt geht es um den Abbau von Investitionsrisiken in den indischen Solarsektor. Die indische Regierung verfolgt das ehrgeizige Ziel, 100 Gigawatt Solarenergieleistung bis 2022 installiert zu haben (vermutlich bis 2030 sogar 450 GW) beziehungsweise bis 2030 40 % seiner Stromgewinnung aus nichtfossilen Quellen zu decken. Dafür besteht noch eine erhebliche Investitionslücke. Mit einer Gruppe indischer Think Tanks und Nichtregierungsorganisationen verfolgt Germanwatch den Aufbau einer Partnerschaft von Akteur_innen aus Zivilgesellschaft, Forschung, Politik und Solarwirtschaft mit dem Ziel, Risiken für ausländische Investitionen in indische Solarenergie zu identifizieren und gemeinsam Lösungen zu erarbeiten. Der Projektpartner The Energy and Resources Institute (TERI) leitet die Diskussionen mit diesen MAP-Partner_innen in Indien. Anfang 2020 konnten zwei MAP-Workshops durchgeführt werden, bevor die Corona-Pandemie die weiteren Gespräche auf virtuelle Formate beschränkte. Germanwatch führt auch Gespräche mit deutschen und europäischen Investor_innen über Chancen und Risiken bezüglich der Finanzierung indischer Solarprojekte.

Klimarisikoversicherungen in Kenia weiterentwickeln

Gut gestaltete öffentlich-private Klimarisikoversicherungen haben ein großes Potenzial, die Folgen der Klimakrise für die am stärksten gefährdeten Menschen abzufedern. Das gelingt aber nur, wenn Klimarisikoversicherungen menschenrechtsbasiert gestaltet werden – unter anderem dadurch, dass tatsächlich die besonders gefährdeten Menschen identifiziert und die Stimmen dieser marginalisierten Gruppen und Menschen bei der Konzeption dieser Instrumente einbezogen werden. Die hohe Komplexität und begrenzte Erfahrungswerte bei Klimarisikoversicherungen stellen hierfür große Herausforderungen bei der Konzeption gerechter Lösungen und einem Dialog auf Augenhöhe dar. Aus diesem Grund baut Transparency International in Kenia gemeinsam mit Germanwatch und lokalen Partner_innen eine Multi-Akteurs-Partnerschaft zu Klimarisikoversicherungen auf. Die Kapazitäten der Schlüsselakteur_innen – insbesondere der Zivilgesellschaft – werden gestärkt, um sie in die Lage zu versetzen, Chancen und Risiken von Versicherungsansätzen zu verstehen und nationale Politikprozesse rund um das Thema kritisch und konstruktiv zu begleiten. Im Jahr 2019 hat Germanwatch durch Workshops weiterhin die Etablierung und Verfestigung einer Multiakteurspartnerschaft zu menschenrechtsbasierten Klimarisikoversicherungen unterstützt. Aufgrund der Coronakrise mussten für das Jahr 2020 geplante Workshops virtuell durchgeführt werden, die aber auch auf diese Weise Wirkung vor Ort entfalten konnten. Ein Policypapier widmete sich der Überprüfung der Menschenrechts-Kompatibilität der Notfallpläne (und ihres Entwicklungsprozesses) des afrikanischen Klimaversicherungspools "African Risk Capacity" mit einem besonderen Fokus auf die Umsetzung in Kenia.

Klimarisikofinanzierung: Partnerschaften gegen die Klimakrise

Lösungsansätze und Instrumente zur Klimarisikofinanzierung sind oft komplex und werden von politischen Entscheidungsträger_innen und der Zivilgesellschaft nur unzureichend durchdrungen. Instrumente wie öffentlich-private Klimarisikoversicherungen werden bislang bei Extremwetterereignissen und Dürren angewandt. So fehlen hingegen Lösungen zum finanziellen Management von bisher vernachlässigten, langsam voranschreitenden Klimafolgen wie z.B. Meeresspiegelanstieg. Im Projekt "Partnerschaften gegen die Klimakrise", das Germanwatch seit Ende 2019 zusammen mit zivilgesellschaftlichen Partnerorganisationen aus den Projektländern sowie CARE und der Munich

Climate Insurance Initiative umsetzt, werden daher Multi-Akteurs-Partnerschaften zwischen Akteur_innen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Privatsektor und politischen Entscheidungsträger_innen zur Förderung der Entwicklung und Umsetzung von geschlechtergerechten, armutsorientierten und menschenrechtsbasierten Vorsorge- und Schutzmaßnahmen zum Umgang mit Klimafolgen aufgebaut. In diesem Rahmen wird gleichzeitig die Expertise zu Vorsorge- und Schutzmaßnahmen zum Umgang mit den Klimafolgen für zentrale Akteur_innen in den Projektländern gestärkt. Als thematischen Schwerpunkt werden im Projekt innovative Ansätze zur menschenrechtsbasierten Gestaltung von Vorsorge- und Schutzmaßnahmen zum Umgang mit Klimafolgen und zum finanziellen Risikomanagement von langsam voranschreitenden Klimafolgen entwickelt. Die Projektländer sind Senegal (Partnerland von Germanwatch über die NGO ENDA), Malawi, Madagaskar, Laos, Philippinen, Sri Lanka, Grenada, Barbados und Antigua & Barbuda.

Transformative Partnerschaften vorantreiben

Auf der Germanwatch-Konferenz „Faster forward together“ im Juni 2019 kündigten das Bundesentwicklungsministerium und das Bundesumweltministerium an, dass Deutschland sich vermehrt in internationalen Partnerschaften zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens und der SDGs engagieren wird. Anhand einer ersten Liste potentieller Länder für diese Partnerschaften erstellt Germanwatch Profile der Klimapolitiken dieser Länder in den Bereichen Emissionsreduktion und Resilienzaufbau. Drei der Länder – Chile, Indien und Südafrika – wurden als diesjährige Schwerpunktländer identifiziert, für die Empfehlungen dazu ausgesprochen werden, in welchen Bereichen sich die Partnerschaften besonders lohnen könnten. Germanwatch gibt der Bundesregierung – insbesondere die beiden oben genannten Ministerien – regelmäßig in Abstimmung mit indischen Partner_innen entwickelte Impulse, wie die geplante Klimapartnerschaft mit Indien fokussiert und wirkungsvoll umgesetzt werden kann.



Immer mittendrin: Ein Teil der Germanwatch-Delegation mit Freunden auf COP25 in Madrid, Dezember 2019
(Foto: Fentje Jacobsen)

Ausblick

Nach dem Verhandlungserfolg des Pariser Klimaabkommens hatte sich das Team Internationale Klimapolitik Ziele für 2016 bis 2020 gesetzt – viel konnten wir dabei umsetzen. Nun sind wir im Prozess, unsere Ziele für den Zeitrahmen bis 2025 festzulegen. Den derzeitigen Diskussionsstand zeigt die Abbildung.

Das Team gliedert seine Arbeit in sogenannte Cluster, die jetzt neu strukturiert wurden. Neben den Clustern zu Klimaschutz, Resilienz, Finanzierung und Partnerschaften haben wir nun auch ein Cluster zu Rahmenbedingungen, die globale Finanzflüsse in eine klimakompatible Richtung umlenken („Sustainable Finance“ oder „Shifting the trillions“) eingerichtet. Dieses neue Cluster unterstützt beispielsweise unsere Arbeit im Sustainable Finance-Beirat, wo wir mit Geschäftsführer Christoph Bals vertreten sind, und hat als weitere Schwerpunkte die Verankerung von Klimakonditionen im EU-Budget und den Recovery-Plänen der EU sowie die Ausrichtung der Aktivitäten der Entwicklungsbanken am Paris-Abkommen.

Teamziele 2020-2025: Internationale Klimapolitik (IKP)

<p style="text-align: center;">Klimaschutz</p> <p>Länder befinden sich auf einem Pfad der sozial-ökologischen, menschenrechtsbasierten und gerechten Transformation zu 1,5°C und Treibhausgasneutralität</p> <p>Transformation von Energiesystemen durch Ausbau von zentralen und dezentralen erneuerbaren Energien, gesteigerter Energieeffizienz und Ausstieg aus fossiler Energie weltweit vorantreiben</p> <p>Umsetzung wissenschaftsbasierter, 1,5° kompatibler nationaler Klimapläne im Rahmen des Ambitionsmechanismus der UNFCCC transparent fördern</p> <p>Durch wissenschaftsbasierte Ansätze wie Klimaschutz-Index (KSI) und Climate Transparency (Brown to Green Report) zu peer-to-peer-Druck beitragen, um ambitionierte Klima- und Energiepolitik zu stärken</p> <p>Ambitionierte Klima- und Energiepolitik bei G7 und G20 mit internationalen Netzwerken und F20 verfolgen und vorantreiben</p> <p>Fachexpertise zu negativen Emissionen, Nature-based Solutions und „overshoot“-Szenarien ausbauen, um zukünftig 1.5°C kompatible Transformationspfade zu unterstützen</p>	<p style="text-align: center;">Resilienz</p> <p>Voraussetzungen für transformative Anpassung und angemessenen Umgang mit Schäden & Verlusten im Sinne der Verletzlichsten sind geschaffen; Maßnahmen werden geschlechtersensitiv und menschenrechtsbasiert umgesetzt</p> <p>Strategie zur Umsetzung des Pariser Abkommens zu Anpassung und Einfließen von Umsetzungserfahrungen in den UNFCCC-Prozess weiterentwickeln</p> <p>Die notwendigen Voraussetzungen für die Verletzlichsten zum angemessenen Umgang mit klimawandelbedingten Schäden und Verlusten verbessern - u.a. durch angemessene Vorsorge- und Schutzmaßnahmen, Kapazitätsaufbau und finanzielle Ressourcen unter der UNFCCC und darüber hinaus</p> <p>Begleitung des Ortstermins zur Beweisaufnahme in Huaraz zur Unterstützung der Klage von Saúl Lliuya als Präzedenzfall für neue juristische Möglichkeiten für Betroffene von Klimafolgen und für die Verantwortungsübernahme von Großemittenten</p> <p>Breite Öffentlichkeit und Fachpublikum für die wachsenden Herausforderungen angemessenen Umgangs mit klimawandelbedingter Migration und Vertreibung sensibilisieren</p> <p>Bewusstseinsbildung für die aktuelle Betroffenheit von Klimafolgen und akute Notwendigkeit des Handelns ausbauen (Überarbeitung des jährlichen Klimarisiko-Index)</p>	<p style="text-align: center;">Lenkung der Finanzströme</p> <p>Finanzflüsse sind kompatibel mit einer Transformation zur emissionsarmen und resilienten Wirtschaft und Gesellschaft sowie einer menschenrechtsbasierten Umsetzung der SDGs</p> <p>Beiträge dazu leisten, dass Entwicklungsbanken robuste Kriterien für die Ausrichtung ihrer direkten Investitionen an den Pariser Klimazielen mit ambitioniertem Umsetzungszeitplan präsentieren</p> <p>Ausschluss der Finanzierung fossiler Energieträger in der Entwicklungszusammenarbeit durch die Bundesregierung und Einsatz auf internationaler Ebene für Kriterienentwicklung von analog zum EU-Prüfrahmen für nachhaltige Investitionen ein (EU-Taxonomie) vorantreiben</p> <p>Mitwirken im Sustainable Finance-Beirat der Bundesregierung zur Veröffentlichung einer ambitionierten SF-Strategie und deren Umsetzung durch die Bundesregierung</p> <p>Vorreiterrolle der öffentlichen Hand für konsequente Ausrichtung ihrer Mittelverwendung sowie der Anlagen des Bundes an den Paris-Zielen und dem EU Prüfrahmen für nachhaltige Investitionen (EU Taxonomie) unterstützen</p> <p>Beitrag von Corona-bedingten Konjunkturprogrammen in Deutschland und der EU durch Klimakriterien für die Vergabe von Investitionshilfen zu den Zielen des Europäischen Green Deals fördern</p>
<p style="text-align: center;">Finanzierung</p> <p>Substanziale Erhöhung der vorhersehbaren Klimafinanzierung über 100 Milliarden USD hinaus bis 2025 ist erzielt und trägt den Bedürfnissen der Verletzlichsten Rechnung</p> <p>Für die Verhandlungen für ein neues Klimafinanzierungsziel ab 2025, das auf den spezifischen Bedürfnissen der Verletzlichsten, dem Gleichgewicht zwischen Minderung und Anpassung, der Finanzierung von Schäden & Verlusten, sowie einer ausreichenden und vorhersehbaren Finanzierung der UN-Klimafonds aufbaut, sind der Prozess zur Zielfestlegung und konkrete Elemente definiert</p> <p>Formulierung eines neuen deutschen Klimafinanzierungsziels bis 2025 über 8 Mrd. € pro Jahr und ein Gleichgewicht zwischen Minderungs- und Anpassungsfinanzierung vorantreiben</p> <p>Eine Erhöhung des Anteils der Klimafinanzierung in Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen über das jetzige Niveau hinaus einfordern</p> <p>Die gesamte öffentliche Klimafinanzierung im Einklang mit dem Pariser Temperaturziel, einer klimaresilienten Entwicklung und einer menschenrechtsbasierten Umsetzung der SDGs fördern</p> <p>Die Rolle der Zivilgesellschaft und Verbesserung des direkten Zugangs der Entwicklungsländer zur Klimafinanzierung stärken</p>	<p style="text-align: center;">Partnerschaften</p> <p>Wirksame, transformative und menschenrechtsbasierte (Multi-Akteurs-) Partnerschaften sind initiiert, um Herausforderungen der Klimakrise zu begegnen</p> <p>Empowerment und Ownership von Süd-NGOs für Umsetzungsinitiativen in nationaler und internationaler Klimapolitik stärken</p> <p>Förderung von min. 6 Multi-Akteurs-Prozessen und zivilgesellschaftlichen Netzwerken, um Lösungen zum Umgang mit der Klima-Krise für die Verwundbarsten gemeinschaftlich zu entwickeln und umzusetzen</p> <p>Bi- und multilaterale Partnerschaften für die Umsetzung des Paris-Abkommens und die SDGs initiieren, begleiten und vorantreiben, die den Multilateralismus stärken (v.a. EU-Afrika- und deutsch-indische Partnerschaft)</p> <p>Erfahrung zur Umsetzung armutsorientierter und menschenrechtsbasierter Klimaschutz- und Resilienzmaßnahmen aus Partnerländern in die deutsche, europäische und internationale Klima-, Energie- und Entwicklungspolitik hineinbringen (MAP-Auswertung)</p>	

Andererseits orientieren wir uns immer stärker an der neuen Ära in der internationalen Klimapolitik, die formal 2020 mit der ersten Verpflichtungsperiode des Pariser Klimaabkommens beginnt. Es geht nun immer stärker um die Umsetzung der nationalen Klimaziele von Paris und der SDGs. Die bestehenden und geplanten Multi-Akteurs-Partnerschaften in Indien, Kenia, Senegal, Marokko und panafrikanisch zur Umsetzung von Paris bilden sich klar zu einem neuen Schwerpunkt unserer Arbeit heraus. Außerdem wird die bilaterale zwischenstaatliche Zusammenarbeit Deutschlands zur Umsetzung von Paris und der menschenrechtsbasierten Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SGDs, Agenda 2030) für uns weiter an Bedeutung gewinnen. Dazu werden wir beispielsweise wirkungsvolle transformative zwischenstaatliche Partnerschaften vorschlagen und unterstützen – wie etwa eine deutsch-indische Kooperation zu Corona-Recovery und der Umsetzung von Paris und den SDGs gemeinsam mit indischen Partner_innen konstruktiv unterstützen.

Die Klimarahmenkonvention und ihre Gremien bilden wie bisher die einzigen völkerrechtlich legitimeren Foren, um Zielerhöhungen, internationale Klimafinanzierung, Kapazitätsaufbau und den

Schutz der Verletzlichsten zu verhandeln. Wir werden deshalb weiter die UNFCCC-Verhandlungen begleiten, auch wenn sie weniger im Fokus stehen werden. Ebenso werden wir G7 und G20 konstruktiv-kritisch verfolgen. Falls US-Präsident Donald Trump nicht wiedergewählt wird, bieten sich hier 2021 (mit den Präsidentschaften von UK für G7 und Italien für G20) und 2022 (G7: Deutschland, G20: Indien) erhebliche Chancen, bei einer transformativen Umsetzung der Klimaziele bei den wichtigsten Emittenten weiter zu kommen.

Germanwatch wird trotz Corona-bedingter Verschiebung der Klimakonferenz COP26 auf November 2021 seine beiden jährlichen Indizes – den Klimaschutzindex und den Klimarisikoindex – auch in 2020 veröffentlichen und damit sowohl die Dringlichkeit zu mehr Klimaschutz als auch die Agenda der besonders Betroffenen stärken.

Ein Höhepunkt der internationalen Klimapolitik 2020/21 wird die Vorbereitung auf die verschobene COP26 sein, der nun besondere Verantwortung für die derzeitige Agenda der internationalen Verhandlungen zukommt: Ambitionserhöhung, Marktmechanismen, Resilienz und der Umgang mit Schäden und Verlusten. Insbesondere, falls es eine neue US-Regierung geben sollte, kann es hier auch international erheblichen neuen Schwung geben. Wir werden bei der COP26 nicht nur vertreten sein, sondern begleiten bereits jetzt intensiv die Vorbereitungen auf diesen wichtigen politischen Moment.

Mitarbeiter_innen

	David Ryfisch Teamleiter		Rixa Schwarz Teamleiterin		Jean Paul Brice Affana Referent für Klimafinanzierung und Entwicklung <i>(bis 08/2020)</i>
	Roxana Baldrich Referentin Klimarisikomanagement und Fall Huaraz		Jan Burck Referent für Klimaschutz & Energie, NRW-Fachpromoter für Klima und Entwicklung		David Eckstein Referent für Klimafinanzierung und Investitionen
	Sophie Fuchs Referentin für Entwicklungsbanken und Klima		Julia Grimm Referentin für Klimafinanzierung und Anpassung		Ursula Hagen Referentin für Klimaschutz & Energiepolitik
	Vera Künzel Referentin für Anpassung an den Klimawandel und Menschenrechte		Franziska Marten Referentin für klimakompatible Finanzflüsse		Kerstin Opfer Referentin Energiepolitik & Zivilgesellschaft – Afrika und Naher Osten, NRW-Fachpromotorin für Klima & Entwicklung <i>(seit 01/2020)</i>
	Milena Ostrower Referentin für klimakompatible Finanzflüsse		Marine Pouget Referentin für Klimapolitik und Zivilgesellschaft in der MENA-Region <i>(bis 01/2020)</i>		Laura Schäfer Referentin für Klima-Risikomanagement
	Martin Voß Referent für Entwicklungsbanken und Klimatransparenz		Dr. Maik Wings Referent für Anpassung an den Klimawandel und Menschenrechte <i>(bis 03/2020)</i>		Violeta Helling Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2019/2020 <i>(bis 07/2020)</i>



**Mit Unterstützung von: Dr. Will Frank, Dr. Manfred Treber, Noah Walker-Crawford Till Eichler,
Gereon tho Pesch, Pia Jorks**

**Praktikant_innen im Berichtszeitraum: Wanja Amling, Mathias Welp, Anna Würdehoff,
Juan Carlo Zevallos Dias, Paul Baumgarten, Daniel Gulde, Flora Hartmann, Marie Rittich**

**Verantwortlich seitens des Vorstands: Sven Harmeling, Silvie Kreibiehl, Prof. Dr. Reinhard Loske,
Ingmar Jürgens**

Stand: 09/2020

Bildung für nachhaltige Entwicklung

Im Bildungsbereich von Germanwatch sind das letzte Jahr und die nun kommende Zeit der Umsetzung der globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) bis 2030 geprägt durch den Start des UNESCO-Programms für Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE).⁶³ Kernaussagen des Programms sind „Jede BNE trägt zur Umsetzung der SDGs bei“ und „BNE in Aktion ist Bürger-sein in Aktion“. Sie zeigen den Anspruch auf, dass BNE konkret und auf ganz unterschiedlichen Ebenen dazu beiträgt, die Gesellschaft auf dem Weg der sozialen und ökologischen Transformation voranzubringen.

Bildung spielt eine wichtige Rolle bei der Entwicklung hin zu mündigen Bürger_innen. Dies geschieht auch durch Kooperation und Kollaboration in der persönlichen Begegnung. Die persönliche Begegnung ist deshalb ein wichtiger Bestandteil vieler Bildungserfahrungen. Durch die Einschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie war dies plötzlich nicht mehr möglich. Die Coronakrise hat nicht nur deshalb im Bildungsbereich viele Spuren hinterlassen. Sie schränkte das Recht auf Bildung, insbesondere für viele Kinder und Jugendliche, massiv ein, die nicht die notwendigen Voraussetzungen haben, um das Lernen in den virtuellen Raum zu verlegen.

Nach Beginn der Corona-Einschränkungen waren wir rasch mit Bildungsangeboten online und konnten Zielgruppen, vor allem Bildungsmultiplikator_innen, weiterhin gut erreichen. In unseren Online-Debatten ging es viel um den Zusammenhang des Europäischen Green Deals und der Gestaltung der von der Bundesregierung oder der Europäischen Union angestoßenen Konjunkturpakete und Investitionen zur Bekämpfung der Coronakrise. Wichtig war es den Beteiligten, dass diese Investitionen die Umsetzung der Ziele des Klimaabkommens von Paris und der Agenda 2030 mit ihren Zielen für Nachhaltige Entwicklung (SDGs) sowie des Europäischen Green Deal unterstützen und dafür Bildung und Teilhabe fördern. Wir regten methodisch vielfältig dazu an, die Welt nach der Corona-Pandemie zu denken und mitzugestalten. Denn andere Krisen (Klima-/Biodiversitäts-/Migrations-/Ungerechtigkeits-/Demokratiekrise) gerieten zunächst medial in den Hintergrund. Wir wollen dazu beitragen, dass diese nicht verdrängt oder vergessen werden. Das alte „Normal“ vor der Coronakrise war nicht nachhaltig. Es gilt nun Verantwortung dafür zu übernehmen, die Krise so zu gestalten, dass es kein einfaches Zurück dorthin geben wird.

In der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit hat der Begriff der Resilienz und damit die Steigerung der Fähigkeit von Gruppen und Staaten, in Krisen handlungsfähig zu bleiben und sie zu überstehen, einen höheren Stellenwert bekommen. Die Coronakrise zeigt, dass individuelle Resilienz, aber vor allem resilientere öffentliche Infrastrukturen, von immer größerer Bedeutung sind. Das gilt gerade auch im Angesicht der zunehmend eintretenden Folgen der Klimakrise. Um den Ansatz der Agenda 2030 umzusetzen, niemanden zurückzulassen („leave no one behind“), sind strukturelle Ungerechtigkeiten abzubauen sowie Solidarität und Kooperation zu stärken, um Resilienz auf vielen Ebenen weiter auszubauen.

Für Bildung für nachhaltige Entwicklung ist schon immer herausfordernd, bei zunehmender gesellschaftlicher Komplexität, motivierende und wirklich transformative Handlungsangebote zu entwickeln. Durch die Coronakrise und ihre Folgen ist die Verunsicherung angesichts globaler und komplexer Herausforderungen gerade bei jungen Menschen gewachsen. Wir sehen unsere Bildungsarbeit als Beitrag, hier Orientierung, Zuversicht und demokratische Gestaltungskompetenz zu vermitteln.

63 englisch „ESD for 2030“ (ESD = Education for Sustainable Development)

Transformation durch Wissen, Werte und Handeln voranbringen

Die Weiterentwicklung des Hand-Print-Konzeptes

Ein zentrales Ziel unserer Bildungsarbeit ist es, Menschen dazu zu befähigen, notwendige Veränderungen in unserer Gesellschaft hin zur Nachhaltigkeit gewaltfrei und demokratisch aktiv mitzugestalten. Wir zeigen neue Handlungsmöglichkeiten auf, die Lernende nicht nur als reine Konsument_innen, sondern als Gestalter_innen ihrer Gesellschaft ernst nehmen.

Wir unterstützen Menschen und Gruppen nicht nur dabei, ihren individuellen ökologischen Fußabdruck zu verringern, sondern freuen uns, wenn sie mehr tun wollen. Wir ermutigen sie zu fragen: Wo habe ich strukturelle Hebel, um nachhaltiges Verhalten für viele Menschen einfacher zu machen und in der Gesellschaft zu verankern? Wo und wie kann ich in diesem Sinne meinen gesellschaftlichen und politischen Handabdruck (engl. Hand Print)⁶⁴ vergrößern?

Zur Weiterentwicklung des Hand Print-Konzeptes – also um die gesellschaftlichen und politischen Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen – und zu besonderen Chancen und Anforderungen im Schulkontext haben wir im Oktober 2019 z.B. einen Workshop mit Lehrer_innen und Lehramtsstudent_innen verschiedener Schulformen, Schüler_innen sowie interessierten Bildungsmultiplikator_innen veranstaltet. Dabei sind unter anderem konkrete Ideen für Formate zur Vermittlung von Handlungsoptionen mit transformativen Charakter im Schulkontext entstanden (z.B. ein Planspiel sowie ein Erklärvideo).

Ganz besonders hervorzuheben ist außerdem ein mehrtägiger Methodenentwicklungs-Workshop im Februar 2020, bei dem wir zusammen mit einem Illustrator, einer Erlebnispädagogin, einem professionellen Spielentwickler und Lehrer, Bildungsmultiplikatorinnen und jungen Menschen mehr als zehn neue und originelle Methoden zur Arbeit mit dem Hand Print an verschiedenen Punkten (z.B. zum Verstehen struktureller Zusammenhänge oder dem Finden eigener Ansatzpunkte) entwickelten. Zusammen mit weiteren Methoden, die wir im Laufe der letzten Jahre z.B. für unsere Workshops mit Jugendlichen entwickelt haben, werden wir diese neuen Ideen in den nächsten Monaten als Methodenpool allen interessierten Multiplikator_innen online zur Verfügung stellen.

Im Oktober 2019 erschien eine Ausgabe der Germanwatch-Zeitung WEITBLICK zum Thema „Was kann ich tun“⁶⁵, in der das Konzept des Hand Print sehr prominent in diesem Medium in die Breite getragen wurde. Die Artikel der Ausgabe zeigen konkrete Beispiele und Hintergründe zu den Mechanismen von transformativem Engagement zum Vergrößern des Hand Prints. Als zentrale Aktion zum Mitmachen wird in der Zeitung ein einfacher und illustrierter Fragebogen für das eigene Engagement angeboten, der auch in den sozialen Medien großen Anklang fand und von der „Global Youth Academy“ sogar ins Englische übersetzt wurde.

Im November 2019 wurde unsere Arbeit rund um den Hand Print als Sieger des bundesweiten ZeitzeicheN-Preis in der Kategorie „BNE – außerhalb von Lehrplan und Klassenzimmer“ ausgezeichnet. Die Laudatio von Dr. Manuel Rivera (IASS)⁶⁶ brachte unser Engagement auf den Punkt und hat uns angespornt. Danke dafür!

Nicht zuletzt haben wir im Herbst 2019 unsere bisherige Arbeit rund um den Hand Print umfassend evaluiert und verschiedene Bereiche identifiziert, in denen wir unsere Bildungsangebote sowie -formate zum Hand Print weiterentwickeln möchten, um dem steigenden Bedarf von Multiplikator_innen und Aktiven nachzukommen.

64 www.germanwatch.org/de/handprint

65 www.germanwatch.org/de/17067

66 www.germanwatch.org/de/17230

Germanwatch Klima- und Rohstoffexpedition

Schon seit 2004 läuft die Germanwatch Klima- und Rohstoffexpedition erfolgreich an Schulen und außerschulisch. Sie zeigt im Vergleich älterer und aktueller Satellitenbilder Veränderungen durch Klimawandel und Rohstoffexploration auf. Bundesweit konnten wir dieses Angebot vor allem für Schulklassen aller Schulformen ab Klasse 5 fortsetzen und an vielen Schulen auch dauerhaft etablieren. Es ist faszinierend zu sehen, wie es gelingt, so verstärkt mit unterschiedlichen sozialen Milieus in Kontakt und Dialog zu treten. Durch die bundesweiten Schulschließungen aufgrund der Corona-Pandemie mussten allerdings ab März 2020 viele Angebote ausfallen. In dieser Zeit wurde an einer digitalen Version der Germanwatch Klima- und Rohstoffexpedition gearbeitet, die nun den Schulen und außerschulischen Partnern angeboten wird.

Alle Menschen erreichen – (Klima-)Bildung in einfacher(er) Sprache

Zu unserem Verständnis von Bildungsgerechtigkeit im Bereich BNE gehört es, für alle gesellschaftlichen Gruppen mit ihren unterschiedlichen Lernbedürfnissen die gleichen Möglichkeiten zu schaffen, an qualitativ hochwertiger Bildung teilzuhaben. Um allen Jugendlichen die Partizipation an einer zukunftsfähigen Entwicklung zu ermöglichen, haben wir Teile unserer Bildungsangebote und -materialien in einfachem Deutsch so weiterentwickelt, dass auch bildungsbenachteiligte Jugendliche und Jugendliche mit Lernbehinderungen die Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten begreifen, auf ihre Lebenswelt übertragen können und durch das Erarbeiten angemessener Engagement-Formen das Vertrauen in ihre Selbstwirksamkeit gestärkt wird.

Fachpromotorenstelle Klima und Entwicklung im NRW-Promotor*innenprogramm

Mit einer Stelle im Rahmen des NRW-Fachpromotor*innenprogramms ist Germanwatch in der entwicklungspolitischen Bildungs-, Vernetzungs- und Beratungsarbeit Nordrhein-Westfalens (NRW) tätig. Die Aktivitäten reichen von der Begleitung des NRW-Landesjugendrings in einem Diskussionsprozess hin zu einer Nachhaltigkeits-Beschlussvorlage für die Landesdelegiertenversammlung oder die Teilnahme an den Begleitgremien der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie über viele öffentliche und interne Bildungsangebote. Ziel ist es, den Anliegen von lokalen engagierten klima- und entwicklungspolitischen Gruppen und oft auch den Anliegen ihrer Südpartner_innen mehr Gehör zu verschaffen und ihnen bei ihrer Arbeit unterstützend zur Seite zu stehen. In 2019/20 konnten wieder spannende und tiefergehende Debatten zur Klimakrise, ihrer Abmilderung, internationalen politischen Antworten und ihrer Umsetzung vor Ort geführt werden. So konnten zum Beispiel mit Ratsmitgliedern der Stadt Dinslaken oder mit Aktiven von Fridays for Future Strategien zur weiteren Arbeit an der Transformation diskutiert werden. Außerdem wurde mit Mitarbeiter_innen katholischer Träger, die Freiwilligendienste im Ausland anbieten, über die Nachhaltigkeit von internationalen Freiwilligendiensten diskutiert, woraus sich Folgeanfragen für Rückkehrer_innenseminare ergaben, die dazu dienen sollen, rückkehrende Freiwillige auch in Deutschland zum transformativen Engagement zu begeistern.

Konkreter Friedensdienst Reverse

Das Programm „Konkreter Friedensdienst Reverse“ ermöglichte es Rajabu Wande Issa von Climate Action Network Tanzania von September bis November 2019 bei Germanwatch mitzuarbeiten. Ziel ist die Stärkung des Süd-Nord-Austauschs, Integration von Perspektiven aus dem Globalen Süden in unsere Arbeit und Diskussion des gemeinwohlorientierten Germanwatch-„Lobby“-ansatzes in der Arbeit mit Südpartner_innen. Wir wollen das Bewusstsein dafür stärken, dass nur durch gegenseitiges Lernen und gemeinsame Verantwortung von Nord und Süd im Sinne einer multilateralen menschenrechtsbasierten Ordnung die überlebenswichtigen Probleme gelöst werden können. Wir entwickeln so unser Bild einer „Global Citizenship Education“ weiter.

RENN.west – Akteur_innen vernetzen und Nachhaltigkeitsstrategien weiterentwickeln

RENN.west, als eine von vier Regionalen Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien (RENN), die 2016 vom Rat für Nachhaltige Entwicklung initiiert wurden, konnte sich im Berichtszeitraum weiter als Kompetenznetzwerk für Nachhaltigkeitsstrategien etablieren. Mit verschiedenen Veranstaltungsformaten stößt RENN.west bewusst akteursübergreifende Dialoge an, fördert einen themenspezifischen Wissensaustausch und erarbeitet neue Lösungsansätze für die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung. Erkenntnisse aus diesen Dialogprozessen sind die Grundlage für Beiträge zur Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategien und -architektur auf verschiedenen Ebenen. RENN.west wird getragen von zivilgesellschaftlichen Akteur_innen aus Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Nordrhein-Westfalen. In NRW arbeiten Germanwatch und die Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW (LAG21) zusammen in dem Netzwerk.

Auf seiner Jahrestagung im September 2019 in Ingelheim lancierte das RENN.west-Netzwerk die Kampagne „Ziele brauchen Taten“. Damit strebt RENN.west eine stärkere Sichtbarkeit und einen breiteren gesellschaftlichen Diskurs zu drängenden Nachhaltigkeitsthemen und konkreter Umsetzung der SDGs an. Im Rahmen der Kampagne wurden umfangreiche Informations- und Bildungsmaterialien zu den SDGs⁶⁷ entwickelt. Germanwatch war verantwortlich für die Kampagnen-Zeitung, einen Flyer zu Nachhaltigkeit im Fußball sowie eine Broschüre in einfacher Sprache mit „Ideen für mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz“, den „Handel-o-mat“ und die Entwicklung eines SDG-Bierdeckel-Sets. Kurze SDG-Videoclips mit Prominenten (u.a. Wladimir Klitschko) liefen in großen Fußballstadien und auf öffentlichen Screens (wie z.B. in U-Bahn-Haltestellen).

Ein besonderes Augenmerk lag im Berichtszeitraum auf der Fortschreibung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2020. Für diesen Prozess wurden zentrale Ergebnisse der Veranstaltungsformate der vergangenen Jahre gesichtet, zusammengefasst und als Broschüre aufbereitet. Hierzu erfolgte ein intensiver Abstimmungsprozess mit allen Partner_innen. Die Veröffentlichung erfolgte im Rahmen der Regionalkonferenz zur Fortschreibung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie am 19. Februar 2020 in Bonn.

Aufgrund der Corona-Pandemie konnte RENN.west sein für 2020 geplantes Jahresprogramm mit Dialog- und Vernetzungsformaten nicht in der geplanten Form umsetzen. Unter dem Eindruck der Pandemie und der daraus resultierenden Einschränkungen und zum Teil gravierenden Folgen für die Gesellschaft, erstellten wir eine gemeinsame Analyse rund um die Frage, wie sich die Coronakrise auf die Nachhaltigkeitspolitik und unsere Arbeit auswirkt / auswirken könnte. Eine direkte Konsequenz ist, dass auch RENN.west nun verstärkt auf digitale Formate umschwenkt – dies eröffnet auch neue Chancen: eine größere Reichweite und leichteres Einbinden internationaler Akteur_innen, Einsparen von Reisewegen und -kosten und schnellere Arbeitsprozesse. RENN.west produziert nun u.a. ein Interviewformat zur Corona-Pandemie und ihren Auswirkungen sowie Chancen der aktuellen Situation für eine Nachhaltige Entwicklung. Expert_innen und Netzwerkakteur_innen äußern sich darin zu ihren Erfahrungen.

Empowerment erhalten – Unterstützung für Engagierte

Junge Klima-Aktive – ob aus der Fridays for Future-Bewegung oder andere – zu unterstützen und mit ihnen in Austausch zu kommen, war ein Anliegen im Berichtsjahr. Noch vor Corona fand deshalb u.a. in gemeinsamer Vorbereitung mit jungen Engagierten ein „Weekend for Future“ statt, bei dem junge Klimaaktive die Möglichkeit hatten, sich auszutauschen und zu informieren. Dabei ging es im Schwerpunkt um die Fragen: Was ist gute Klimakommunikation, die wissenschaftlich fundiert ist und ihre Zielgruppen wirklich erreicht? Wie können positive Visionen und Narrative das Engagement

67 www.germanwatch.org/de/17201

und die Motivation von Menschen angesichts der Klimakrise aufrechterhalten? Die gewünschte Fortsetzung dieser Zusammenarbeit drehte sich danach und aktuell um die Frage, wie Klimaengagement in Zeiten von Corona wirksam sein kann.

Vorträge, Workshops und Online-Seminare

Die Germanwatch-Bildungsarbeit wird als Impulsgeber in der Bildungsarbeit von Initiativen, Verbänden, Stiftungen und Bildungsakademien geschätzt und rege angefragt. Im Rahmen unserer begrenzten Kapazitäten kommen wir dem gerne nach und ergänzen dies durch Bildungsmaterialien und Kurzfilme, die alle über den Bildungsbereich der Germanwatch-Webseite⁶⁸ abrufbar sind.

Im November 2019 haben wir die Strategietage für Bildungs- und Nachhaltigkeitsakteur_innen zum Thema „Gemeinwohlorientierte Partizipation?“ durchgeführt, verschiedene Ebenen und Formen der Partizipation anhand von Beispiel-Initiativen beleuchtet und Möglichkeiten politischer Mitgestaltung für eine nachhaltige Entwicklung diskutiert. Eine übergeordnete Frage war dabei, ob bzw. wie sichergestellt werden kann, dass partizipative Prozesse zu gemeinwohlorientierten Ergebnissen führen. Entstanden sind bei den Strategietagen zudem Projektideen zur Akteur_innenvernetzung sowie zu lokalen Bürger_innen-Beteiligungsformaten und -Apps.

In Kooperation mit dem Konzeptwerk Neue Ökonomie wurde im November 2019 zudem eine Zukunftswerkstatt veranstaltet, bei der sich Bildungsmultiplikator_innen aus NGOs, sozialen Bewegungen, der Wissenschaft und Pioniere aus dem Feld Bildung über mögliche Zukunfts-Szenarien von Bildung ausgetauscht sowie Wege und Strategien hin zu einer transformativen Bildungs-Vision entwickelt haben.

Stark nachgefragt und durchgeführt werden ebenso Workshops zur Vermittlung unseres Hand Print-Konzepts (siehe oben). Diese stoßen auf großes Interesse sowohl bei Jugendverbänden und Kongressen für junge engagierte Schüler_innen und Student_innen als auch bei Multiplikator_innen in der Bildungsarbeit. So haben wir beispielsweise im Juni 2020 eine digitale Fortbildung für die Bildungsreferent_innen der Agrarkoordination e.V. zur Anwendung des Hand Prints auf den Kontext nachhaltiger Ernährung und Landwirtschaft durchgeführt oder waren im September 2019 für eine Lehrer_innenfortbildung zum Hand Print im Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerfortbildung in Sachsen-Anhalt zu Gast.

Digitales Bildungsmaterial

In diesem Berichtszeitraum haben wir besonders intensiv daran gearbeitet, unser digitales Angebot an Bildungsmaterialien auszubauen. Um in der voranschreitenden Digitalisierung unserer Gesellschaft ein Angebot zu bieten, das junge Menschen weiterhin erreicht, ist dies unerlässlich. Zudem sind online verfügbare sowie nutzbare Angebote niedrigschwellig für jede_n erreichbar und erhalten in Zeiten der Corona-Pandemie noch einmal zusätzliche Relevanz.

So haben wir – basierend auf dem Hand Print-Konzept – den im Rahmen der RENN.west-Kampagne „Ziele brauchen Taten“ entstandenen und sehr schnell vergriffenen Handel-O-Mat (s.o.) im Frühjahr 2020 weiterentwickelt und als digitale Anwendung auf unserer Website eingerichtet. Im neuen Gewand einer „Good-News“-Litfass-Säule können Nutzer_innen mit diesem Tool nun online Ideen für ein Engagement generieren, das nachhaltiges Verhalten für mehr Menschen in ihrem Umfeld leichter macht. Spielerisch kann man mit dem Kombinator verschiedene Satzteile zusammensetzen, die neue Handlungsoptionen und Perspektiven sowie Denkräume aufmachen. Ausgewählte Handlungsoptionen können dann außerdem in den sozialen Medien mit potenziellen Mitstreiter_innen geteilt werden.

68 www.germanwatch.org/de/bildungsmaterialien

Darüber hinaus befinden wir uns in einem intensiven Website-Entwicklungsprozess mit Brot für die Welt. Gemeinsam haben wir ein Konzept für eine umfassende Hand-Print-Website entwickelt, auf der man – anschließend an die Seite www.fussabdruck.de – eine Art Quiz/Test auf einer grafisch ansprechend gestalteten und originellen Seite spielen kann. Als Ergebnis erhält der_ die Nutzer_in eine konkrete Handlungs-idee mit strukturveränderndem Charakter. Diese ist spezifisch auf die persönlichen Interessen und passende Handlungsebenen des_ der Nutzer_in zugeschnitten und enthält sowohl ermutigende Beispiele von ähnlichen Projekten als auch konkrete Tipps zum wirkungsvollen Engagement.

Bildung für nachhaltige Entwicklung ausbauen und strukturell weiterentwickeln

Hier ist es unsere Absicht, eine an den gemeinnützigen Zielen der menschenrechtsbasierten Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele orientierte politische Bildung für nachhaltige Entwicklung in regionalen, nationalen und internationalen Bildungsstrukturen zu verankern.

UNESCO ESD2030 und UNFCCC ACE

Das Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung der UNESCO ist 2019 ausgelaufen und das neue UNESCO-Programm ESD2030 gestartet. Während das auslaufende UNESCO BNE-Weltaktionsprogramm 2014-19 forderte „to empower learners to transform themselves and the society they live in“, drängt das neue Programm ESD2030 auf eine Bildung, die Lernende dazu befähigt, durch ihr Engagement zu den globalen Nachhaltigkeitszielen beizutragen: „Alle BNE Aktivitäten tragen zur Umsetzung der SDGs bei“ (5.3). Das Programm verfolgt einen klar politischen Ansatz, wenn von transformativer BNE die Rede ist: „BNE in Aktion ist Bürger-sein in Aktion“ (4.7). ESD2030 hebt dabei außerdem die Gestaltungsmöglichkeiten des außerschulischen Bildungsbereichs für transformatives Lernen und Handeln hervor. Dies wird ganz besonders in Punkt 4.10 des Programms deutlich: „BNE sollte die nicht-nachhaltigen Produktionsweisen der derzeitigen Wirtschaftsstrukturen direkter adressieren. Das bedeutet, dass Menschen empowert werden müssen, sich in politische Prozesse einzubringen und sich z.B. für strengere Richtlinien im Umweltschutz bei Unternehmen einsetzen.“ Dieser neue Auftrag an alle Bildungsakteur_innen entspricht den Ansprüchen, die wir seit Jahren – u.a. mit dem Konzept des Hand Prints – an eine nachhaltig wirksame BNE stellen. Aus diesem Grund haben wir als erster Akteur Ende 2019 auszugswise eine deutsche Übersetzung und Kommentierung des Programms⁶⁹ vorgenommen. Wir machen uns in den BNE-Debatten dafür stark, dass dieser besonders transformative Aspekt des neuen Programms nicht vernachlässigt und auch in dieser Deutlichkeit ernst genommen und in die Angebote von BNE-Akteure_innen übersetzt wird.

In diesem Sinne bietet das ESD2030-Programm Rückenwind, um nationale und internationale Bildungsprozesse weiterzuentwickeln. Dazu zählen weiterhin auch die Bildungsaspekte im Klimaschutzabkommen von Paris (UNFCCC ACE – Action for Climate Empowerment). Dort fordert Artikel 12 die Unterzeichnerstaaten auf, mit Aktivitäten in den Bereichen Bildung, Training, Öffentlichkeitsarbeit, Beteiligung der Öffentlichkeit, Zugang zu Informationen und internationale Kooperation zu diesen Themen dafür zu sorgen, dass jede_r Bürger_in und jede_r Entscheidungsträger_in das Wissen und die Beteiligungsmöglichkeiten hat, sich für Klimaschutz und Anpassung an die Folgen des Klimawandels zu engagieren. Germanwatch setzt sich dafür ein, dass die Bundesregierung sich hier wirksam engagiert und die Fortschritte zu diesen Themen im regelmäßigen Bericht über die Umsetzung ihrer Klimaziele aufführt.

69 www.germanwatch.org/de/17566

Bündnis Zukunftsbildung und Nationaler Aktionsplan BNE

Auf nationaler Ebene haben wir uns zusammen mit dem Bündnis Zukunftsbildung sowie im Fachforum Non-formales/Informelles Lernen/Jugend der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung koordinierten Nationalen Plattform BNE insbesondere dafür eingesetzt, dass

- die inhaltlich starke Weiterentwicklung des UNESCO-Programms ESD2030 hin zu einem neuen und politischeren Verständnis von BNE (s.o.) wahrgenommen und als Auftrag ernst genommen wird. (Hierzu haben wir u.a., zusammen mit dem Institut Futur der FU Berlin, eine Position zu „Transformativer Bildung als Querschnittsperspektive“ für das Fachforum Non-formales/Informelles Lernen/Jugend der Nationalen Plattform BNE verfasst)
- die Chancen und Risiken, die die zunehmende Digitalisierung von Bildung im Allgemeinen und BNE im Speziellen in den nächsten Jahren mit sich bringen wird, stärker proaktiv von Akteur_innen der BNE mitgestaltet und die Chancen – wie z.B. ein niedrigschwelliger Zugang zu digitalen BNE-Angeboten unabhängig von Ort und finanziellen Mitteln – genutzt werden.

Initiative zur Lehrerfortbildung im Rahmen der Leitlinie BNE des Schulministeriums NRW

In NRW entwickeln wir im Rahmen der Fachgruppe Politik und Wirtschaft, eine Initiative zur Lehrerfortbildung des Schulministeriums, zusammen mit anderen Akteur_innen Unterrichts- und Fortbildungsformate, mit denen BNE-relevante Themen in die bestehenden Curricula dieser Fächer niedrigschwellig integriert werden. Dabei haben wir uns für eine besonders handlungsorientierte BNE stark gemacht, die Schüler_innen ihre demokratischen Mitgestaltungsmöglichkeiten für eine nachhaltige Entwicklung vermittelt und sie befähigt, diese tatsächlich zu ergreifen. Insbesondere haben wir dabei immer wieder die Rolle betont, die Schüler_innen hier als kritisch hinterfragende und gestaltende Bürger_innen über ihre Rolle als Konsument_innen hinaus einnehmen können.

Ausblick

Die Corona-Pandemie und ihre Auswirkungen werden uns und unsere Bildungsarbeit weiterhin beeinflussen. Zum einen müssen wir dafür sorgen, dass Themen wie die Klima- und Ernährungskrise oder die notwendige Verkehrswende nicht aus dem Blick und der politischen Diskussion geraten. Zum anderen werden wir auch unsere digitalen Bildungsformate weiter ausbauen, nicht nur aus der Notwendigkeit der Coronakrise, sondern auch, um eine größere Reichweite zu erlangen. Dies betrifft insbesondere auch unsere Aktivitäten im RENN.west-Netzwerk, wo wir in der zweiten Jahreshälfte 2020 eine Online-Seminarreihe zu „Auswirkungen der Coronakrise auf die Nachhaltigkeitspolitik“ starten werden.

Wir machen uns weiterhin dafür stark, dass die Impulse aus dem UNESCO-Programm ESD 2030 auf verschiedenen Ebenen aufgegriffen und umgesetzt werden und dass ganz im Sinne des Programms Menschen ermächtigt werden, sich politisch zu engagieren und eine gestaltende Rolle im Prozess der Transformation zu einer nachhaltigen Welt zu spielen. Der Druck und das Engagement der Bürger_innen ist notwendig, um die Agenda 2030 mit den SDGs sowie das Pariser Klimaabkommen umzusetzen. Die große Auftaktkonferenz für ESD2030 wurde auf 2021 verschoben – wir werden uns daran mit den beiden ursprünglich schon für dieses Jahr geplanten Workshops beteiligen.



Zu welchen Themen wollen wir weiterarbeiten? Bildungsmultiplikator_innen entwickeln neue HandPrint-Methoden bei einem Workshop im Februar 2020 in Bonn. (Foto: Germanwatch)

Unsere Arbeit zu transformativem Engagement und dem Hand Print möchten wir, insbesondere in den folgenden Bereichen, ausbauen bzw. weiterentwickeln:

1. Gruppen, die sich für eine nachhaltige Entwicklung einsetzen, möchten wir im Rahmen eines neuen Empowerment-Programms erstmals längerfristige Begleitung anbieten und sie über 1,5 Jahre bedarfsgerecht mit kompetenz- und strategieorientierten Workshops im Handeln unterstützen,
2. Handlungsoptionen mit Hand Print-Charakter möchten wir für mehr Menschen sichtbar und greifbar machen
3. Wir möchten Bildungsmultiplikator_innen umfassend fortbilden und einen Referent_innen-Pool rund um den Hand Print aufbauen
4. Erfahrungen, gute Beispiele im Engagement und Strategien für strukturveränderndes Handeln möchten wir in originellen digitalen und analogen Formen für Interessierte und Aktive aufbereiten.

Unsere Bildungsarbeit zu Klimagerechtigkeit am Beispiel Klimaklagen, die aufgrund von Corona in 2020 nicht stattfinden konnte, wollen wir in 2021 verstärkt in Angriff nehmen.

Teamstrategie 2020: Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)

BNE machen	BNE politisch
Die Transformation durch die Verbindung von Wissen, Werten und Handeln national und international voranbringen	Bildung für Nachhaltige Entwicklung weiterentwickeln und strukturell verankern
<ul style="list-style-type: none"> • Germanwatch Hand Print – andere Organisationen und Gruppen bei Hand Print Projekten begleiten • Kreative und innovative positive Bildungs- und Zukunfts-/ Utopiengeschichten, Wimmelbild • Neu- und Weiterentwicklung Einfache(re) Sprache bei Germanwatch • Bildungsarbeit zu Klimaklagen • NRW-Promotor*innenprogramm – entwicklungspolitische Bildungsarbeit • BNE im Austausch mit Südpartnern weiterentwickeln (KF-R; ECL, ...) • RENN.west: (neue) zivilgesellschaftliche Akteure regional vernetzen, SDGs kommunizieren, soziale Innovationen aufgreifen • BNE zu menschenrechtsbasierter SDG-Umsetzung, z.B. SDG-Arbeitsblätter • Umweltpsychologische Komponenten in BNE & Hand Print weiterentwickeln 	<ul style="list-style-type: none"> • Bündnis ZukunftsBildung und BMBF Nationaler Aktionsplan BNE • Mitgestaltende (Jugend-) Partizipation in Entscheidungs- und Nachhaltigkeitsprozessen, z.B. NRW-Nachhaltigkeitsstrategie • BNE durch UNESCO Globales Aktionsprogramm ESD2030 und Paris Art.12 "Action for Climate Empowerment" weiterentwickeln und Impulse aus BNE dort einbringen • Einsatz für transformativeres Verständnis von BNE auf Bundes- und Länderebene

Mitarbeiter_innen

	Daniela Baum Kommissarische Teamleiterin		Stefan Rostock Teamleiter Bildung für nachhaltige Entwicklung, NRW-Fachpromotor für Klima & Entwicklung		Melanie Gehenzig Referentin Bildung für nachhaltige Entwicklung
	Marie Heitfeld Referentin Bildung für nachhaltige Entwicklung		Alexander Reif Referent Bildung für nachhaltige Entwicklung		Jonas Pütz Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2019/20 (bis 07/2020)

Mit Unterstützung von Stefan Küper (NRW-Fachpromotor für Klima & Entwicklung bis 4/2020), Jan Burck (NRW-Fachpromotor für Klima & Entwicklung ab 4/2020), Kerstin Opfer (NRW-Fachpromotorin für Klima & Entwicklung ab 7/2020).

In Zusammenarbeit mit dem Team von Geoscopia (Martin Fliegner, Holger Voigt, Doro Fliegner, Birgitt Gernhardt, Thomas Rahne, Michael Geisler)

Praktikant_innen im Berichtszeitraum: Emily Volk, Selome Abdulaziz, Martin Niehus, Lena Trost

Verantwortlich seitens des Vorstands: Dr. Karl-Eugen Huthmacher, Fiona Marker

Stand: 09/2020

Pressearbeit

Die Coronakrise, mit ihren vielfältigen gravierenden Folgen, hat auch unsere Pressearbeit ab März 2020 vor große Herausforderungen gestellt. Zwar wurden durch die Pandemie zunächst fast alle anderen Themen weitgehend aus den Medien verdrängt, allerdings änderte sich dieses Bild nach einigen Wochen zunehmend. So gelang es uns, viele Zusammenhänge zwischen der Pandemie und „unseren“ Themen wirkungsvoll aufzuzeigen. Wir konnten daher wichtige Akzente setzen, z.B. bei Fragen zur klimagerechten Ausgestaltung der Konjunkturpakete auf nationaler und europäischer Ebene, dem Thema globale Lieferketten und menschenrechtliche Sorgfaltspflichten sowie den Zuständen in deutschen Schlachtbetrieben und der Tierhaltung.

Doch auch in den Monaten vor der Corona-Pandemie war es uns mehrfach gelungen, Debatten in Medien anzustoßen und eigene Schwerpunkte zu setzen. Ob beim Kohleausstieg, Klimapaket, Menschenrechtsfragen in der Wirtschaft oder auch dem Thema antibiotikaresistente Keime im Fleisch (das es mit einer von uns in Auftrag gegebenen Stichproben-Reihe auch mehrfach in TV-Nachrichtenmagazine sowie TV-Satire-Sendungen wie die heute-show im ZDF schaffte). Insgesamt konnten wir unsere Medienresonanz im Berichtszeitraum trotz einer Corona-bedingten Zwischenflaute deutlich ausbauen: Allein im Online- und Printbereich zählten wir weltweit über 10.200 Berichterstattungen, gut ein Drittel davon im Ausland. Im Bereich Social Media (Twitter, Facebook, etc.) konnten wir unsere Nennungen auf über 28.500 sogar fast verdoppeln. Zudem veröffentlichten wir im Berichtszeitraum über 75 Pressemitteilungen.

Rekord-Medienresonanz auf Klima-Risiko- und Klimaschutz-Index

Ein wesentlicher Faktor dieser erfolgreichen Entwicklung war die UN-Klimakonferenz COP25 in Madrid. Sowohl über unseren Globalen Klima-Risiko-Index⁷⁰ als auch den Klimaschutz-Index⁷¹ wurde weltweit so ausführlich berichtet wie noch nie. Unter anderem auch in den Hauptnachrichtensendungen in ARD und ZDF, z.B. zum Klima-Risiko-Index⁷² und Klimaschutz-Index⁷³ sowie bei letzterem auch die 20-Uhr-Tagesschau⁷⁴. Auch in den meisten großen deutschen und internationalen Online- und Printnachrichten wurde über den KRI berichtet, z.B. ganzseitig im Handelsblatt. Insgesamt zählten wir während der COP25 über 4.000 Berichterstattungen (allein Print und Online) im In- und Ausland. Mit unseren beiden Indizes erreichten wir nach unseren Auswertungen rund doppelt so viele Menschen wie im Vorjahr.

Besonders große Wellen in der Politik schlug unser Klimaschutz-Index diesmal in Australien. Dort wüteten die Buschbrände während der COP25 besonders verheerend und unser Index stellte vor allem der australischen Klimapolitik ein miserables Zeugnis aus (letzter Platz). Bei einer Pressekonferenz bezeichnete der australische Premierminister Scott Morrison auf Nachfrage den Index als "not credible" und schloss mit "We reject this report". Wir antworteten⁷⁵ mit einem Tweet und einem Link unter dem wir noch einmal genau erläuterten, warum Australien diese Bewertung erhält und warum diese glaubwürdig ist. Gerade bei Twitter führte dies zu einer Welle der Solidarisierung mit Germanwatch (knapp 500 Retweets sowie über 700 Likes) und über die Kontroverse wurde ausführlich in den Medien – etwa in einem großen Artikel des Guardian - ⁷⁶ berichtet. In der australischen Politik war der Klimaschutz-Index auch danach immer wieder ein Thema.

70 www.germanwatch.org/de/17307

71 www.germanwatch.org/de/17281

72 <https://www.zdf.de/nachrichten/heute-19-uhr/191204-heute-sendung-19-uhr-100.html> (ab 13:00 min.)

73 <https://www.zdf.de/nachrichten/heute-19-uhr/191210-heute-sendung-19-uhr-100.html> (erstes Thema der Sendung)

74 <https://tinyurl.com/y2696wbe> (ab 7:30 min.)

75 www.germanwatch.org/en/17452

76 <https://www.theguardian.com/australia-news/2019/dec/13/author-of-report-ranking-australia-worst-on-climate-policy-hits-back-at-pms-claim-its-not-credible>

Starke Stimme auch bei Verbraucher- und Menschenrechtsthemen

Auch mit Verbraucher_innenschutz- und Menschenrechts-Themen konnten wir mehrfach Akzente in der öffentlichen Debatte setzen. So waren wir gefragte Gesprächspartner während der Corona-Ausbrüche in Schlachthöfen sowie einiger Lebensmittelskandale bei fleischverarbeitenden Unternehmen und erreichten beispielsweise erneut eine große Öffentlichkeit mit unserer Arbeit zu Antibiotikaresistenzen in der industriellen Massentierhaltung. Reinhild Benning war mehrfach Interviewpartnerin bei ARD/NDR und ZDF (u.a. Report Mainz) sowie diversen Radiosendern und Beteiligte eines doppelseitigen Streitgesprächs zur Tierhaltung in der Berliner Morgenpost.

Im Bereich Unternehmensverantwortung konnten wir – neben unserer umfangreichen Pressearbeit zum Lieferkettengesetz – mit einer gemeinsam mit Misereor erarbeiteten Studie den Fokus auf Menschenrechtsrisiken im Bereich der globalen Agrarindustrie lenken. Über die Studie wurde zum Auftakt der Grünen Woche umfangreich berichtet, u.a. ausführlich im Handelsblatt⁷⁷.

Ausblick

Die Corona-Pandemie wird unsere Pressearbeit auch im neuen Berichtszeitraum maßgeblich beeinflussen. Es wird darum gehen, der notwendigen Verknüpfung der Konjunkturbelebung mit der Entwicklung zur Klimaneutralität in der öffentlichen Debatte weiterhin Gehör zu verschaffen und ihre Umsetzung kritisch zu beobachten. Darüber hinaus gilt es, auch abseits von Corona innerhalb unserer Themen Agendasetting zu betreiben. Die Verschiebung der Weltklimakonferenz COP26 in Glasgow um ein Jahr stellt uns dabei vor große Herausforderungen, da ein Medien-Höhepunkt der Klimaberichterstattung entfällt und unsere beiden Indizes erstmals nicht in diesem internationalen Rahmen vorgestellt werden können.

Nicht zuletzt hat uns die Corona-Pandemie vor Augen geführt, dass digitale Kommunikationswege eine noch größere Bedeutung bekommen. Klassische Pressearbeit, Social Media, Online-Videoseminare – all diese Wege müssen noch konsequenter genutzt und miteinander verknüpft werden. Dabei sind wir schon ein gutes Stück vorangekommen, wollen uns aber noch weiter verbessern.

Überdies wird es darum gehen, auch die neuen Kolleg_innen im Germanwatch-Team mit den notwendigen Basics vertraut zu machen, um ihre Arbeit gut verständlich und interessant kommunizieren zu können. Interne Fortbildungen zu Pressemitteilungen, O-Tönen und Interviews sollen sicherstellen, dass Germanwatch auch in Zukunft von Medien als kompetenter, differenzierender und auch Hintergründe beleuchtender Ansprechpartner geschätzt wird.

Mitarbeiter



Verantwortlich seitens des Vorstands: Anne-Kathrin Kirchof

⁷⁷ <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/studie-von-ngos-agrarindustrie-setzt-sich-zu-wenig-fuer-menschenrechte-ein/25430746.html?ticket=ST-4678027-49WyqcaU9wLwD43n9MYq-ap3>

Öffentlichkeitsarbeit

Zu den wichtigsten strategischen Zielen der Öffentlichkeitsarbeit zählt es, die zentralen gemeinnützigen Inhalte der Germanwatch-Arbeit – über die Pressearbeit hinaus – zielgruppengerecht an eine informierte Öffentlichkeit zu vermitteln. Dies geht von der strategischen Kommunikationsplanung und deren Umsetzung bis hin zu Redaktion, Layout und Distribution. So haben wir im Berichtszeitraum – orientiert an unseren zentralen Zielen – viele hundert Einzelmaßnahmen umgesetzt: von Studien und Positionspapieren für Entscheidungsträger_innen über Blog-Beiträge bis hin zur Produktion von Erklärvideos.



Erklärvideos: „Wie funktionieren Klimarisikoversicherungen?“ und „Was sind Multi-Akteurs-Partnerschaften?“

Weiterhin wurden wieder zahlreiche Ausgaben unserer Periodika (Zeitung WEITBLICK, Unterstützer_innen-Magazin EINBLICK, KlimaKompakt oder Newsletter „Germanwatch-Kurznachrichten“) herausgegeben und an eine wachsende Zahl von Abonent_innen versandt. Immer mehr Menschen verfolgen und teilen unsere Inhalte auch in den Sozialen Medien und tragen so dazu bei, dass unsere Botschaften noch weiter gestreut werden (siehe Tabelle nächste Seite).

Exemplarische inhaltliche Schwerpunkte unserer Kommunikationsarbeit waren zum Beispiel:

1. Verfassungsbeschwerde⁷⁸ – Neun junge Menschen klagen gegen das Klimaschutzgesetz und für ihr Recht auf eine menschenwürdige Zukunft
2. Der Europäische Green Deal⁷⁹ – Erneuerungsprojekt als Chance für Klima und Mensch
3. Initiative Lieferkettengesetz⁸⁰ – Gegen Gewinne ohne Gewissen hilft nur noch ein gesetzlicher Rahmen.

und viele andere mehr.



78 www.germanwatch.org/verfassungsbeschwerde

79 www.germanwatch.org/european-green-deal

80 www.germanwatch.org/lieferkettengesetz



Eine kleine Auswahl von Produkten der Germanwatch-Öffentlichkeitsarbeit.

Wir danken allen Autor_innen, Redakteur_innen, Grafiker_innen, Illustrator_innen, Programmierer_innen, Layouter_innen, Übersetzer_innen und anderen Dienstleister_innen, die mit ihrer Arbeit dazu beitragen, die Inhalte der Germanwatch-Arbeit gut in der Öffentlichkeit zu präsentieren!

	2020	2019	2018	2017	2016
Ausgaben der Zeitung WEITBLICK (Auflage je ca. 100.000)	1 (in Vorbereitung)	4	3	4	3
Weitblick-Abos	15.016	14.749	14.593	14.414	14.166
KlimaKompakt-Abos	9.576	8.938	8.493	7.983	7.608
Kurznachrichten-Abos	5.006	4.327	3.641	3.135	2.605
Facebook Likes	6.553	6.055	4.692	3.900	2.790
Twitter Follower	7.680	5.030	3.290	/	/

Stand: jeweils August des Berichtsjahres

Tabelle: Übersicht Abonent_innen und Publikationen – Vergleich mit Vorjahreszahlen

Service

Kostenlose Abos (Zeitung WEITBLICK, Newsletter Kurznachrichten, KlimaKompakt):

www.germanwatch.org/abos

Publikationen bestellen/herunterladen: www.germanwatch.org/de/publikationen

Pressemitteilungen: www.germanwatch.org/de/presse

Veranstaltungen: www.germanwatch.org/de/termine

Aktiv werden (Termine, Petitionen, Tipps etc.): www.germanwatch.org/aktiv-werden

Blog- & Videobeiträge: www.germanwatch.org/blog

Facebook: www.facebook.com/germanwatch

Youtube: www.youtube.com/germanwatch

Twitter: www.twitter.com/germanwatch

LinkedIn: www.linkedin.com/company/germanwatch

Mitarbeiter_innen

	Hanna Fuhrmann Teamleiterin		Pascal Molinario Teamleiter		Janina Longwitz Referentin für Redaktion und Öffentlichkeitsarbeit
	Caroline Schroeder Referentin für Klimaklage-Kommunikation		Tobias Regesch Referent für digitale Kommunikation (seit 07/2020)		Jolke Mertesacker Volontärin Spenderbetreuung und Kommunikation (bis 10/2020)
	Stefanie Korndörfer Volontärin Spenderbetreuung und Kommunikation (bis 05/2020)		Hannah Safaei Rad-Schäfer Volontärin Spenderbetreuung und Kommunikation (bis 12/2019)		Vanessa Lippert Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2020/2021 (ab 09/2020)
	Marvin Müller Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2019/20 (bis 07/2020)				

Mit Unterstützung von Gerold Kier, Daniela Baum, Ljiljana Djuric und Andrea Taubert

Verantwortlich seitens des Vorstands: Anne-Kathrin Kirchhof

Stand: 09/2020

D Germanwatch in Netzwerken und Kooperationen

Die Zivilgesellschaft ist die Erneuerbare Energiequelle für die Gesellschaft. In den letzten Monaten haben wir das etwa sowohl durch Fridays for Future als auch durch die Anti-Rassismus-Bewegungen erlebt. Die Zivilgesellschaft hat drei zentrale Aufgaben: Erstens Parlament, Regierung und Unternehmen, zu „belagern“, also Druck zu machen. Zweitens als „Lotse“ Anregungen zu geben, den so gewonnenen Handlungsspielraum in Politik und Wirtschaft wirkungsvoll zu gestalten. Drittens die allgemeine Akzeptanz für Gerechtigkeit, Menschenrechte und den Schutz der Lebensgrundlagen auch in solchen Gruppen und Initiativen zu stärken, bei denen diese Themen nicht im Zentrum ihrer Tätigkeit stehen.

Im Sinne dieser drei Aufgaben arbeitet Germanwatch eng mit ausgewählten Organisationen, Partner_innen und Persönlichkeiten zusammen. Die Vernetzung ist wichtiger Teil unserer Arbeitsweise: Einerseits, weil wir viel durch die Dialogpartner_innen, ihre Kompetenz und Perspektive lernen. Andererseits, weil wir somit oft politische Forderungen unterstützen, die durch ein breites Bündnis von Organisationen und eine hohe Zahl von Menschen getragen werden. Dadurch können wir viele Verstärkungseffekte für die gemeinwohlorientierten Ziele, für die wir uns einsetzen, erzielen. Wir können in diesem Sinne konstruktiven Druck erzeugen, vielfältige „Lotsentätigkeiten“ in Politik und Wirtschaft übernehmen und andere Akteure der Zivilgesellschaft unterstützen. All dies hilft, mit unserer Expertise zivilgesellschaftliche Debatten und Strukturen mitzugestalten.

Besonders verantwortliche Positionen etwa im Vorstand, in der politischen Koordination, im Sprecherrat oder Beirat haben Germanwatch-Mitarbeiter_innen oder Vorstandsmitglieder bei folgenden Partnerorganisationen oder Plattformen inne:

Bits & Bäume-Netzwerk +++ Climate Action Network (CAN) | CAN Int. +++ CAN EU +++ CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung +++ CO2GeoNet +++ Deutsche Physikalische Gesellschaft (AK Energie) +++ European Coalition for Corporate Justice (ECCJ) +++ Initiative Lieferkettengesetz +++ Klima-Allianz +++ Munich Climate Insurance Initiative (MCII) +++ Netzwerk Arbeitskreis Rohstoffe +++ Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK) +++ Renewables Grid Initiative (RGI) +++ Runder Tisch Reparatur +++ Sustainable Development Solutions Network, German Chapter (SDSN Germany) +++ Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030

In vielen dieser Netzwerke sind wir schwerpunktmäßig mit einzelnen unserer politischen Teams aktiv (siehe Kap. C). Andere haben eine teamübergreifende Relevanz, etwa die Dialoggruppe zum Staatssekretärsausschuss im Kontext der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, an der die Vorstandsvorsitzende Silvie Kreibiehl teilnimmt, oder SDSN Germany oder die Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030. In letzteren beiden sind wir mit unserem Ehrenvorsitzenden Klaus Milke im Lenkungsgremium vertreten.

Darüber hinaus ist Germanwatch Mitglied in folgenden politischen Netzwerken und Vereinen:

Agrarbündnis +++ Allianz für Weltoffenheit +++ Allianz "Rechtssicherheit für politische Willensbildung" +++ Attac +++ Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag (BER) +++ Deutscher Naturschutzring (DNR) +++ Deutsches Institut für Menschenrechte e.V. (DIMR) +++ Eine Welt Netz NRW +++ Eine Welt Netzwerk Bayern +++ Erlassjahr.de +++ European Business Council for Sustainable Energy (e5) +++ Forum Menschenrechte +++ Forum Nachhaltige Geldanlagen +++ Forum Umwelt und Entwicklung +++ Global Campaign for Climate Action (GCCA)/tckctck Campaign +++ Global Challenges Network (GCN) +++ Global Climate Forum (GCF) +++ Global Compact +++ GoodElectronics Netzwerk +++ Greenskies +++ LAG21 - Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW +++ Nord Süd Forum Mün-

chen +++ OECD Watch +++ Ökowerk NRW +++ Our World is Not For Sale (OWINFS) & Seattle to Brussels Network (S2B) +++ Publish what you pay +++ Steuer gegen Armut +++ +++ Transport & Environment (T&E) +++ TTIP unfairhandelbar +++ Verband Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe Deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) +++ Verbändeplattform zur Reform der EU-Agrarpolitik +++ Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) +++ Zukunftsrat Hamburg

Arbeitsgruppen, Arbeitskreise etc., in denen wir aktiv sind, werden hier nicht separat aufgeführt, sofern sie innerhalb eines hier genannten Dachverbands angesiedelt sind.

Germanwatch e.V., Stiftung Zukunftsfähigkeit, Germanwatch-Stiftung, atmosfair – wie gehören sie zusammen?

Der eingetragene Verein Germanwatch – gegründet 1991 – bekam 1997 eine neue Unterstützerin: die Stiftung Zukunftsfähigkeit. Ihre Errichtung erfolgte nicht zuletzt mit dem Ziel, die finanzielle Unabhängigkeit von Germanwatch dauerhaft zu sichern. Germanwatch als gemeinnütziger eingetragener Verein darf Geld selbst nicht in größerem Umfang langfristig binden, sondern muss es überwiegend unmittelbar und zeitnah ausgeben.

Die Stiftung unterstützt die Arbeit von Germanwatch mit strategisch besonders wichtigen Programm- und Projektförderungen, außerdem ergänzt sie durch einzelne strategische Lobbyaktivitäten die Arbeit von Germanwatch, so z. B. durch Moderationstätigkeiten bei Treffen ausgewählter Delegierter während der UN-Klimaverhandlungen. Mehr als 30 Zustifter_innen haben inzwischen den Handlungsspielraum der Stiftung erweitert. Die Stiftung steht seit 2015 für die Anwalts-, Gerichts- und Gutachtenkosten ein, die die Klimaschutzklage von Saúl Luciano Lliuya gegen RWE verursacht. In den letzten drei Jahren hat die Stiftung zudem eine zentrale Rolle gespielt, um die Stiftungsplattform F20 zu etablieren – ein internationales Netzwerk von Stiftungen, welche die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens und eine Umsetzung der 2030-Agenda mit den SDGs auf die G20-Länder fokussiert voranbringen will.

Im Dezember 2014 wurde ergänzend die Germanwatch-Stiftung gegründet, als sogenannte nicht rechtsfähige Stiftung in der treuhänderischen Verwaltung der Stiftung Zukunftsfähigkeit. Sie stellt eine weitere Option für alle Unterstützer_innen dar, die ganz ausschließlich die Arbeit von Germanwatch fördern und dies nicht auf dem Wege einer zeitnah zu verbrauchenden Spende an Germanwatch e.V., sondern mit einer Zustiftung machen möchten.

Seit Mitte der 1990er Jahre bemüht sich Germanwatch intensiv um verbindliche Regulierungen der Treibhausgasemissionen des Flugverkehrs. Für alle Verbraucher_innen, die auf das äußerst zögerliche Agieren der Politik in dieser Richtung nicht länger warten wollen, hat Germanwatch gemeinsam mit Partnern atmosfair als freiwilliges Instrument ins Leben gerufen. Es stellt nach dem Nichtfliegen die zweitbeste Lösung für Klimaschutz im Flugverkehr dar. Die Stiftung Zukunftsfähigkeit ist heute einziger Gesellschafter der 2005 gegründeten atmosfair gGmbH. Christoph Bals und Klaus Milke sind neben zwei Vertretern des Bundesumweltministeriums die Mitglieder im Fachbeirat von atmosfair.



www.germanwatch.org



STIFTUNG
ZUKUNFTSFÄHIGKEIT

www.stiftungzukunft.de



www.germanwatch.org/stiftung

nachdenken • klimabewusst reisen



www.atmosfair.de

E Finanzbericht – Kalenderjahr 2019

von Michael Windfuhr (Schatzmeister)

Das Jahresergebnis 2019 weist erfreulicherweise einen Überschuss in Höhe von 67.647,62 Euro auf. Ein solcher Überschuss ist für Germanwatch von großer Bedeutung. Er erlaubt es der Organisation eine gewisse Rücklage zu bilden, die immer wieder einmal notwendig ist als Liquiditätspuffer, um in bestimmten Projekten, in denen Geldgeber Zahlungen erst rückwirkend leisten, in Vorleistung treten zu können. Ideal wäre es, wenn eine Organisation wie Germanwatch Rücklagen in Höhe der Ausgaben von mindestens 4-6 Monaten vorhalten könnte. Dies ist wichtig für die Arbeitsplatzsicherheit unserer Mitarbeitenden und für verbindliche Vertragszusagen wie Mietverträge. Mit dem Jahresergebnis 2019 steigen die Rücklagen von Germanwatch auf knapp über 900.000 € an, was in etwa den Ausgaben von zwei Monaten entspricht. Es ist sehr erfreulich, dass Germanwatch diese Rücklage während der vergangenen Jahre kontinuierlich erweitern konnte, so auch 2019.

Einnahmen

Die Einnahmen im Jahr 2019 betragen 5.663.502,27 Euro (+ 11,7 % zum Vorjahr, vgl. Tab. E.1). Der Anteil der Einnahmen im ideellen Bereich und im Zweckbetrieb macht mit 84,6 % den Großteil der zur Verfügung stehenden Mittel aus.

Gegenüber 2018 ist sowohl der Umfang des „steuerbegünstigten Zweckbetriebs“ um 30,9 % angewachsen als auch das Volumen der Projekte im „steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb“ um 68,2 % (vgl. Tab. E.2b bzw. E.2c). Die Zuordnung zu den verschiedenen wirtschaftlichen Vereinsbereichen erfolgt anhand bestimmter steuerrechtlicher Kriterien, insbesondere der Frage, ob es sich bei unserer Tätigkeit im steuerrechtlichen Sinne um eine für den Geber erbrachte Leistung gegen Entgelt (z. B. Beratung) handelt und – wenn dies der Fall ist – in welchem Umfang wir hierbei in Konkurrenz zu kommerziellen Leistungsanbietern stehen.

Bei der Höhe der Einnahmen ist zu beachten, dass ein Teil der von Gebern erhaltenen Einnahmen zur Weiterleitung an Partner für deren Arbeit in Kooperationsprojekten bestimmt ist („externe Projektarbeit“ in Tab. E.1). Beispiele hierfür sind die von Engagement Global aus Mitteln des BMZ geförderten Projekte zu Multiakteurspartnerschaften, bei denen wir mit Partnerorganisationen im Ausland zusammenarbeiten. Zieht man die Einnahmen für externe Projektarbeit ab, betragen die Gesamteinnahmen von Germanwatch im Jahr 2019 insgesamt 4.818.345,77 €.

Die Anzahl der Geber für Projektmittel ist unverändert hoch (vgl. Tab. E.2a-c). Dies werten wir als ein Zeichen für die breite Anerkennung der Qualität unserer Arbeit; zudem ist das weit gefächerte Spektrum von Zuschussgebern eine wichtige Voraussetzung für die politische Unabhängigkeit und finanzielle Absicherung von Germanwatch.

Bei den Mitgliedsbeiträgen gab es einen deutlichen Anstieg um 11,5% auf 91.855,14 Euro, da zahlreiche Mitglieder ihren Beitrag freiwillig erhöhten und sich zudem mehr Menschen entschlossen, Germanwatch mit einem Mitgliedsbeitrag zu unterstützen (die Mitgliederzahl erhöhte sich von 761 auf 810 im Jahr 2019). Einen noch stärkeren Zuwachs konnten wir im Bereich der Spendeneinnahmen verzeichnen: Die allgemeinen und zweckgebundenen Spenden stiegen um rund 44,7 % auf insgesamt 682.228,50 Euro. Dies ist auf ein leichtes Plus allgemeiner (d.h. nicht zweckgebundener) Spenden (+14,1 %) sowie ein deutliches Plus zweckgebundener Spenden (+65,0 %) zurückzuführen. Bei den zweckgebundenen Spenden handelt es sich überwiegend um Projektgelder, die Germanwatch von Stiftungen wie beispielsweise der Barthel Stiftung, der Eleonore-Beck-Stiftung oder der Stiftung Neue Energie (GLS Treuhand) sowie der Stiftung Zukunftsfähigkeit erhielt.

Die Mitgliedsbeiträge und allgemeine Spenden machen im Vergleich zu den Projektzuschüssen einen kleineren, dafür aber strategisch besonders wichtigen Teil der Einnahmen aus. Diese nicht zweckgebundenen Mittel können wir flexibel und mit besonderer Wirkung einsetzen. Wir nutzen sie z. B., um schnell und unabhängig auf aktuelle politische Ereignisse mit Öffentlichkeits- oder Lobbyarbeit zu reagieren, um neue Projekte zu initiieren oder zu kofinanzieren sowie um die Nachhaltigkeit und zukünftige Handlungsfähigkeit von Germanwatch zu sichern. Gerade bei der Kofinanzierung von Projekten leisten Mitgliedsbeiträge, Spenden und Programmförderungen eine starke Hebelwirkung, weil wir viele der Zuschüsse im ideellen Bereich nur beantragen können, wenn wir einen gewissen Eigenbeitrag leisten können. Auch sind sie unerlässlich, um Kosten zu decken, die für eine hohe Wirksamkeit der Arbeit von Germanwatch essentiell sind, aber von einigen öffentlichen und privaten Gebern entweder gar nicht oder in zu geringem Umfang bezuschusst werden – hierzu zählen beispielsweise Aktivitäten, mit denen wir bei kurzfristigen Veränderungen im politischen Raum handlungsfähig sein wollen, ohne dass uns dafür Projektmittel zur Verfügung stehen.

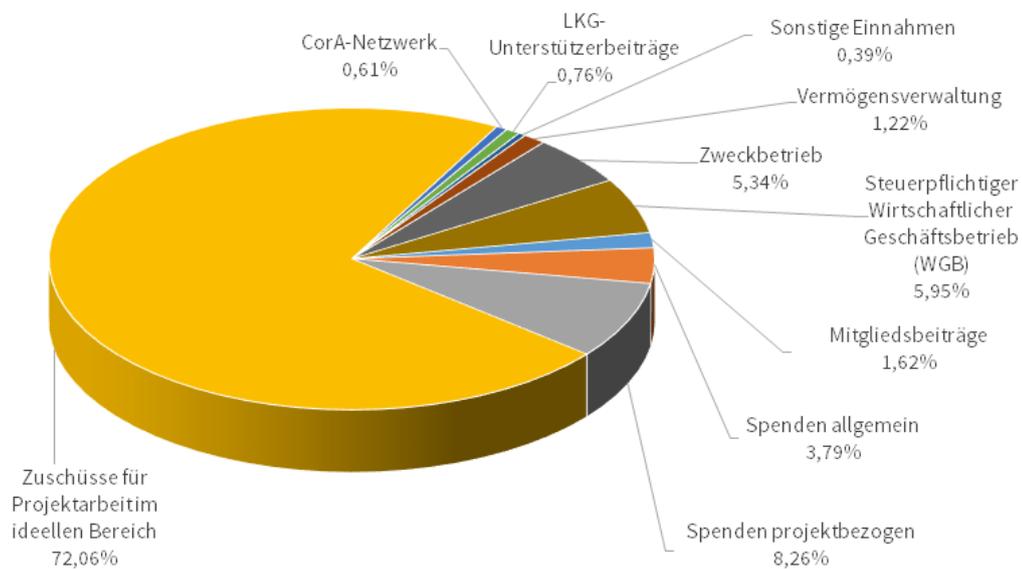


Abb. E.1: Einnahmen

Allen Mitgliedern und Fördermitgliedern, Spender_innen, allen Zuschussgebern (vgl. Tab E.2) sowie Zustifter_innen der Stiftung Zukunftsfähigkeit gilt unser besonderer Dank für ihre Unterstützung! Aber auch für die in großem Umfang geleisteten ehrenamtlichen Beiträge und die ausdauernden Anstrengungen unserer Mitarbeiter_innen, Freiwilligen und Praktikant_innen, die in dem vorliegenden Zahlenwerk nur zum Teil enthalten sind, möchte der Vorstand an dieser Stelle Anerkennung und Dank aussprechen.

Ausgaben

Abb. E.2 zeigt die Verwendung der Einnahmen, also die Ausgaben nach den bei uns relevanten Tätigkeitsbereichen. Mit einem Umfang von 5.065.832,64 €, dies entspricht 90,6 % der Gesamtausgaben, entfällt der weitaus größte Bereich der Arbeit von Germanwatch auf Projektarbeit. Diese Arbeit wird von unseren fünf politischen Fachteams geleistet: Internationale Klimapolitik (42,9 % der gesamten Ausgaben), Deutsche und Europäische Klimapolitik (22,6 %), Bildung für Nachhaltige Entwicklung (10,1 %), Unternehmensverantwortung (7,7 %), Welternährung, Landnutzung und Handel (4,9 %). Zusätzlich entfallen 2,2 % auf teamübergreifende Projektaktivitäten, wobei auch im Rahmen der meisten anderen Projektaktivitäten eine regelmäßige teamübergreifende Kooperation erfolgt.

Betrachtet man die Ausgaben nach Aufwandskategorien (Tab. E.1), so zeigt sich, dass den größten Anteil nach wie vor die Personalkosten (Gehälter sowie dazugehörige Sozialabgaben) mit zusammengekommen 3.250.650,59 Euro (entspricht circa 58,8 % der Gesamtausgaben auslaufender Tätigkeit) ausmachen. Dieser auf den ersten Blick hohe Anteil erklärt sich durch die Arbeitsweise von Germanwatch, die sich auf folgende Bereiche konzentriert: 1. Am Gemeinwohl orientierte Lobbyarbeit, 2. Think-Tank- und Research-Arbeit, 3. Bewusstseinsbildung und (breitere) Öffentlichkeitsarbeit, 4. Kampagnen, Aktionen und Aufforderung zum Handeln sowie 5. Bildungsarbeit.

In der notwendigen fachlichen Tiefe und Kontinuität kann diese Arbeit nur mit einem hohen Anteil an eigenem Personal gewährleistet werden. Honorarkräfte kommen nur in begrenztem Umfang zum Einsatz und unterstützen uns dann überwiegend bei der Erstellung von Studien sowie im Bereich Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit inklusive Redaktion und Layout. Unsere Arbeit soll vor allem den besonders verletzlichen Menschen, insbesondere im globalen Süden, zu Gute kommen. Hierfür konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des globalen „Nordens“ mit ihren weltweiten Auswirkungen. Und dies führt im Ergebnis zu einer anderen Ausgabenstruktur mit einem höheren Anteil eigener Personalkosten als bei klassischen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, die z. B. Infrastrukturprojekte mit Partnern im Projektland finanzieren. Im Jahr 2019 gab es gegenüber dem Vorjahr bei den Personalkosten einen Anstieg – dieser war primär durch mehr Projektaktivitäten und den damit verbundenen größeren Arbeitsumfang einer gestiegenen Anzahl von hauptamtlichen Mitarbeiter_innen begründet.

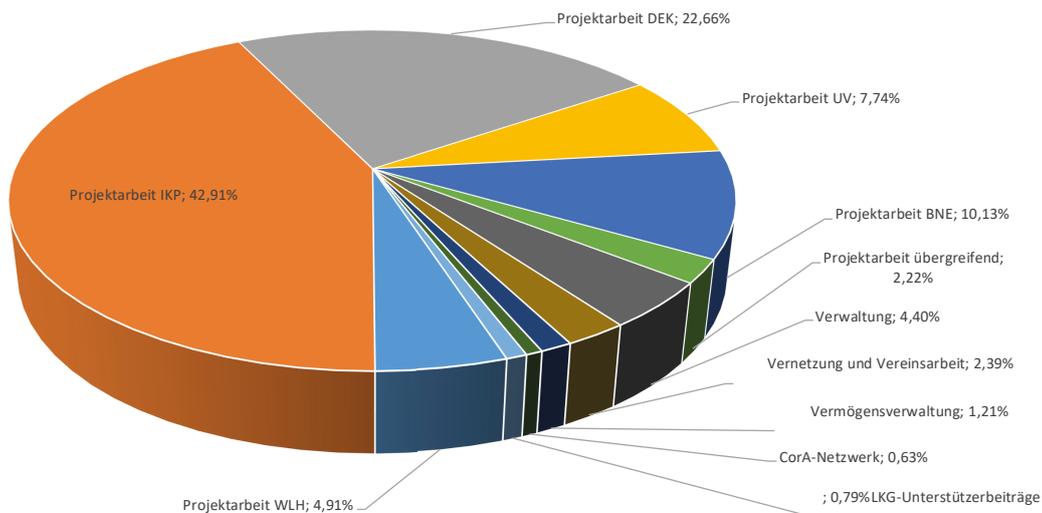


Abb. E2: Verwendung der Einnahmen

Jahresergebnis

Das Jahresergebnis 2019 weist einen Überschuss in Höhe von 67.647,62 Euro auf (Vorjahr 99.372,29 Euro). Damit können wir den eingangs beschriebenen, erforderlichen Liquiditätspuffer in einer an die gewachsene Größe der Organisation erforderlichen Höhe sicherstellen und die o.g. wichtigen Signale für höhere Arbeitsplatzsicherheit an die Mitarbeiter_innen geben, deren kontinuierliche Mitarbeit ein zentraler Erfolgsfaktor für unsere Wirksamkeit ist.

Grundlagen des Finanzberichts

Germanwatch nimmt als gemeinnütziger Verein für das jeweilige Kalenderjahr die Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes vor (sogenannte Gewinn- und Verlustrechnung). Grundlage für die Erstellung des gesamten Jahresabschlusses (inklusive Bilanz) bilden die Besonderheiten zur Rechnungslegung Spenden sammelnder Organisationen, herausgegeben vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW RS HFA 21). Der Jahresabschluss für 2019 wurde von der Reinhardt & Weckbecker Steuerberatungsgesellschaft mbH in enger Zusammenarbeit mit Germanwatch erstellt. Das Ergebnis sowie die Unterlagen 2019 wurden durch die von der Mitgliederversammlung gewählten Kassenprüferinnen Ute Zander und Katrin Enting-Pauw am 26.08.2019 im Bonner Büro geprüft und führte erneut zu keinen Beanstandungen. Laut Anlage 1 zum Bescheid für 2018 über Körperschaftssteuer vom 23.01.2020 erstreckt sich die Steuerpflicht von Germanwatch ausschließlich auf den steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb. Im Übrigen ist der Verein nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftssteuergesetzes von der Körperschaftssteuer und nach § 3 Nr. 6 des Gewerbesteuergesetzes von der Gewerbesteuer befreit, weil er ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigten gemeinnützigen Zwecken im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabenordnung dient.

Tab. E.1: Einnahmen-/Ausgabenrechnung 2019 und Vergleich zu 2018 (Ideeller Bereich, Vermögensverwaltung, Zweckbetrieb und wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb)

A. Einnahmen aus laufender Tätigkeit (ohne Miet- und Zinseinnahmen)	<u>2018</u>	<u>2019</u>
<u>Ideeller Bereich:</u>		
1. Mitgliedsbeiträge	82.379,42 €	91.855,14 €
2a. Spenden allgemein	187.827,22 €	204.439,76 €
2b. Spenden projektbezogen	283.375,92 €	467.788,74 €
3. Programmförderung durch Stiftung Zukunftsfähigkeit	- €	10.000,00 €
4. Zuschüsse für Germanwatch-Projektarbeit ideell	3.958.627,09 €	4.081.105,35 €
5a. Einnahmen CorA-Netzwerk	37.628,02 €	34.540,00 €
5b. Einnahmen LKG Unterstützerbeiträge (Initiative Lieferkettengesetz)	- €	43.200,06 €
6. Sonstige Einnahmen	11.287,40 €	22.014,11 €
<u>Zweckbetrieb und WGB:</u>		
7. Einnahmen Zweckbetrieb	231.152,80 €	302.605,34 €
8. Einnahmen WGB	200.134,25 €	336.753,16 €
	<hr/> 4.992.412,12 €	<hr/> 5.594.301,66 €
B. Ausgaben aus laufender Tätigkeit (ohne Miete und Nebenkosten Geldverkehr)		
<u>Ideeller Bereich:</u>		
9. Löhne und Gehälter	2.112.747,72 €	2.397.788,33 €
10. Soziale Abgaben	403.086,99 €	474.683,11 €
11. Fremdhonorare	535.882,09 €	460.340,37 €
12. Miete / Mietnebenkosten	111.202,58 €	135.907,62 €
13. Abgaben / Versicherungen	6.496,04 €	7.910,54 €
14. Beiträge	10.098,46 €	9.715,29 €
15. Reisekosten	293.026,16 €	186.135,53 €
16. Instandhaltungen und Kleingeräte	28.847,59 €	19.066,68 €
17. Abschreibungen	39.776,81 €	19.481,82 €
18. Porto	28.138,91 €	39.318,46 €
19. Telefon / Internet	10.890,06 €	11.126,04 €
20. Kopier- und Faxkosten	17.395,56 €	15.567,69 €
21. Kosten Öffentlichkeitsarbeit	118.760,21 €	179.163,39 €
22. externe Projektarbeit ideell	682.161,94 €	845.156,50 €
23. CorA-Netzwerk	20.453,01 €	35.380,78 €
24. Bürobedarf	12.476,14 €	9.362,21 €
25. Bücher und Zeitschriften	4.072,32 €	5.829,32 €
26. Rechtsberatung, Jahresabschluss- und Buchhaltungskosten	21.329,03 €	29.645,24 €
27. Sonstiges	27.572,38 €	25.242,57 €
<u>Zweckbetrieb und WGB:</u>		
28. Zweckbetrieb (Gehalts- und Sachkosten)	224.133,38 €	290.885,17 €
29. WGB (Gehalts- und Sachkosten)	182.639,69 €	327.608,10 €
	<hr/> 4.891.187,07 €	<hr/> 5.525.314,76 €

	<u>2018</u>	<u>2019</u>
C. Laufendes Ergebnis	101.225,05 €	68.986,90 €
D. Einnahmen Vermögensverwaltung		
30. Zinseinnahmen	797,19 €	86,14 €
31. Miet- und Pachterträge	75.627,03 €	69.114,47 €
E. Ausgaben Vermögensverwaltung		
32. Nebenkosten des Geldverkehrs	1.014,17 €	1.091,87 €
33. Anteilige Miete für Untermieter	73.001,65 €	66.779,52 €
F. Ertragsteuerneutrale Posten	- 4.261,15 €	- 2.668,50 €
G. Einnahmenüberschuss/ (-) Ausgabenüberschuss	99.372,30 €	67.647,62 €

	<u>2018</u>	<u>2019</u>
Gesamtergebnis: Einnahmen		
Ideeller Bereich	4.561.125,07 €	4.954.943,16 €
Ertragsteuerneutrale Posten	145,00 €	- €
Vermögensverwaltung	76.424,22 €	69.200,61 €
Zweckbetrieb	231.152,80 €	302.605,34 €
WGB	200.134,25 €	336.753,16 €
Summe	5.068.981,34 €	5.663.502,27 €

	<u>2018</u>	<u>2019</u>
Gesamtergebnis: Ausgaben		
Ideeller Bereich	4.484.414,00 €	4.906.821,49 €
Ertragsteuerneutrale Posten	4.406,15 €	2.668,50 €
Vermögensverwaltung	74.015,82 €	67.871,39 €
Zweckbetrieb	224.133,38 €	290.885,17 €
WGB	182.639,69 €	327.608,10 €
Summe	4.969.609,04 €	5.595.854,65 €
Ergebnis	99.372,30 €	67.647,62 €

Tab. E.2a. Zuschüsse im ideellen Bereich im Jahr 2019 im Vergleich zu 2018

Zuschüsse privater Geber	<u>2018</u>	<u>2019</u>
Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst	268.744,14 €	251.944,11 €
Stiftung Mercator	173.453,27 €	244.551,55 €
European Climate Foundation (ECF)	318.031,90 €	243.179,80 €
Misereor	52.558,96 €	185.579,55 €
Münchener Rück Stiftung	- €	18.174,00 €
Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW	- €	9.500,00 €
Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) über Uni Göttingen	47.289,91 €	- €
Agrarbündnis	27.215,92 €	- €
Wallace Global Fund	16.957,78 €	- €
Sonstige	5.249,12 €	4.965,79 €
	<u>909.501,00 €</u>	<u>957.894,80 €</u>

Davon wurden in 2019 passive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von € 96.466,06 einkommensneutral behandelt.

Zuschüsse öffentlicher Geber	<u>2018</u>	<u>2019</u>
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) über Engagement Global (EG)	1.314.168,43 €	1.569.700,11 €
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz u. nukleare Sicherheit (BMU)	523.126,61 €	590.856,88 €
BMU über Humboldt-Viadrina Governance Platform	73.252,51 €	271.293,40 €
Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)	200.017,89 €	186.740,56 €
BMU über Umweltbundesamt (UBA)	282.844,00 €	109.677,36 €
Bundesministerium für Arbeit und Soziales	- €	98.779,00 €
Bundeskanzleramt	49.059,35 €	81.978,97 €
Land Berlin über Stiftung Nord-Süd-Brücken	49.801,73 €	52.100,00 €
BMZ/ Engagement Global/ Staatskanzlei NRW über Eine-Welt-Netz NRW	45.750,00 €	51.000,00 €
Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)	27.776,81 €	33.360,43 €
Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung über zukunft im zentrum	- €	30.433,57 €
UBA/BMU über INKOTA-netzwerk	- €	13.728,00 €
International Development Research Centre über Universität of KwaZulu-Natal	- €	7.151,39 €
Europäische Kommission über Climate Action Network Europe	- €	6.708,19 €
GIZ über World Resources Institute (WRI)	248.103,00 €	- €
Auswärtiges Amt	112.263,00 €	- €
GIZ über Munich Climate Insurance Initiative (MCII e.V.)	47.440,00 €	- €
BMZ über Bonn International Center for Conversion (BICC)	27.478,00 €	- €
BMU/ UBA über ReUse e.V.	22.096,18 €	- €
Sonstige	6.568,58 €	19.702,69 €
	<u>3.029.746,09 €</u>	<u>3.123.210,55 €</u>

Davon wurden in 2019 passive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von € 169.241,02 einkommensneutral behandelt.

Tab. E.2b. Projektbezogene Einnahmen im Zweckbetrieb im Jahr 2019 im Vergleich zu 2018

Zweckbetrieb	<u>2018</u>	<u>2019</u>
Atmosfair	16.960,00 €	78.750,00 €
Lightcycle	57.936,92 €	40.700,00 €
Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW	- €	36.505,48 €
Einnahmen aus Schulveranstaltungen	19.890,00 €	28.560,00 €
Institutional Shareholder Services (ISS) Inc.	- €	27.000,00 €
MSCI Inc.	- €	15.753,08 €
F20 Stiftungsplattform über Umweltstiftung Michael Otto	- €	14.018,69 €
Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Jordanien	- €	13.750,00 €
United Nations University	- €	8.125,65 €
Heinrich-Böll-Stiftung	- €	6.300,00 €
Humboldt-Viadrina Governance Platform	109.184,92 €	- €
Land Rheinland-Pfalz, Kompetenzzentrum für Klimawandelfolgen bei der Forschungsanstalt für Waldökologie und Forstwirtschaft RLP	11.175,00 €	- €
Sonstige Einnahmen	16.005,96 €	33.142,44 €
	<u>231.152,80 €</u>	<u>302.605,34 €</u>

Davon wurden in 2019 passive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von 0,00 Euro einkommensneutral behandelt.

Tab. E.2c. Projektbezogene Einnahmen im steuerpflichtigen Wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb im Jahr 2019 im Vergleich zu 2018

Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb	<u>2018</u>	<u>2019</u>
Empowered UG (ehemals: Renewables Grid Initiative (RGI))	107.791,54 €	188.208,46 €
Casa Alliance (ehemals CDKN)	35.158,09 €	145.179,66 €
New Climate Institute	22.250,00 €	- €
Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Jordanien	13.000,00 €	- €
Ecofys Germany GmbH	11.000,00 €	- €
Sonstige Einnahmen	10.934,62 €	3.365,04 €
	<u>200.134,25 €</u>	<u>336.753,16 €</u>

Davon wurden in 2019 passive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von 97.437,01 Euro einkommensneutral behandelt.

Tab E.3: Bilanz 31.12.2019 und Vergleich zum 31.12.2018

<u>AKTIVA</u>		<u>2018</u>	<u>2019</u>
A.	<u>Sachanlagevermögen</u>		
	1. Software	484,00 €	154,00 €
	2. Büroeinrichtung	850,00 €	752,00 €
	3. Computeranlagen	11.597,50 €	4.939,25 €
	4. Einbauten in fremde Grundstücke	18.105,00 €	14.587,00 €
	5. Sonstige Betriebsausstattung	3.587,00 €	1.036,00 €
	6. Geringwertige Wirtschaftsgüter	- €	- €
	7. GWG Sammelposten	3,00 €	- €
		<hr/>	<hr/>
		34.626,50 €	21.468,25 €
B.	<u>Finanzanlagen</u>		
	1. Sonstige Ausleihungen	40.848,20 €	40.852,28 €
C.	<u>Umlaufvermögen</u>		
	1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	479.753,44 €	238.927,69 €
	2. Sonstige Vermögensgegenstände	159.265,97 €	167.127,65 €
	3. Flüssige Mittel	1.331.099,53 €	1.241.257,69 €
		<hr/>	<hr/>
		1.970.118,94 €	1.647.313,03 €
D.	<u>Aktive Rechnungsabgrenzungsposten</u>	1.200,00 €	7.966,50 €
	<u>Summe Besitzposten</u>	2.046.793,64 €	1.717.600,06 €
		<hr/>	<hr/>
<u>PASSIVA</u>		<u>2018</u>	<u>2019</u>
E.	<u>Vereinsvermögen</u>		
	a) Posten gem § 62 Abs. 1 Nr. 3 AO	701.215,08 €	768.862,70 €
	b) Posten gem § 62 Abs. 1 Nr. 1 AO	150.963,79 €	150.963,79 €
		<hr/>	<hr/>
		852.178,87 €	919.826,49 €
F.	<u>Rückstellungen</u>		
	Steuerrückstellungen	- €	- €
	Sonstige Rückstellungen	6.500,00 €	10.000,00 €
G.	<u>Verbindlichkeiten</u>		
	1. Darlehensverbindlichkeiten	6.712,26 €	6.712,26 €
	2. Verb. aus Lieferungen und Leistungen	329.535,56 €	296.896,49 €
	3. Sonstige Verbindlichkeiten	133.316,27 €	85.580,96 €
H.	<u>Passive Rechnungsabgrenzung</u>	718.550,68 €	398.583,86 €
	<u>Summe Schuldposten</u>	2.046.793,64 €	1.717.600,06 €
		<hr/>	<hr/>
	<u>Vermögen des Vereins</u>	<u>2018</u>	<u>2019</u>
	Vermögen des Vereins 2018	752.806,57 €	852.178,87 €
	Jahresüberschuss 2019	99.372,30 €	67.647,62 €
	Vermögen des Vereins 2019	852.178,87 €	919.826,49 €

Germanwatch

„Hinsehen, Analysieren, Einmischen“ – unter diesem Motto engagiert sich Germanwatch für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen und konzentriert sich dabei auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unseres Einsatzes für eine nachhaltige Entwicklung.

Unsere Arbeitsschwerpunkte sind Klimaschutz & Anpassung, Welternährung, Unternehmensverantwortung und Bildung für Nachhaltige Entwicklung. Zentrale Elemente unserer Arbeitsweise sind der gezielte Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen.

Germanwatch finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Zuschüssen der Stiftung Zukunftsfähigkeit sowie aus Projektmitteln öffentlicher und privater Zuschussgeber.

Möchten Sie die Arbeit von Germanwatch unterstützen? Wir sind hierfür auf Spenden und Beiträge von Mitgliedern und Förderern angewiesen. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar.

Bankverbindung / Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft AG,
IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00,
BIC/Swift: BFSWDE33BER

Weitere Informationen erhalten Sie unter **www.germanwatch.org** oder bei einem unserer beiden Büros:

Germanwatch – Büro Bonn

Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201, D- 53113 Bonn
Telefon +49 (0)228 / 60492-0, Fax -19

Germanwatch – Büro Berlin

Stresemannstr. 72, D- 10963 Berlin
Telefon +49 (0)30 / 2888 356-0, Fax -1

E-Mail: info@germanwatch.org

Internet: www.germanwatch.org



Hinsehen. Analysieren. Einmischen.
Für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen.